

11. Solidarität vor Ort – für soziale Gerechtigkeit

2Am 25. Mai 2014 finden Kommunal- und Europawahlen statt. Wir, DIE LINKE, wollen an unser gutes Ergebnis der
3letzten Bundestagswahlen anknüpfen. Wir wollen in Köln viertstärkste Partei werden.

4DIE LINKE. Köln steht für ein besseres Leben: solidarisch, ökologisch und demokratisch. Wir sind die Alternative
5zu einer Wirtschafts- Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik, die sich kapitalistischen Profit- und
6Machtinteressen unterordnet.

7In den letzten Jahren hat DIE LINKE in Köln vieles erreicht. Unsere Fraktion im Rat und unsere Bezirksvertreter/innen
8haben mit zahlreichen Anträgen und Anfragen wichtige Themen der Stadtgesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt - von
9der Kritik an Großprojekten und der Flüchtlingspolitik bis zur Forderung nach mehr Gesamtschulen.

10Als Oppositionspartei haben wir konkrete Erfolge erzielt. So haben wir Leistungen für Erstklässler/innen aus Familien mit
11geringem Einkommen verteidigt, Migrantinnen und Migranten die Teilnahme an der Einwohner/innenbefragung zum
12Godorfer Hafen ermöglicht und einen Beschluss zum Schutz vor Mietspekulation durch eine Milieuschutzsatzung erreicht.
13Außerdem setzten wir eine Nachzahlung von über 600.000 Euro zu wenig erstatteter Kosten für die Unterkunft durch.

14Wir haben gemeinsam mit Initiativen gegen die Schließung der Schwimmbäder in Weiden und Nippes gekämpft und das
15Autonome Zentrum verteidigt. Unsere Ortsverbände sind aktive Mitglieder örtlicher Bündnisse gegen rechts. Mitglieder
16unserer Partei engagieren sich in Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten. Sie beraten engagiert Erwerbslose und
17sind in Bürgerinitiativen wie zum Beispiel in der Initiative „Recht auf Stadt“ aktiv.

18Linke Kommunalpolitik beschränkt sich nicht auf engagierte Arbeit im Rat und in den Bezirksvertretungen. Wir wissen: Ohne
19Protest auf der Straße und ohne aktive Initiativen, Vereine und Verbände ist in Köln keine fortschrittliche Politik
20durchsetzbar.

21DIE LINKE ist keine Stellvertretungspartei, sondern ein Angebot an alle, die ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich
22gestalten und verbessern wollen. Unser Programm lässt sich nur verwirklichen, wenn Menschen selbst aktiv werden,
23Widerstand gegen Sozialabbau leisten und sich für ihre Interessen zusammenschließen. Weil diese Solidarität nicht an der
24Stadtgrenze enden darf, unterstützt die LINKE die Bevölkerung unserer europäischen Partnerstädte Thessaloniki, Turin und
25Barcelona im Kampf gegen die katastrophalen sozialen Folgen der Kürzungsprogramme der EU und wirbt für humanitäre
26Hilfe besonders für die Kliniken in Thessaloniki.

27Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

- 28 • Widerstand und Protest
- 29 • die Gestaltung des Hier und Heute
- 30 • und den Kampf für Alternativen, die über den Kapitalismus hinaus weisen.

31Diese drei Bestandteile sind gleichwertig, keiner wird zu Gunsten der anderen vernachlässigt.

32Aus den Zwängen der Gesamtgesellschaft kann sich eine einzelne Kommune nicht lösen. Erst wenn ein Politikwechsel auf
33Bundesebene eingeleitet worden ist, bestehen in den Kommunen ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende
34Verbesserungen zu erreichen. Dazu gehört auch die Durchsetzung eines kommunalen Wahlrechts für alle, die hier leben

35Auch wenn die rechtlichen und die finanziellen Mittel der Kommunen begrenzt sind, kann sozialistische Kommunalpolitik
36einzelne Maßnahmen durchsetzen, die das Leben in Köln verbessern und zeigen, dass es Alternativen gibt.

37Doch das Mögliche muss auch gewollt sein. An diesem Willen fehlt es den anderen Parteien zumeist.

38Im Verteilungskampf um die finanziellen Mittel spielen SPD, Grüne und der Oberbürgermeister einzelne Gruppe und
39Einrichtungen gegeneinander aus. 2009 waren SPD und Grüne angetreten, eine „verlässliche, nachhaltige und
40zukunftsorientierte Politik“ in Köln umzusetzen. Doch

41statt die Stadt zu gestalten, wurde Köln nur schlecht verwaltet. Bei fast allen großen Themen der Stadtpolitik agierten sie
42gegeneinander. Rot-Grün hält nur noch der Machterhalt zusammen.

43

44In vielen Fällen arbeitet diese Koalition mit CDU und FDP zusammen. SPD, CDU, Grüne und Grüne vertreten lediglich ver-
45schiedene Varianten des Sozialabbaus...

46So haben wir in Köln schon seit Jahren eine ganz Große Koalition.

47SPD, CDU, Grüne und FDP vertreten lediglich verschiedene Varianten des Sozialabbaus.

48Linke Politik für eine solidarische Stadt ist eine Kampfansage an

- 49 • Spekulanten und Miethaie
- 50 • Parteien, die am Armutsgesetz Hartz IV festhalten
- 51 • Rassismus und Diskriminierung.

52Eine Politik im Interesse der großen Mehrheit der Menschen braucht eine starke LINKE im Rat und in den
53Bezirksvertretungen.

54Die LINKE steht dafür, durch neue Impulse für eine soziale Politik den politischen Stillstand zu beenden

55Armut spaltet – auch in Köln

56Während weniger als zehn Prozent Reiche und Superreiche über die Hälfte des Vermögens in Deutschland besitzen, muss
57sich die Hälfte der Bevölkerung mit lediglich einem Prozent des Vermögens begnügen. Diese Kluft zwischen Arm und Reich
58wird auch in Köln immer größer. Gegensteuern könnte die Bundesregierung, denn ihre ungerechte Steuer-, Sozial-, Renten-
59und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Spaltung der Gesellschaft drastisch vertieft. Die Kommune hat
60hingegen lediglich dämpfende oder flankierende Möglichkeiten, der zunehmenden Armut entgegenzuwirken.

61Über 10 % der Kölner/innen sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Über 20 % der Kölner/innen sind arm. Fast 50 %
62haben ein so geringes Einkommen, dass sie das Recht auf einen Wohnberechtigungsschein haben.

63Diese Armut hat viele Gesichter:

- 64 • Ob Rentnerinnen und Rentner Flaschen sammeln und auf Almosen der Tafeln angewiesen sind, weil die Rente
65 nicht zum Leben reicht und sie den Gang zum Sozialamt scheuen,
- 66 • ob Kinder ohne Frühstück in die Schule oder den Kindergarten kommen, weil ihre allein erziehende Mutter keine
67 Arbeit findet und deshalb von Hartz IV leben muss,
- 68 • ob ein „kleiner“ Selbständiger den Strom abgestellt bekommt, wenn Aufträge erst nach Monaten bezahlt werden,
- 69 • ob immer mehr Beschäftigte so schlecht bezahlt werden, dass sie ihren Niedriglohn mit Hartz IV aufstocken
70 müssen,
- 71 • ob ältere Langzeiterwerbslose keine Chance auf eine Arbeit bekommen, die zum Leben reicht,
- 72 • ob Jugendliche ohne hervorragendes Schulzeugnis keine Lehrstelle und keine Arbeit finden, sondern nur schlecht
73 bezahlte Praktika und wenig hilfreiche Fördermaßnahmen,
- 74 • ob immer mehr Obdachlose unter den Brücken schlafen müssen oder Wanderarbeiter in Bruchbuden hausen und
75 sich zu Hungerlöhnen auf dem „Arbeiterstrich“ anbieten:

76Jedes dieser vielen Gesichter der Armut steht für tiefe Risse, die auch in Köln die Stadtgesellschaft tagtäglich tiefer spalten.

77Bundesweit hat DIE LINKE mit Forderungen nach einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen,
78Unternehmensgewinnen und hohen Einkommen, nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, nach einer
79bedarfsgerechten und sanktionsfreien Mindestsicherung und einer steuerfinanzierten solidarischen Mindestrente von 1.050
80Euro ein Programm für den Einstieg in eine gerechte Gesellschaft vorgelegt.

81Dass keine dieser Anforderungen für eine gerechte Gesellschaft mit den Möglichkeiten der Kommunalpolitik erfüllt werden
82kann, weiß auch die LINKE in Köln.

83Dennoch darf sich eine Stadt mit keiner dieser Spaltungen einfach abfinden, im Gegenteil: In einer solidarischen Stadt, wie
84sie DIE LINKE anstrebt, muss die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben im Zentrum der Stadtpolitik
85stehen.

86Ankerpunkte dieser Politik in Köln müssen sein:

87Ein erweiterter Köln-Pass für alle, die als Alleinstehende weniger als 1.050,- Euro im Monat zur Verfügung haben. Dieser
88bietet Zugang zu umfassenden Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und zu kulturellen Angeboten zu sozialen
89Tarifen.

90Die Förderung des sozialen Zusammenhangs durch Unterstützung von Selbsthilfe, Solidarität und kulturellen Angeboten
91und eine auf den Stadtteil bezogene Förderung von Netzwerken aus bürgerschaftlich Engagierten, professionellen
92Hilfsangeboten, Verwaltung und Bildungseinrichtungen, insbesondere dort, wo viele Menschen mit niedrigen Einkommen
93leben.

94Ein von Respekt getragener und an der Verwirklichung von Teilhaberechten orientierter Umgang der städtischen Ämter,
95Jobcenter und kommunalen Unternehmen mit allen Menschen, die auf Hilfe und Solidarität angewiesen sind.

96Die Förderung des gleichberechtigten Zugangs aller Kinder zu Bildung und Ausbildung. Die Leistungen des Bildungs- und
97Teilhabepakets müssen schneller bearbeitet und besser beworben, die Beratung, Information und Hilfe bei der
98Antragstellung ausgebaut werden.

99Eine ehrliche und vollständige Information der Stadtgesellschaft zur sozialen Situation in Köln, mindestens einmal im Jahr.

100Eine Stadtpolitik, die jeder Form der Geringschätzung, Ausgrenzung und Diffamierung von Erwerbslosen und allen anderen
101Personengruppen, die die Solidarität der Stadtgesellschaft brauchen, konsequent entgegentritt.

102Der Köln-Pass

103Der Köln-Pass wurde Ende 2006 nach mehreren Anträgen der Fraktion DIE LINKE im Rat mit der außerparlamentarischen

104Unterstützung durch eine gemeinsame Initiative aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der Partei DIE LINKE

105wieder eingeführt. 2009 hat DIE LINKE im Rat durchgesetzt, dass die Anspruchsberechtigung auf Einkommen ausgedehnt

106wird, die um bis zu 30 % über den Grundsicherungsleistungen liegen. So bekommen nicht nur Bürgerinnen und Bürger, die

107Anrecht auf verschiedene Grundsicherungsleistungen haben, den Köln-Pass, sondern auch Menschen, deren Einkommen

108bis zu 30 % darüber liegt. Die LINKE will diese Grenze auf 1050 Euro im Monat für Alleinstehende anheben.

109Rund 143 000 Menschen haben inzwischen einen Köln-Pass beantragt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Köln-Pass

110zu dem Erfolgsmodell weiter entwickelt wird, als das er öffentlich dargestellt wird. Hierzu sind seine Akzeptanz und Kenntnis

111bei den Berechtigten ebenso auszuweiten wie sein Leistungsspektrum.

112Daher fordert DIE LINKE von der Stadt Köln:

113• Die LINKE will den Berechtigtenkreis auf alle ausweiten, die als Alleinstehende weniger als 1050 € zur Verfügung
114 haben. Das entspricht einem Einkommen von 40 % über dem Regelsatz.

115• Die Leistungen des Köln-Passes müssen weiter ausgebaut werden. Bei allen städtischen Angeboten muss die
116 Ermäßigung bei mindestens 50 % liegen, zum Beispiel müssen bei den Schwimmbädern die Preise gesenkt werden.

117• Die Einführung einer Rabattierung bei NetCologne und ein gebührenfreies Girokonto bei der Sparkasse KölnBonn.

118• Die Einführung eines ermäßigten Kurzstreckentickets bei der KVB.

119• Für Schulkinder aus Familien mit Köln-Pass-Berechtigung müssen auch ermäßigte Viererkarten eingeführt werden,
120 damit die Kinder und Jugendlichen auch außerhalb der Schulzeiten und Schulwege ermäßigte Fahrpreise nutzen
121 können.

122• Umfangreiche städtische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit:

123 Angestellte in Job-Börsen, JobCentern und Meldehallen müssen bereit und qualifiziert sein, die Menschen bei der Be-
124 antragung zu unterstützen.

125• Eine Kampagne zur Gewinnung weiterer Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Bereich der privaten und
126 öffentlichen Anbieter. Insbesondere Theater, Kinos und weitere kulturelle Anbieter, die mit öffentlichen Geldern;

127 Mittelfreiheit oder anderen Subventionen gefördert werden, sollen zur Teilnahme am Köln Pass aufgefordert werden.

128Hartz IV und die Folgen

129Hartz IV ist Armut per Gesetz. Nach zehn Jahren ist die Bilanz entsprechend verheerend: Die neu geschaffene

130Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) entwickelte sich zu einem sozialrechtlichen Experimentierfeld mit all den

131bekannten Negativeffekten: Niedriglohnsektor, Verfolgungsbetreuung, Sanktionierung, Verarmung, Prekarisierung,

132Verschuldung, Ausgrenzung, Isolation. Diese und andere spürbare Verschlechterungen (Verschärfung der

133Bedürftigkeitsprüfungen, Abschaffung von Anwartschaften und Anrechnungszeiten, sozialgerichtliche

134Auseinandersetzungen) haben die Gesellschaft kälter werden lassen. Kinder gehen hungrig zur Schule, und Rentner/innen

135durchwühlen nachts die Papierkörbe auf der Suche nach Pfandflaschen.

136Die Erwerbslosigkeit ist kaum zurückgegangen, wird aber durch geänderte Kriterien bei der Erfassung statistisch

137verschleiert, um ein deutsches Jobwunder zu präsentieren. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft hat im vergangenen

138Jahrzehnt wesentlich von weltweiten konjunkturellen Aufschwüngen profitiert. Dank ihrer massiven Wettbewerbsvorteile

139innerhalb der europäischen Währungsgemeinschaft konnte sie die sich anschließenden Krisen bislang weitgehend

140unbeschadet überstehen. Das zynische Prinzip des "Förderns und Forderns" spielte bei der konjunkturellen Konsolidierung

141hingegen eher eine geringe Rolle.

142Deshalb fordert DIE LINKE weiterhin: Hartz IV muss weg und durch eine repressionsfreie, bedarfsdeckende und

143teilhabegewährende Mindestsicherung ersetzt werden.

144Die Auswirkungen der Agendapolitik sind auch in Köln sichtbar: Mehr als 113.000 Menschen in Köln sind auf Hartz-IV-

145Leistungen angewiesen, über 30.000 davon sind Kinder unter 15 Jahren. Nach wie vor gibt es zu wenig Arbeits- und

146Ausbildungsplätze, 12.800 Jugendliche sind derzeit erwerbslos. Zahlreiche Erwerbslose werden unter Druck gesetzt, eine
147prekäre Beschäftigung anzunehmen. Dadurch steigt die Zahl der Aufstocker/innen ständig an. Andere werden in
148fragwürdige Maßnahmen gesteckt. Immer noch zu häufig werden Bedürftigen im JobCenter berechnete Ansprüche
149verweigert und zustehende Leistungen vorenthalten. Die bestehenden Gesetze werden nicht korrekt angewendet, Erlasse
150und Verordnungen werden zu Ungunsten der Betroffenen ausgelegt, und datenschutzrechtliche Bestimmungen werden
151nicht immer eingehalten. Weil die Bearbeitungszeiten für Anträge und Widersprüche aufgrund der personellen Situation
152beim Jobcenter Köln immer noch zu lang sind, müssen Menschen in Köln unnötig hungern. Die festgelegten
153Mietobergrenzen sind chronisch zu niedrig. Erwerbslose haben deshalb kaum eine Chance auf dem Kölner
154Wohnungsmarkt. Die zurzeit praktizierte Politik, Erwerbslose und Arbeitssuchende nicht nur an den Rand der Gesellschaft,
155sondern buchstäblich an den Rand der Stadt zu verdrängen, muss dringend gestoppt werden. Die Diffamierung,
156Diskriminierung und Diskreditierung nicht erwerbstätiger Menschen hat auch in Köln ein bedenkliches Ausmaß erreicht. Das
157ist für uns nicht hinnehmbar.

158**DIE LINKE in Köln fordert:**

- 159• Die Stadt Köln muss verstärkt auf die JobCenter einwirken, damit bedürftigen Menschen schneller und unbürokratischer
160 Hilfe gewährt wird. Drohkulissen Einschüchterungen und ein Klima aus Angst, Abschreckung und Verunsicherung
161 lehnen wir ab.
- 162• Die Sachbearbeiter/innen sollen allen Antragsteller/innen und Hilfebedürftigen fair auf Augenhöhe gegenüberreten. Sie
163 sollen ihre Ermessensspielräume konstruktiv ausnutzen und die Qualifikationen und Erfahrungen von Betroffenen
164 respektieren, um ihnen die Entwicklung und Beförderung ihrer Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten zu
165 ermöglichen.
- 166• Wir lehnen jede Form von erzwungener Arbeit als Gegenleistung für Sozialleistungen ab. Kommunale
167 Beschäftigungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten wie Ein-Euro-Jobs, Null-Euro-Jobs oder Bürger/innenarbeit
168 sollen in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.
- 169• Wir fordern, die Bestrafung von Erwerbslosen, z.B. durch Leistungskürzungen, abzuschaffen. Damit sichergestellt
170 werden kann, dass betroffene Menschen weder ihren Krankenversicherungsschutz, noch ihre Wohnung verlieren
171 fordern wir weiterhin die Stadt Köln auf, sich für ein Sanktionsmoratorium einzusetzen und die KdU, Kosten der
172 Unterkunft, von den Sanktionen auszunehmen.“
- 173• Wir sprechen uns für die Abschaffung der Sozialfahndung und gegen jede Art von Denunziantentum aus sowie gegen
174 alle Praktiken, die diese Unkultur begünstigen. Die Schnüffelei in den Konten, Schlafzimmern oder Online-Aktivitäten
175 von Leistungsberechtigten ist würdelos und einzustellen.

176Auch arbeitssuchende Erwerbslose haben als Souverän/in ihrer Daten ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der
177Sozialdatenschutz und die Einhaltung datenschutzrechtlicher Richtlinien müssen auch im Jobcenter Köln eingehalten
178werden.

179Die Stadt Köln soll sich deutlich gegen die Geringschätzung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von nicht erwerbstätigen
180Mitbürgerinnen und Mitbürgern positionieren. Insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement
181von Erwerbslosen müssen mehr gesellschaftliche Anerkennung und Würdigung erfahren. Gleiches gilt für Kindererziehung,
182Familienarbeit und die Pflege Angehöriger.

183Bei der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Köln und der Bundesagentur für Arbeit muss es klare Zuständigkeiten und
184mehr Transparenz geben. Das Personal soll weiter aufgestockt und besser geschult werden.

185Der Gesetzgeber schreibt die Übernahme der tatsächlichen „Kosten der Unterkunft“ vor, soweit diese „angemessen“ sind.
186Bei der Prüfung der Angemessenheit gilt grundsätzlich die Einzelfallprüfung. Dabei müssen die durchschnittlichen
187Mietpreise auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt anerkannt werden. Heiz-, Neben-, Betriebs- und Warmwasserkosten
188müssen komplett übernommen werden.

189Zwangsumzüge lehnen wir ab. Die Menschen sollen in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben dürfen. Insbesondere ältere
190Personen, die länger als zehn Jahre in ihrer Wohnung leben, genießen Bestandsschutz.

191Für Menschen in Köln, die Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII beziehen, fordern wir eine jährliche
192Weihnachtsbeihilfe.

193**DIE LINKE** wird Initiativen für die Gründung einer „Stadtarbeitsgemeinschaft Erwerbslosenpolitik“ unterstützen, in der alle
194Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen, unabhängige Erwerbsloseninitiativen sowie die demokratischen Ratsparteien
195gleichberechtigt vertreten sein sollen.

196**DIE LINKE** in Köln hat die Proteste der vom Armutsgesetz Hartz IV betroffenen Erwerbslosen immer auch

197außerparlamentarisch unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. In Zusammenarbeit mit selbstorganisierten
198Sozialberatungen und der Linken Erwerbslosenorganisation (L.E.O.) wird DIE LINKE weiterhin Betroffene bei der
199Durchsetzung ihrer sozialen Rechte gegenüber den Behörden aktiv unterstützen. Im Rat und seinen Ausschüssen wird die
200Fraktion DIE LINKE dafür sorgen, dass gesetzliche Rechte der Betroffenen eingehalten und die Beratungsangebote der
201Jobcenter und der Verwaltung verbessert werden.

202Arbeitslosenberatungsstellen – Rat und Tat für soziale Rechte

203Die Kölner Bürgerinnen und Bürger brauchen auch weiterhin den Schutz vor staatlicher Willkür und falschen
204Entscheidungen seitens der JobCenter und der städtischen Behörden. Dieser Schutz findet seinen Niederschlag darin, dass
205in Köln über 50 Prozent aller Widersprüche gegen Hartz-IV-Bescheide erfolgreich im Sinne der Leistungsberechtigten
206entschieden werden. Durch die Beratung werden aber auch viele Problemsituationen im Vorfeld geklärt und behoben. Das
207spart Ärger und Gerichtskosten und hilft sowohl den Betroffenen als auch der Stadt. DIE LINKE fordert von der Stadt Köln
208finanzielle Unterstützung zum Erhalt aller Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen.

209Kinderarmut überwinden – Teilhabe von Anfang an

210Allein in Köln wachsen rund 30.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in einem Haushalt auf, der für das Leben auf
211Hartz IV angewiesen ist, das entspricht 22,4 % aller Kinder und Jugendlichen in Köln.

212Damit liegt die Kinderarmut in Köln noch über dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen, Tendenz steigend:
213Während sie z.B. in Aachen oder Paderborn zurückging, wächst sie nur in den Ruhrgebietsstädten Duisburg und Dortmund
214noch schneller als in Köln.

215Die erschreckenden Zahlen zur Kinderarmut in Köln zeigen auch die räumliche Spaltung unserer Stadt: In drei von neun
216Stadtbezirken, nämlich in Kalk, Chorweiler und Mülheim, sind mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden, das sind
217überwiegend Mütter, auf Hartz IV angewiesen. Nur im Stadtbezirk Lindenthal liegt die Quote noch unter 20 %.

218Das Ausmaß der Zerstörung von Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftschancen durch den gesellschaftlichen Skandal
219der Kinderarmut dokumentiert eine aktuelle bundesweite Studie des gewerkschaftsnahen Forschungsinstitutes WSI: Einem
220von 10 betroffenen Kindern fehlt es an ausreichender Winterkleidung, jedes vierte muss weitgehend auf neue Kleidung
221verzichten. 27,3 % der betroffenen Familien fehlen genügend Zimmer in der Wohnung, um z.B. Hausaufgaben erledigen zu
222können, 15,6 % haben weder Computer noch Internetzugang, und fast 8 % der betroffenen Haushalte haben
223Schwierigkeiten, ihre Energierechnung pünktlich zu bezahlen.

224Die Sozialpolitik einer solidarischen Stadt muss alles in ihrer Macht stehende tun, um diese Nachteile von Kindern
225gegenüber Gleichaltrigen auszugleichen.

226DIE LINKE Köln hat schon vor der letzte Kommunalwahl durchgesetzt, dass Kinder aus Haushalten, die einen Köln-Pass
227haben, eine Einschulungsbeihilfe von 160 Euro bekommen. Gegen unseren Widerstand wurde dieser Betrag 2011 von der
228rot-grünen Ratsmehrheit mit Zustimmung der CDU zur Sanierung des Haushalts auf 100 Euro gesenkt. Weitergehende
229Kürzungen oder gar die völlige Streichung dieser freiwilligen Leistung konnten wir aber verhindern.

230DIE LINKE in Köln fordert:

- 231 • Rücknahme der Kürzung der Einschulungsbeihilfe; Kinder aus köln-pass-berechtigten Familien sollen wie vor 2011
232 wieder 160 € bekommen.
- 233 • Ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen
- 234 • Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen schneller bearbeitet und besser beworben werden. Be-
235 ratung, Information und Hilfe bei der Antragstellung müssen ausgebaut werden.
- 236 • JobCenter und Sozialämter müssen die Bildungswege von Kindern und Jugendlichen fördern. Aufforderungen,
237 Schulausbildungen abzubrechen, um mit Arbeit zum Familieneinkommen beizutragen, haben zu unterbleiben.

238Altersarmut bekämpfen – in Würde leben

239Rund 260 000 Kölnerinnen und Kölner sind über 60 Jahre alt, das ist jede/r Vierte. In der Werbung und in den Medien ist die
240Rede von den „jungen Alten“, von Seniorinnen und Senioren, die fit und gesund sind und Geld genug haben, um zu reisen,
241schick auszugehen und teure Kleidung zu kaufen. Die Wirklichkeit sieht leider für viele Kölnerinnen und Kölner im
242Rentenalter anders aus:

243Die Zahl älterer Menschen, die Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem Sozialhilferecht (SGB XII) in Anspruch
244nehmen, ist in Köln zwischen 2006 und 2011 von knapp 9.800 auf über 11.000 Personen gestiegen. Dazu kamen 2011 noch

245weitere 4.686 Kölnerinnen und Kölner, die auf die Grundsicherung bei Erwerbsminderung angewiesen sind, weil ihre
246Erwerbsminderungsrente wegen der hohen Abschläge nicht zum Leben reicht. 2012 stieg die Zahl der Kölnerinnen und
247Kölner, die auf Grundsicherung angewiesen sind, weil die Rente nicht zum Leben reicht, zusammen genommen um fast
2481.200 Betroffene auf über 17.000 Personen.

249Schon heute hat das untere Fünftel der allein stehenden männlichen Rentner nur eine Rente von 717 Euro, und liegt damit
250nur knapp über der Grundsicherungsleistung von bundesweit durchschnittlich 707 Euro. Für Frauen sieht es noch
251schlimmer aus, mit einem Renteneinkommen von nur 665 Euro liegt das untere Fünftel der Rentnerinnen deutlich unter
252dieser Grenze.

253Auch die von der Großen Koalition geplanten kleinen Verbesserungen bei der Erwerbslosenrente ändern nichts am
254Grundübel der Senkung des Rentenniveaus, das 2001 noch 53 % betrug, heute nur noch bei knapp 49 % liegt und bis 2030
255auf 43 % sinken wird.

256Deshalb rechnen Experten und Expertinnen bis zum Jahre 2030 mit einem Anstieg der Quote der Altersarmut auf 30
257Prozent. Fast jeder dritte Rentner und mehr als jede dritte Rentnerin werden also 2030 auch in Köln in Armut leben. Zu
258diesem Niedergang trägt neben der Ausweitung des Niedriglohnssektors auch bei, dass seit 2006 für ALG-II-Berechtigte
259überhaupt keine Rentenbeiträge mehr gezahlt werden.

260Altersarmut ist also ein Problem, das heute schon viele und in Zukunft immer mehr Menschen betreffen wird. Die Stadt
261muss sich darauf einstellen und nach Wegen suchen, wie sie ihren Bürgerinnen und Bürgern dennoch eine Teilhabe am
262öffentlichen und kulturellen Leben sichern kann.

263Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass bei Rentnerinnen und Rentnern die Dunkelziffer derjenigen besonders
264hoch ist, die aus Scham darauf verzichten, Leistungen wie die Grundsicherung im Alter in Anspruch zu nehmen, auf die sie
265ein Anrecht haben. Um diese verdeckte Altersarmut zu lindern, muss eine solidarische Stadtpolitik dazu beitragen, ein
266gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem die ohnehin viel zu niedrigen sozialen Leistungen von den Berechtigten auch in
267Anspruch genommen werden.

268Über die im Kapitel Seniorenpolitik formulierten Forderungen für eine am Recht auf Teilhabe orientierte Seniorenpolitik
269hinaus fordert DIE LINKE in Köln:

- 270• Seniorennetzwerke in den Stadtteilen und die nachbarschaftliche Selbstorganisation von Seniorinnen und Senioren
271 müssen gefördert werden, um wohnortnahe kulturelle, sportliche und soziale Angebote im Stadtteil zu entwickeln.
- 272• Die kommunalen Sozialdienste müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie bedürftige ältere
273 Menschen in ihrer häuslichen Umgebung betreuen und versorgen können, beispielsweise nach
274 Krankenhausaufenthalten. Zur Zeit werden etwa 25.000 Fälle monatlich von nur 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
275 organisatorisch betreut. Hier muss dringend qualifiziertes Personal eingestellt werden.
- 276• Die Grundsicherungsämter sollen Berechtigten ohne weiteren Antrag mit den Leistungsbescheiden für die Grundsiche-
277 rung auch Einkommensbescheinigungen für die Befreiung von den Rundfunkgebühren erstellen und Berechtigte über
278 diesen weiteren Anspruch informieren.

279**Wohnungslosigkeit bekämpfen – Obdachlosenhilfe verbessern**

280In Köln sind fast 4.000 Menschen wohnungslos. Das ist eine erschreckende Zahl und ein weiterer Ausdruck für die Armut,
281die in dieser Stadt herrscht.

282Auch wenn die Stadt Köln und verschiedene Träger sich bemühen, der Not so vieler wohnungsloser Menschen mit Rat und
283Tat zu begegnen, sieht DIE LINKE noch weitere Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die Situation der Menschen ohne
284Wohnung zu verbessern.

285Der "freie Markt" hat die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht gelöst, im Gegenteil, er verschärft sie
286tagtäglich.

287Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe erwartet in den nächsten zwei Jahren einen weiteren Anstieg der
288Wohnungslosigkeit um 30 Prozent. Die Stadt muss sich darauf vorbereiten. Sie muss aber auch schon heute alle ihr zur
289Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen und neue Möglichkeiten schaffen, um neue Obdachlosigkeit gar nicht erst
290entstehen zu lassen und bereits obdachlose Menschen dabei zu unterstützen, wieder eine Wohnung zu bekommen.

291**DIE LINKE fordert:**

292Damit das Problem der Obdachlosigkeit in der Öffentlichkeit nicht verdrängt wird, muss die Verwaltung den Rat regelmäßig
293über die Entwicklung der Obdachlosigkeit unterrichten. Dabei muss auch über die Ursachen und Hintergründe berichtet

294werden, die Menschen dazu zwingen, im öffentlichen Straßenraum zu übernachten.

295Damit neue Obdachlosigkeit gar nicht erst entsteht, sind Zwangsräumungen z.B. zur Durchsetzung von Luxussanierungen
296möglichst zu verhindern. Dabei muss auch das Instrument der Beschlagnahme der Wohnungen soweit wie möglich genutzt
297werden, um den Betroffenen ein Dach über dem Kopf und den Menschen das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu
298sichern, wenn geeignete Ersatzwohnungen nicht verfügbar sind.

299Um auf den drohenden Anstieg der Obdachlosigkeit vorbereitet zu sein, muss die Stadt eine ausreichend große Zahl von
300kommunalen Belegwohnungen vorhalten und weitere Belegungsbindungen erwerben.

301Die Sammel- und Notunterkünfte für wohnungslose Menschen müssen durch kleinere und menschenwürdige Einheiten
302ersetzt werden. In kleineren Unterkünften kann besser auf persönliche Wünsche und individuelle Bedürfnisse der
303Betroffenen eingegangen und eine soziale Betreuung gewährleistet werden.

304Auch für Menschen, die sich beim Leben im öffentlichen Straßenraum an das Zusammenleben mit Hunden entschieden
305haben, müssen ausreichend alternative Möglichkeiten zur Übernachtung geschaffen werden, die sie gemeinsam mit ihren
306Hunden nutzen können.

307Um Menschen, die sich in langjähriger Obdachlosigkeit an das Leben im öffentlichen Straßenraum gewöhnt haben, den
308Übergang in eine Wohnung möglich zu machen, muss die Stadt angemessene alternative Wohnformen und Projekte
309entwickeln, fördern und mit Personal ausstatten.

310Die Anzahl der Plätze, in denen kranke und obdachlose Menschen unterkommen und ärztlich behandelt werden können,
311muss dringend erhöht werden.

312Entsprechend der KVB-Selbstverpflichtung darf wohnungslosen Menschen der Zugang zu den unterirdischen U-Bahn-
313Stationen im Winter auch weiterhin nicht verwehrt werden.

314**Bürgerhäuser und Bürgerzentren – für mehr Beteiligung im Veedel**

315Die Bürgerzentren und Bürgerhäuser haben sich die Schaffung von Begegnungen, die Förderung des sozialen, kulturellen
316und politischen Dialogs, die Unterstützung von Eigeninitiativen der im entsprechenden Sozialraum lebenden Menschen
317sowie Informations- und Beratungsangebote zum Ziel gesetzt. Sie wollen allen Menschen die Möglichkeit bieten, am
318sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen. Um als nicht gewinnorientiert arbeitende Einrichtungen ihre Aufgaben zu
319erfüllen, benötigen sie Planungssicherheit.

320In Köln gibt es insgesamt elf Bürgerzentren bzw. Bürgerhäuser, die sich in kommunaler, in kommunalbürgerschaftlicher oder
321in freier Trägerschaft befinden. Ein weiteres Bürgerzentrum in Vingst ist dem Jugendamt zugeordnet. Alle arbeiten als
322soziale und soziokulturelle Zentren im Arbeitskreis Kölner Bürgerzentren zusammen. DIE LINKE begrüßt diese enge
323Zusammenarbeit. Sie macht die Bürgerhäuser und Bürgerzentren stärker und bedeutender. Daneben gibt es sechs
324Bürgerbegegnungsstätten in der direkten Zuständigkeit des Amtes für Soziales und Senioren, von denen sich die
325Begegnungsstätte in Finkenbergring in ein Bürgerzentrum umgewandelt hat. Wesentliche Arbeitsprinzipien dieser auch als
326„Kölner Elf“ bekannten Einrichtungen sind Prävention, Integration, Barrierefreiheit und Geschlechtergerechtigkeit.

327**DIE LINKE fordert:**

- 328• Alle Bürgerhäuser und Bürgerzentren bleiben erhalten. Sie sollen von städtischen Haushaltskürzungen ausgenommen
329 und finanziell besser ausgestattet werden.
- 330• Die vom Stadtrat vorgegebenen und teilweise drastischen Anhebungen der Miet- und Nutzungsgebühren sollen
331 zurückgenommen werden.
- 332• Die betreuungsintensiven Bereiche ihrer Arbeit wie die Beratungen oder Kinder- und Jugendangebote müssen durch
333 eine ausreichende städtische Bezuschussung gewährleistet sein. Auch die Angebote für Seniorinnen und Senioren
334 sollen ausgebaut werden.
- 335• Die Träger der Bürgerhäuser und Bürgerzentren sollen sich verpflichten, ihre Beschäftigten für dauerhafte Aufgaben
336 unbefristet einzustellen und mindestens gemäß den Tarifen im Öffentlichen Dienst zu bezahlen.

337**II. Leben und Wohnen in Köln**

338**II.1 Öffentliche Daseinsvorsorge mit kommunalen Unternehmen**

339Die Stadt Köln und die städtischen Unternehmen stellen den Einwohner/innen eine Vielzahl öffentlicher Güter zur
340Verfügung. Ihre Leistungen, die sogenannte öffentliche Daseinsvorsorge, reichen von der Stadtbibliothek und Museen über
341Schwimmbäder, Kitas bis hin zur Versorgung mit Energie und Wasser und zur Straßenreinigung.

342Der Großteil der städtischen Unternehmen ist in einer Holding, der Stadtwerke Köln GmbH, mit 11.455 Mitarbeitern
343zusammengeschlossen. Daneben gibt es noch weitere Unternehmen, z. B. die Stadtentwässerungsbetriebe Köln mit 650
344Beschäftigten und die Städtischen Kliniken mit 4.300 Beschäftigten. In der öffentlichen Verwaltung arbeiten weitere 14.000
345Mitarbeiter/innen. Insgesamt sind das über 30.000 Beschäftigte. Die Stadt ist mit ihren städtischen Unternehmen die mit
346Abstand größte Arbeitgeberin in Köln.

347Die Stadt Köln hat einen Haushalt von ca. 3,5 Mrd. Euro, und die Stadtwerke haben einen Haushalt von 5,1 Mrd. Euro. In
348der kommunalen Politik muss man beides zusammen denken, weil ein Teil der öffentlichen Güter, z. B. Kultur, über den
349normalen Haushalt, Strom, Gas und Wasser hingegen über die Stadtwerke finanziert werden.

350Teile der Stadtwerke wie die RheinEnergie und die AWB machen Gewinn, während andere Unternehmensteile wie die KVB
351oder die KölnBäder nicht kostendeckend arbeiten können. Ein Teil der Gewinne wird daher zum Ausgleich der Verluste
352genutzt. Dieses Geflecht ist für die Versorgung der Kölnerinnen und Kölner unverzichtbar. DIE LINKE steht zur
353Quersubventionierung, ohne die kein ÖPNV in Köln finanzierbar wäre.

354Insgesamt erzielen die Stadtwerke jedes Jahr 70 Mio. Euro Gewinn, die in den städtischen Haushalt fließen. Köln ist eine
355von wenigen Großstädten, deren Stadtwerke keine Verluste machen.

356DIE LINKE steht zu diesen kommunalen Unternehmen. Sie müssen in öffentlichem Eigentum bleiben. In allen kommunalen
357Unternehmen muss die paritätische Mitbestimmung erhalten bzw. durchgesetzt werden.

358Starke Unternehmen – Kapitalrücklagen nicht vergessen

359Die Stadtwerke GmbH muss in den nächsten Jahren in ihre Unternehmen mehr investieren: für Energieanlagen, Bahnen,
360Hafenanlagen und vieles mehr. Wir unterstützen die Forderungen der Betriebsräte und der Gewerkschaft ver.di, dass die
361städtischen Unternehmen eine ausreichende Kapitalrücklage haben müssen, um leistungsfähig zu bleiben.

362Für die Leistungsfähigkeit der städtischen Unternehmen sind aber auch gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
363unabdingbar. Deshalb setzen wir uns für mehr Ausbildungsplätze bei den städtischen Unternehmen ein. Die
364Ausbildungsquote von 6%, die bei der Stadt Köln durchgesetzt werden konnte, soll auch im Stadtwerke-Konzern
365verpflichtend werden.

366Regionale Kooperation

367DIE LINKE tritt dafür ein, dass sich die Stadtwerke regional aufstellen und die Zusammenarbeit in der Region suchen. Wir
368gehen davon aus, dass im Zuge der Neuformierung des Energiemarktes neue Beteiligungen gefunden werden, die die
369regionale Wirtschaftspolitik stärken.

370Die Stadtwerke GmbH verfügt über einige nutzlose Beteiligungen im Bundesgebiet. Zum Beispiel hält die RheinEnergie
371Anteile an der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV). Solche Beteiligungen dienen nicht der
372Daseinsvorsorge in Köln oder der Region und sollten daher abgestoßen werden.

373Die Energiewende – erhebliche Veränderungen in den nächsten zehn Jahren

374Die Folgen der Energiewende sind heute noch nicht absehbar. Vieles ändert sich. Das ist für kommunale Unternehmen
375auch eine Chance, um sich wie die RheinEnergie besser in der Region aufzustellen. Absehbar ist jedoch, dass sich die
376bislang großen Gewinne reduzieren werden.

377Die RheinEnergie muss die Eigenstromproduktion erhöhen, – den Bau der Kraft-Wärme-Kopplung-Anlage in Niehl haben
378wir daher von Anfang an befürwortet. Die Rheinenergie muss zudem mehr Fernwärme anbieten und den Anteil erneuerbarer
379Energie zielstrebig ausbauen.

380Soziale Tarife und soziale Angebote

381In Köln beziehen über 680.000 Haushalte Strom und Gas vom kommunalen Versorger "Rheinenergie". In den Jahren 2008
382bis 2011 ist die Zahl der Haushalte, die mindestens einmal jährlich von einer Stromsperrung betroffen waren, von 8.225 auf
38310.936 (1,45 % der Kunden) gestiegen, obwohl die Gesamtkundenzahl in diesem Zeitraum sank. Das ergab eine Anfrage
384der Fraktion DIE LINKE im Kölner Rat.

385Die RheinEnergie gab in den letzten Jahren ca. 400.000 Euro aus, um die Energiearmut zu bekämpfen. Bei der Einrichtung
386dieser Projekte hat unsere Ratsfraktion einen wichtigen Beitrag geleistet. Mit dem Strom-Spar-Check werden Menschen mit
387wenig Einkommen gezielt beraten, wie man Energie einsparen kann. Die RheinEnergie hat jetzt ein Projekt bei 600
388Haushalten in Köln-Meschenich gestartet, bei dem unter Einsatz neuer Stromzähler Stromsperrungen verhindert werden
389können.

390Das sind wichtige Initiativen, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, Energiearmut zu bekämpfen. Wir treten für
391eine bundesweite Regelung ein, nach der jeder Mensch eine Mindestmenge Strom kostenlos erhält, wie das beispielsweise
392in Belgien und anderen europäischen Ländern üblich ist.

393DIE LINKE in Köln tritt dafür ein, dass generell bei den Stadtwerken und den städtischen Beteiligungsunternehmen alle
394sozialen Tarifangebote ausgebaut werden und dass die Kunden in die Entwicklung der Stadtwerkeunternehmen stärker
395einbezogen und beteiligt werden.

396Versorgung im ganzen Stadtgebiet – das Beispiel Bäder

397DIE LINKE tritt dafür ein, dass öffentliche Güter nicht nur preisgünstig, sondern auch flächendeckend in ganz Köln
398angeboten werden. Jeder Stadtbezirk sollte z. B. mindestens ein Schwimmbad haben. Deshalb hat DIE LINKE gegen die
399Schließung der Schwimmbäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen gekämpft. SPD und Grüne haben nach jahrelangen
400Auseinandersetzungen die Bäder in Nippes und Weiden schließen lassen. Wir werden weiterhin vor Ort für ausreichende
401Schwimmflächen kämpfen, damit alle Kinder die Chance bekommen, schwimmen zu lernen.

402Kommunale Wohnungsunternehmen sozial aufstellen

403Die Stadt Köln hält einen 88%igen Anteil an der GAG, die 42.000 Wohnungen in ihrem Bestand hat. Darüber hinaus gehört
404der Stadtwerke GmbH die Wohnungsgesellschaft WSK mit 1.400 Wohnungen.

405Die GAG arbeitet renditeorientiert. Sie erfüllt daher nicht die die Forderung, mehr Sozialwohnungen und insgesamt mehr
406günstige Wohnungen zu bauen. Deshalb braucht die GAG eine neue Rechtsform, in der sie gemeinwohlorientiert arbeitet
407und von der Stadt kontrolliert wird. Um mehr preisgünstige Wohnungen zu bauen, muss das Unternehmen wirtschaftlich
408gestärkt werden. Deshalb müssen Gewinne im Unternehmen bleiben, die jährliche Gewinnausschüttung an den
409Stadthaushalt muss beendet werden (mehr zu diesem Thema im Kapitel „Wohnen in Köln“).

410Abfall- und Abwassergebühren nur in Höhe der tatsächlichen Kosten

411Die Stadt Köln erhebt Abfall- und Reinigungsgebühren. Die Gebühren sollten sich an den Kosten orientieren, die bei den
412Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) und den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) tatsächlich anfallen. Dieses Prinzip wird
413jedoch häufig nicht eingehalten. Wenn Unternehmen, die Gewinne machen, trotzdem die Gebühren erhöhen, dann ist das
414für uns nicht nachvollziehbar. Wir fordern daher für AWB und StEB eine konsequente Einhaltung des
415Kostendeckungsprinzips. Für die AWB muss der Grundsatz gelten: Abfallvermeidung geht vor Abfallbearbeitung.

416Rheinschifffahrt erhalten

417Immer mehr Güter werden auf LKWs und Eisenbahnen transportiert. Deshalb tritt DIE LINKE dafür ein, dass der
418Schiffsverkehr auf dem Rhein mehr genutzt wird, um den LKW-Verkehr zu reduzieren.

419Mit Sorge verfolgen wir den Personalabbau bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Das kann dazu führen,
420dass das Wasser- und Schifffahrtsamt Köln geschlossen wird. Das lehnen wir ab.

421Der Ausbau des Schiffsverkehrs setzt aber auch voraus, dass genügend Hafentflächen zur Verfügung stehen. Hafentflächen
422müssen in Zeiträumen von 100 Jahren gedacht werden. Deshalb fordern wir ein Kölner Hafentkonzept. Wir unterstützen die
423städtische Hafent- und Güterverkehr Köln AG und den DGB in ihren grundsätzlichen Positionen, keine Hafentflächen
424aufzugeben. Wer Industrieunternehmen ansiedeln will, muss auch Hafentflächen bereithalten. Wir lehnen als einzige Partei
425im Rat die Umwandlung des Deutzer Hafens in ein Luxus-Wohngebiet generell ab. Köln braucht auch in der Zukunft alle vier
426Häfen: Niehl I und II, Deutz und Godorf.

427Die Stadt muss genügend Anlegestellen für Schiffe zur Verfügung stellen. Deshalb lehnen wir auch eine Überplanung bzw.
428Umplanung des Mülheimer Hafens ab. Der Mülheimer Hafen ist ein wichtiger Schutzhafen und Reparaturhafen.

429Regionale Wirtschaftspolitik mit Messe, NetCologne und Sparkasse

430Mit der KölnMesse und NetCologne besitzt die Stadt Wirtschaftsunternehmen, die wichtige Funktionen für die Wirtschaft in
431der Region erfüllen. Deshalb lehnen wir Privatisierungen dieser Unternehmen ab.

432Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über freies und kostenloses WLAN als festem Bestandteil der öffentlichen
433Daseinsvorsorge.

434Die Sparkasse ist ebenfalls ein Unternehmen für die kommunale Daseinsvorsorge. Lange Zeit hat die Sparkasse anstelle
435der Stadt Liegenschaften erworben und verwaltet. Weder gehört dies aber zu den Aufgaben der Sparkasse noch ist das
436wünschenswert, denn die Liegenschaften sind damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Wir befürworten daher die
437Entscheidung der EU, der Sparkasse diese Tätigkeit zu untersagen. Die Sparkasse kann sich nun wieder auf ihr

438eigentliches Geschäft besinnen und ihre Kundenorientierung verbessern.

439II.2 Wohnen in Köln

440II.2 Wohnen ist Menschenrecht! Für mehr bezahlbaren Wohnraum!

441Köln ist eine der wenigen wachsenden Städte in NRW. Bis in das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wird Köln weiter
442wachsen. In erster Linie werden Menschen zwischen 20 und 30 Jahren nach Köln ziehen. Der größte Teil dieser
443Neubürgerinnen und Neubürger kommt wegen der Ausbildung, des Studiums oder des Berufsstarts in die Rheinmetropole.
444Je nach Berechnung wird der Bevölkerungshöchststand bei bis zu 1,1 Mio. Einwohnern liegen. Grundsätzlich ist der
445Bevölkerungszuwachs positiv für die ökonomische Entwicklung der Stadt zu sehen. Außerdem wird die Überalterung der
446Bevölkerung in Köln später eintreten und sich weniger dynamisch entwickeln als beispielsweise in den schrumpfenden
447Städten des Ruhrgebietes. Der Bevölkerungszuwachs stellt die Stadt aber auch vor große Herausforderungen: Die
448Infrastruktur muss ausgebaut werden, beispielsweise im ÖPNV. Das größte Problem wird aber die Versorgung der
449Menschen mit Wohnraum sein.

450Preisgünstiger Wohnraum fehlt

451Noch stärker als die Einwohner/innenzahl wird in Köln die Zahl der Haushalte wachsen. Durch die anhaltende
452Individualisierung der Gesellschaft wird immer mehr Wohnraum pro Einwohner benötigt. In Köln gab es 2012 erstmals mehr
453Single-Haushalte als Mehr-Personenhaushalte. Um die wachsende Bevölkerung mit Wohnraum versorgen zu können,
454müssen bis zu 50.000 neue Wohnungen gebaut werden. Aktuell gibt es in Köln circa 544.000 Wohnungen, zur
455Jahrtausendwende gab es 521.000 Wohnungen auf dem Kölner Stadtgebiet. In 12 Jahren kamen damit circa 23.000
456Wohnungen hinzu, also durchschnittlich 2.000 Wohnung pro Jahr. Aktuell werden jährlich ca. 3.000 neue Wohnungen
457gebaut; – auf den ersten Blick eine ordentliche Leistung.

458In Köln wird also viel gebaut. Aber für den Großteil der neu entstehenden Wohnungen werden hohe Mieten verlangt. Es
459entstehen Luxusquartiere wie im Rheinauhafen und im Gerling-Viertel. Der Neubau in preishöheren Segmenten beschränkt
460sich längst nicht mehr auf Viertel wie die Innenstadt, Ehrenfeld oder Lindenthal. Auch in Kalk und Mülheim entstehen
461überdurchschnittlich teure Wohnungen. Diese Neubauten führen nicht zur Entspannung der Mieten, sondern ziehen auch
462die Bestandsmieten nach oben. Ob einfache Mieterhöhungen ohne Umbauten oder die Umlage für energetische
463Sanierungen – überall nutzen Immobilienbesitzer die Möglichkeit, höhere Profite zu erzielen und verdrängen oft
464alteingesessene Mieter/innen. So sollen in der Südstadt bestehende, gute Häuser teuren Neubauten weichen. In Deutz
465werden WG-Zimmer nach und nach in „Messe-Zimmer“ umgewandelt, bis das ganze Haus schließlich zu einer Pension
466wird.

467Aber: Im Jahr 2013 wurden nur 537 öffentlich geförderte Mietwohnungen gebaut. Betrachtet man die
468Einkommensverhältnisse der Kölner Bevölkerung, bedeuten nur 537 gebaute Sozialwohnungen in Köln eine Katastrophe.
469Denn diese sehr niedrige Zahl an fertig gestellten geförderten Wohnungen verstärkt einen Negativtrend. Im Jahr 2002 gab
470es in Köln immerhin noch fast 63.000 Sozialwohnungen. Zehn Jahre später waren es nur noch 38.000 preisgünstige
471Wohnungen. Gleichzeitig ist der Anteil der Bevölkerung, der einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, stark gestiegen.
472Fast jede/r zweite Kölner/in hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Fazit: In Köln werden zwar Wohnungen gebaut, das
473Verhältnis zwischen frei finanziertem Wohnbau und gefördertem Wohnraum steht aber auf dem Kopf und muss dringend
474umgekehrt werden.

475Die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen werden. Die Bereitstellung von
476qualitativ gutem und bezahlbarem Wohnraum ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Öffentliche Hand ist in der
477Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Von der Schaffung staatlich geförderter Wohnungen profitieren nicht nur Menschen mit
478einem Wohnberechtigungsschein, der Bau von genügend Sozialwohnungen wird trägt auch zu einer Entspannung auf dem
479gesamten Wohnungsmarkt bei.

480Die GAG baut zu wenig preisgünstigen Wohnraum

481Das städtische Wohnungsbauunternehmen hat in 2012 nur 210 geförderte Wohnungen gebaut. Das ist viel zu wenig. Die
482GAG ist ihrem satzungsgemäßen Auftrag, breite Schichten der Kölner Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen, nicht in
483ausreichendem Maß nachgekommen. Die GAG wirtschaftet als Aktiengesellschaft bislang nur gewinnorientiert.
484DIE LINKE tritt für eine Änderung der Gesellschaftsform ein. DIE LINKE will eine Rechtsform, die es der GAG ermöglicht,
485sich auch unabhängig von Gewinnerwartungen am Gemeinwohl zu orientieren und preiswerten Wohnraum für die
486Bevölkerung Kölns zu bauen.

487Die Stadt darf die GAG nicht schröpfen. Die Gewinnausschüttung der GAG an den städtischen Haushalt muss künftig
488unterbleiben. Der erwirtschaftete Gewinn muss in dem Wohnungsbauunternehmen selbst verbleiben. Dadurch erhöht sich das
489Eigenkapital der Gesellschaft. Und das kann zu einer höheren Bauleistung des Unternehmens führen.

490Wegen der Gewinnerwartung der Aktionärinnen und Aktionäre baut die GAG Eigentumswohnungen und vermietet frei
491finanzierte Wohnungen, um Gewinne zu erzielen. Gleichzeitig ist die GAG mit dem Unterhalt und der Sanierung von circa
49245.000 Wohnungen betraut.

493 **Förderprogramme greifen nicht.**

494 Seit mehreren Jahren sind die Zinsen extrem niedrig. Der Anreiz für Investoren, günstige Kredite vom Staat in Anspruch zu
495 nehmen, um Sozialwohnungen zu bauen, besteht nicht (mehr). Es ist für einen Investor wesentlich lukrativer, bei der Bank
496 Geld für 2,5 % zu leihen und die gebaute Wohnung für 4.000 Euro pro qm zu verkaufen oder für 13 Euro zu vermieten, statt
497 einen Teil der Finanzierung über einen zinslosen staatlichen Kredit durchzuführen und sich auf einen Vermietungspreis von
498 8,25 Euro zu beschränken. Im oberen Preissegment wird in den Wachstumsregionen relativ viel gebaut, weil die Rendite
499 höher ist als die sehr niedrigen Sparzinsen.

500 **Flächen-Konkurrenz**

501 In Köln gibt es stark konkurrierende Begehrlichkeiten, was die Nutzung von Flächen betrifft. Der Handel, das Gewerbe und
502 die Industrie beanspruchen Flächen. Ebenso werden Grün- und Freizeitflächen für die Bevölkerung benötigt. Das knappe
503 Angebot steht einer großen Nachfrage gegenüber. Der Grund wird teuer. Der hohe Bodenpreis wird auf die Mietpreise
504 umgelegt.

505 **Das will die LINKE.**

506 Die Rahmenbedingungen für den geförderten Wohnraum müssen sich grundlegend ändern, damit die Bevölkerung
507 ausreichend mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden kann. Um sich diesem Ziel zu nähern, müssen in Köln jährlich
508 mindestens 2.000 preisgünstige Mietwohnungen gebaut werden.

509 *Private Investoren werden die benötigten günstigen Wohnungen nicht bauen, auch wenn die Mietobergrenzen weiter
510 angehoben oder zusätzliche Subventionen ausgeschüttet werden. Die Stadt selbst ist gefordert und muss in die Offensive
511 gehen.*

512 Aus diesem Grund wird DIE LINKE in den nächsten Jahren die folgenden Schwerpunkte bearbeiten.

513 **GAG in ihrem Auftrag stärken – Aufbau eines weiteren städtischen**

514 **Wohnungsbauunternehmens**

515 Die Stadt als Haupteigner der GAG muss ihren Einfluss auf das Unternehmen geltend machen und dafür Sorge tragen,
516 dass die Firmenpriorität auf den preisgünstigen Wohnraum gelegt wird.

517 *DIE LINKE fordert, die GAG zu 100% in städtischen Besitz zu bringen, sie von der Börse zu nehmen und die Umwandlung
518 in einen städtischen Eigenbetrieb zu prüfen.*

519 *Die Gewinne der GAG sind in den Wohnungsbau zu reinvestieren, anstatt sie an den städtischen Haushalt abzuführen. Die
520 GAG muss darauf verpflichtet werden, die zeitliche Befristung der Mietobergrenzen aus dem sozialen Wohnungsbau
521 aufzuheben, also dauerhaft mietpreisgünstige Wohnungen anzubieten.*

522 Mit Hilfe des Stadtwerkekonzerns muss ein weiteres Wohnungsbauunternehmen gegründet werden. Das kleine bereits
523 bestehende Wohnungsbauunternehmen kann hierfür als Basis dienen.

524 Die vom Mieterbund und der LINKEN geforderten mindestens 2000 Sozialwohnungen im Jahr sollen vor allem durch diese
525 städtischen und stadtnahen Unternehmen gebaut werden.

526 **Aufbau eines revolvingierenden Wohnungsbaufonds prüfen**

527 *Wir schlagen vor, die Gründung eines revolvingierenden Wohnungsbaufonds nach dem Vorbild der österreichischen Stadt
528 Salzburg zu prüfen. In Salzburg werden kommunale Wohnungen gebaut, ohne auf Bankkredite zurückzugreifen und
529 somit ohne hohe Zinsen zu bezahlen.*

530 Die Anschubfinanzierung des Salzburger Fonds wurde mit Bundesmitteln und EU-Geldern geleistet, aber der Fonds trägt
531 sich wegen der geringen Kreditkosten langfristig über die Mieteinnahmen selbst.

532 Es wird eine Miete – zur Deckung der Baukosten und der Unterhaltung – in Höhe von 4,78 Euro pro Quadratmeter
533 berechnet. Auch in Köln wäre mit einem solchen Modell vermutlich eine Miete möglich, die unter der derzeitigen
534 Bewilligungsmiete im öffentlich geförderten Wohnungsbau liegt.

535 **Mehr städtische Flächen für den Wohnungsbau**

536 *Die Neubauf Flächen der Stadt sind endlich. DIE LINKE tritt dafür ein, dass städtisches Bauland vorwiegend in Erbpacht
537 vergeben wird, statt es zu verkaufen. Außerdem muss die Stadt, um die erforderlichen Flächen für den Wohnungsbau zu
538 bekommen, ihr Vorkaufsrecht für Grundstücke des Landes und des Bundes konsequent nutzen. Grundsätzlich werden
539 keine städtischen Grundstücke mehr an private Investoren verkauft, es sei denn, sie verpflichten sich zu einem
540 sozialorientierten Wohnungsbau und einer sozialorientierten Wohnungsbewirtschaftung, zum Beispiel das
541 Miethäusersyndikat oder bestimmte Wohnungsgenossenschaften. Jedes städtische Grundstück muss zunächst auf seine
542 Verwendbarkeit für den kommunalen Wohnungsbau geprüft werden.*

543 **Sozial gerechte Bodennutzung durchgesetzt – Verbesserungen dringend nötig**

544 Mit dem Beschluss über eine „sozial gerechte Bodennutzung“ hat der Rat der Stadt Köln einen richtigen Schritt getan, den
545 DIE LINKE unterstützt hat. Durch diese Maßnahme wird aber nur ein kleiner Teil der erforderlichen Sozialwohnungen
546 gebaut werden, zudem solche nach dem ‚klassischen‘ Modell, also mit zeitlich begrenzter Miet- und Belegungsbindung. Die
547 Stadt darf sich auf diesem Beschluss also nicht ausruhen, sondern ist gefordert weitere und effektivere Maßnahmen zu
548 ergreifen, um die erforderliche Zahl dauerhaft mietpreisgünstiger Wohnungen zu schaffen.

549Die LINKE hat bereits 2007 eine sozial gerechte Bodennutzung für Köln gefordert. Mit dem kooperativen Baulandmodell
550erhalten Investoren nur noch Baurecht, wenn sie auch geförderten Wohnungsbau realisieren, und zwar mindestens 30 %
551der Wohnungen. In München und Hamburg geht man weiter: Hier wird in der sozial gerechten Bodennutzung mehr als die
552Quote der Sozialwohnungen festgelegt. In Köln hat man eine sehr schwache Form der sozial gerechten Bodennutzung
553beschlossen. So ist bei den 30 % geförderten Wohnungen auch selbst genutztes Eigentum dabei. Es ist nicht hinnehmbar,
554dass dadurch die Quote für den sozialen Mietwohnungsbau noch einmal reduziert wird.
555Außerdem fordert DIE LINKE eine bessere Verteilung der Sozialwohnungen in Köln. Da es zum Beispiel in Lindenthal gar
556keine Sozialwohnungen gibt, sollten dort 100 % geförderte Wohnungen entstehen.
557Wir sind der Meinung, dass der Investor ein Nutzungskonzept vorlegen muss, bevor er eine Baugenehmigung erhält.
558Soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen, Kleingewerbe, Nahversorgung müssen neben der Sozialwohnungsquote
559gewährleistet sein. Baurecht soll der erhalten, der das beste Konzept vorlegt, nicht der, der den höchsten Preis zahlt.
560Die Einführung des kooperativen Baulandmodells und der verbindlichen Erstellung eines Nutzungskonzeptes wird zu einer
561Dämpfung des Bodenpreises führen. Damit haben Genossenschaften und die GAG wieder bessere Chancen, Bauland zu
562erwerben, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.
563In Köln gibt es immer noch über 3.000 Baulücken im Innenstadtbereich. Die Verwaltung muss mit mehr Personal die
564Schließung der Baulücken mit preisgünstigen Wohnungen vorantreiben. Das Personal für diese Abteilung muss mindestens
565verdoppelt werden.
566In vielen Großsiedlungen sind Nachverdichtungen möglich. Auch dieses Potenzial muss ausgeschöpft werden. Deshalb
567sprechen wir uns für eine sozial- und umweltverträgliche Nachverdichtung aus.
568*Wenn neue Wohnbauflächen erforderlich sind, müssen sich diese konsequent an den Achsen des öffentlichen*
569*Personenverkehrs ausrichten. Wo erforderlich, muss der Anschluss an den schienengebundenen ÖPNV zeitgleich mit der*
570*Entwicklung der Bauflächen erfolgen.*
571Leer stehende Büros schnell umbauen
572In Köln gibt es viele leer stehende Büroflächen aus den 60er und 70er Jahren, aber auch neuere leer stehende
573Bürogebäude. Unter den Bedingungen des Kooperativen Baulandmodells müssen hier zügig Wohnungen geschaffen
574werden.
575Alternatives Wohnen ermöglichen
576Immer mehr Menschen wollen in alternativen Lebensformen zusammenleben. DIE LINKE setzt sich für
577Mehrgenerationenwohnen und ähnliche Projekte ein. Wir fordern mehr barrierefrei oder altersgerecht ausgebaute
578Wohnungen. Neue Wohnformen müssen barrierefrei sein. Wir wollen mehr Wohnraum für Studierende schaffen. Um die
579aktuell sehr große Nachfrage zu befriedigen, müssen auch Mobile-Housing-Projekte verwirklicht werden.
580Mit kommunalen Satzungen die Mieter schützen
581Das Instrument der Sozialen Erhaltungssatzung muss in weiten Gebieten der Stadt Anwendung finden. Es wirkt der
582Verdrängung alteingesessener Mieter/innen aus ihren bezahlbaren Wohnungen entgegen. Die Umwandlung von regulären
583Mietwohnungen in Zeit- oder Ferienwohnungen muss verhindert werden.
584Mit einer Zweckentfremdungssatzung kann das Leerstehenlassen von Wohnungen und ihre Umwandlung in Büros,
585Hotelzimmer und Ferienwohnungen verhindert werden. DIE LINKE wird daran arbeiten, dass die
586Zweckentfremdungssatzung zügig vom Rat beschlossen und von der Verwaltung konsequent angewandt wird.
587*Wir fordern eine Aussetzung sämtlicher Zwangsräumungen.*
588Chorweiler und andere Siedlungen in verantwortungsvolle Hände bringen
589In Chorweiler und anderen Siedlungen Kölns befinden sich tausende Wohnungen in den Händen von Spekulanten. Die
590Wohnungen sind teilweise in desolatem Zustand. Die LINKE wird sich dafür einsetzen, dass diese Wohnungen in
591verantwortungsvolle Hände kommen. Nur wenn das Land NRW, die Stadt Köln, die öffentlichen
592Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften eng kooperieren, werden die vernachlässigten Wohnungen in
593guten Wohnraum umgewandelt werden können.
594*In vielen Stadtteilen regt sich Widerstand gegen steigende Mieten.* In Porz-Finkenbergr haben sich Mieterinnen und Mieter
595zusammengeschlossen, um auf rechtlicher Ebene gegen Mieterhöhungen und Vernachlässigung der Häuser vorzugehen. In
596Chorweiler haben Demonstrationen gegen den Verfall der Hochhäuser stattgefunden. Im Agnes-Viertel gab es Widerstand
597gegen die Zwangsräumung eines Mieters aufgrund einer vorgeschobenen Eigenbedarfskündigung. *DIE LINKE. unterstützt*
598*die vielfältigen Aktivitäten und hilft beim Aufbau von Mieterinitiativen, Mitglieder der LINKEN beteiligen sich an der Initiative*
599*„Recht auf Stadt“.*

600

601II.3 Stadtentwicklung

602Nachhaltige Stadtentwicklung

603 Viele Plätze in Köln haben keine Aufenthaltsqualität und sind von Autos zugeparkt. Wir wollen barrierefreie Plätze schaffen,
604 auf denen man sich ohne Konsumzwang aufhalten und erholen kann. Der öffentliche Raum ist auch für Menschen mit wenig
605 Geld da. Die Stadt braucht Freiräume, in denen Menschen sich kreativ betätigen können. Wir wollen das Autonome Zentrum
606 und mehr ähnliche Einrichtungen. Wir wollen Quartiere, in denen die Menschen mit und ohne Behinderung gut leben und ar-
607 beiten können. Deshalb arbeiten wir für eine sozial und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung. Wir sind der Auffassung,
608 dass eine urbane Stadtentwicklung demokratisch gestaltet werden muss. Deshalb brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung bei
609 neuen Projekten der Quartiersentwicklung. Die Menschen müssen Wohnung, Arbeit, Nahversorgung, soziale Infrastruktur
610 und Kultur möglichst fußläufig und barrierefrei erreichen.

611 Bestehende Infrastruktur erhalten und sanieren, anstatt Prestigeobjekte zu bauen

612 Zahlreiche wichtige Bauten in Köln befinden sich in einem schlechten Zustand. Über viele Jahre hinweg wurde zu wenig für
613 die Instandhaltung getan. Die Folge: Es sind umfangreiche und sehr teure Sanierungen erforderlich, die bei regelmäßiger
614 Instandhaltung viel preisgünstiger gewesen wären. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Schulen, Brücken und andere
615 öffentliche Bauten vernünftig instand gehalten werden. Die Konzentration der Mittel auf zweckfreie Prestigeobjekte wie dem
616 Rheinboulevard oder das viel zu teure Tonnendach auf dem Floragebäude muss endlich der Vergangenheit angehören.

617 Standards bei städtischen Bauten erhöhen

618 Schon im Zuge des Doppelhaushaltes wurden von anderen Parteien die Standards bei städtischen Bauvorhaben wie zum
619 Beispiel bei Kitas oder städtischen Sozialhäusern verringert. DIE LINKE will diese Aushöhlung baulicher Standards rückgän-
620 gig machen. Wir fordern, dass in allen städtischen Neubauten barrierefreie Zugänge geschaffen und rollstuhlgerechte Auf-
621 züge eingebaut werden. Die energetische Ausstattung erfolgt in Erfüllung der Vorgaben der Energieleitlinien der Stadt Köln
622 als Passivhaus. Zur Gegenfinanzierung hält DIE LINKE den Verzicht auf undurchdachte Luxus- und Prestigeobjekte der
623 Stadt durchaus für erforderlich.

624 Vorbeugender Hochwasserschutz – mehr Raum für den Fluss

625 Jede Person hat im Rahmen des ihr Möglichen die Pflicht, geeignete Vorsorge gegen Hochwasserschäden zu treffen
626 (Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3.5.2005). Diese Pflicht gilt auch für
627 Stadtplanerinnen und Stadtplaner.

628 Will man die Gefahr von Hochwasserschäden mindern, muss man vor allem bei der Siedlungsentwicklung ansetzen. In
629 bereits festgesetzten Überschwemmungsgebieten dürfen grundsätzlich keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden.

630 Das Erreichen der Handlungsziele der internationalen Kommission zum Schutz des Rheins, d.h. die Minderung der
631 Schadensrisiken um 25 % und die Minderung der Extremhochwasserstände um 70 cm bis zum Jahr 2020, erfordert
632 solidarisches Handeln. Die LINKE Köln setzt sich dafür ein, dass sich die kommunale Bauleitplanung der
633 Vorsorgeverantwortung „stellt, und wo immer möglich in der Vergangenheit auf das Gewässer vorgeschobene Nutzungen
634 wieder zurück genommen werden.“

635 Daher sprechen wir uns auch klar gegen die im rechtsrheinischen Entwicklungskonzept vorgesehene Vorverlegung der
636 Hochwasserschutzlinie im Bereich des Auenweges/Mülheim Süd aus.

637 Den Bestrebungen der etablierten Parteien, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den vorbeugenden Hochwasserschutz
638 zu unterlaufen, stellt sich die Linke entschieden entgegen.“

639

640 Köln braucht einen Großmarkt

641 Kleine und mittlere Gastronomiebetriebe und Lebensmittelhändler/innen sind für die Versorgung der Kölner Bevölkerung
642 wichtig. Diese Kleinbetriebe können nicht auf die logistische Infrastruktur der Lebensmittelmonopolisten zurückgreifen.
643 Unserer Auffassung nach muss die Kommune eine Struktur vorhalten, durch die Wochenmärkte und kleine Geschäfte eine
644 Chance haben. Dafür ist ein Großmarkt notwendig. DIE LINKE will die südliche Innenstadterweiterung als neues lebendiges
645 Viertel für alle Kölnerinnen und Kölner. Die Verlegung des Großmarktes ist richtig. Auch wenn es in Marsdorf Bedenken gibt:
646 Der Standort ist geeignet. DIE LINKE wird die Verlagerung des Großmarktes jedoch kritisch begleiten und penibel darauf
647 achten, dass sich auf dem künftigen Großmarktareal keine Betriebe ansiedeln, die nichts mit dem eigentlichen
648 Marktgeschehen zu tun haben.

649 Justizzentrum – Es gibt Alternativen zur Südstadt

650 31 Jahre alt war das Gebäude des Justizzentrums an der Luxemburger Straße geworden, da wurde es als marode und
651 nicht sanierungsfähig deklariert. Der für die Liegenschaft zuständige skandalumwitterte Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW
652 (BLB) wünscht sich einen Neubau auf dem landeseigenen Gelände der früheren Dom-Brauerei in Bayenthal. Allerdings hat

653der Stadtrat bereits 2012 das "Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung" (ESIE) beschlossen. Es sieht für das
654Bayenthaler Gelände eine Wohnbebauung, eine Kita, eine Schule und die Fortführung des inneren Grüngürtels bis zur
655Rheinuferstraße vor. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieses Konzept auch umgesetzt wird. DIE LINKE fordert die Stadt
656auf, intensiv nach alternativen Standorten für das Justizzentrum zu suchen und mit dem Land zu verhandeln, damit im
657Kölner Süden ein grünes Wohnquartier entsteht.

658Die Veedel in ihrer Eigenständigkeit bewahren – Nahversorgung sichern

659Köln lebt von seinen Vierteln. DIE LINKE wird sich für dezentrale Strukturen in den Stadtteilen stark machen. Die Menschen
660müssen die Möglichkeit haben, sich in ihren Vierteln mit den Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen. Auch Kitas,
661(Grund)Schulen und Arztpraxen gehören zu einer guten Infrastruktur. DIE LINKE wird sich insbesondere in den Stadtteilen
662mit unzureichender Infrastruktur, wie zum Beispiel in Lindweiler, für die Verbesserung der Lebensqualität einsetzen.

663Chorweiler stärken

664Obwohl der Stadtteil Chorweiler eine gute Infrastruktur aufweist, gibt es zahlreiche Probleme in diesem Veedel. Teilweise
665sind die Hochhäuser in einem sehr schlechten Zustand. DIE LINKE hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Situation
666in Chorweiler beschäftigt. So haben wir eine große wohnungspolitische Konferenz in dem Stadtteil durchgeführt. In
667Chorweiler stehen 1.200 Wohneinheiten zur Versteigerung an, die ein Finanzhai verkommen lassen hat. Die landeseigene
668NRW Bank hat als einer der Gläubiger die Zwangsversteigerung mitbetrieben. Dagegen haben wir vor der NRW Bank
669demonstriert. Wir wollen, dass die 1.200 Wohnungen nicht versteigert werden, sondern in verantwortungsvolle Hände
670kommen. Das geht aber nur, wenn die Stadt Köln und ihre Wohnbauunternehmen, das Land NRW und dessen Bank
671zusammenarbeiten. DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen, die helfen, die Menschen in Chorweiler mit vernünftigem
672Wohnraum zu versorgen. Wir fordern vom Bund, endlich gesetzliche Regelungen herzustellen, die die Finanzspekulation
673mit Wohnquartieren verhindern.

674Das rechtsrheinische Köln muss weiterentwickelt werden

675Das Strukturförderprogramm Mülheim 2020 scheint keine nachhaltige Verbesserung für Mülheim zu erreichen. Eine
676Entwicklung des Güterbahnhofsgebietes im Norden, die Entwicklung der „KHD-Brache“ und ein Anschluss an den RRx
677können eine positive Entwicklung in Mülheim begünstigen (siehe hierzu auch das Kapitel Verkehr).

678Mülheim Nord

679Für das ca. 11,5 ha große Gelände des alten Güterbahnhofs zwischen der Schanzenstrasse und der Berliner Strasse gab
680es schon im Februar 2010 ein Entwicklungskonzept, das jedoch bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt wurde.

681Auch die Chance des Strukturförderprogramms „ Mülheim 2020 “ wurde von der Stadtverwaltung nicht ausreichend
682genutzt, obwohl man durchaus der Meinung war, dass dieses Projekt ein wichtiger Baustein sei, um das Potenzial dieses
683Kölner Stadtteils zu entwickeln.

684DIE LINKE sieht dies in gleicher Weise und fordert deshalb, dass die Stadtverwaltung die verbleibende Zeit und noch nicht
685ausgeschöpfte finanzielle Mittel dafür nutzt, um eine gute Mischung aus Wohnbebauung (gemäß dem Kooperativen
686Bauland-Modell) und Gewerbe anzusiedeln.

687Dabei sollen die vor Ort ansässigen Initiativen und Vereine besser mit einbezogen werden. Der schon vorhandene
688Veedelsbeirat bietet eine gute Möglichkeit, die Bevölkerung an der Entwicklung ihres Stadtteils teilhaben zu lassen, wenn
689entsprechende Vorgaben eingehalten werden.

690DIE LINKE möchte die Mülheimer Initiativen und Vereine in dieser Hinsicht unterstützen.

691Sie spricht sich für den Bau eines schon lange geplanten Internationalen Geschäftshauses aus, in dem Läden, Gewerbe
692und Wohnungen entstehen sollen und der Bevölkerungsstruktur dieses Stadtteils Rechnung getragen wird.

693Da es in Mülheim auch viele nicht erwerbstätige Menschen gibt, möchten wir Projekte fördern, die diesen Menschen wieder
694eine Perspektive geben, so z.B. durch die Errichtung eines Recyclinghofes.

695Mülheimer Süden inklusive Hafen

696Die LINKE begrüßt, dass zur Entwicklung eines Planungskonzeptes für diesen Bereich ein Werkstattverfahren durchgeführt
697wurde, das eine breite Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger ermöglichte.

698Auch wir vertreten die Ansicht, dass der Mülheimer Süden ein städtisch gemischtes Quartier werden soll, in dem Wohnen
699und Arbeiten nebeneinander Raum haben. Wie auch im Mülheimer Norden sollen Initiativen, Vereine und Einzelpersonen in
700die Planung mit einbezogen werden.

701 Von den angestrebten 1.500 Wohnungen sollen mindestens 500 Wohnungen durch öffentlich geförderten Wohnungsbau
702 entstehen. Daneben sollen Gewerbe, Büros und Dienstleistungen angesiedelt werden.

703 Die in den letzten Jahren in den Mülheimer Süden gezogenen kreativen Nutzerinnen und Nutzer z. B. „Kunstwerk“ und
704 „Gebäude 9“ sollen ebenso wie die funktionierenden Produktions- und Gewerbestandorte in ihrem Umfeld verbleiben. Der
705 Hafen mit seiner bedeutsamen Schutzhafenfunktion muss erhalten bleiben.

706 Dem vorbeugenden Hochwasserschutz im Mülheimer Süden soll Rechnung getragen werden. DIE LINKE Köln kämpft
707 dafür, dass in gesetzlichen Überschwemmungsgebieten keine rechtswidrige Bebauung stattfindet.

708 Bei allen Baumaßnahmen muss gewährleistet sein, dass die Zugänge zum Rhein barrierefrei sind.

709 Dem Stadtteilzentrum in Köln-Porz droht der Verfall

710 Nach der Schließung des Hertie-Kaufhauses setzte im Zentrum von Porz eine Abwärtsspirale ein. Viele kleine Geschäfte in
711 der Nachbarschaft mussten nach der Hertie-Pleite schließen. Heute wirkt das Stadtteilzentrum teilweise wie eine
712 Geisterstadt. Spät, aber immerhin bemüht sich die Stadt, die Immobilie zu erwerben. DIE LINKE unterstützt dieses
713 Vorhaben und fordert, den Umbau so vorzunehmen, dass Wohnungen und kleine Geschäfte entstehen.

714 Finkenberg

715 Immer größere Wohnungsbestände sind im Besitz von Spekulant/innen. Dadurch verkommen ganze Stadtteile, darunter
716 Chorweiler und Finkenberg. In den letzten Jahren hat sich die Kommunalpolitik mit der Situation in Chorweiler beschäftigt.
717 (siehe auch Kapitel Wohnen) In Finkenberg stagniert die Situation. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich die Stadt
718 Köln künftig intensiv mit der Situation in Finkenberg beschäftigt und für vernünftige Wohnungen und gute Infrastruktur sorgt.

719 Die Generalsanierung der Fachhochschule zur Weiterentwicklung der rechtsrheinischen 720 Stadtteile nutzen

721 DIE LINKE hat sich immer für den Verbleib der FH in Deutz ausgesprochen. Die Verlegung in die Südstadt ist vom Tisch.
722 Nun muss die Neugestaltung der FH am alten Platz so erfolgen, dass die benachteiligten Stadtteile Kalk und Humboldt
723 Gremberg profitieren. Der neue Campus muss offen sein und die umliegenden Quartiere an sich binden. Dadurch kann
724 studentisches Leben zur Weiterentwicklung der Schäl Sick beitragen. Die Linke wird mit der Forderung nach
725 Sozialwohnungen auch in diesem Bereich darauf achten, dass die soziale Mischung auf der rechten Rheinseite erhalten
726 bleibt. Mit uns wird es kein Luxusquartier im Deutzer Hafen geben.

727 Alternativen für die Schäl Sick

728 Leider ist es den konservativen und spießigen Kräften von SPD bis FDP gelungen, das Autonome Zentrum aus Kalk zu
729 vertreiben. Damit wurde ein Ansatz für eine alternative Szene auf der rechten Rheinseite zerschlagen. DIE LINKE wird sich
730 mit aller Kraft dafür einsetzen, dass radikaldemokratische, autonome und alternative Zentren im Rechtsrheinischen eine
731 Chance erhalten.

732 II.4 Von der autogerechten zu einer lebenswerten Stadt – für umlagefinanzierten ÖPNV ohne Fahrschein und 733 besseren Radverkehr

734 DIE LINKE kämpft auch in der Verkehrspolitik für eine lebenswerte Stadt: mit mehr Raum für Fußgänger, Radfahrer und
735 spielende Kinder wie für das soziale Leben auf Straßen und Plätzen. Im Fokus unseres Handelns steht nicht das Auto. Auch
736 die Hoffnung, dass Elektroautos die Probleme des fließenden und ruhenden Verkehrs lösen werden, ist obsolet. Damit es zu
737 einer spürbaren Verbesserung der Verkehrssituation in Köln kommt, folgt die LINKE vielmehr drei Grundsätzen:

- 738 • Verringerung von erzwungener Mobilität durch Ausweitung der Möglichkeiten wohnortnaher Versorgung und
739 Freizeitgestaltung.
- 740 • die verbleibende Mobilität werden vor allem die Verkehrsmittel des Umweltverbundes (öffentlicher
741 Personenverkehr, Radfahren und zu Fuß gehen) genutzt.
- 742 • Der motorisierte Individualverkehr wird parallel zur Verbesserung der Angebote des Umweltverbundes
743 eingeschränkt.

744

745 Wir setzen uns konsequent dafür ein, die Räume für Fußgänger auszuweiten und ein Radschnellwegenetz anzulegen, und
746 kämpfen für einen besseren, preiswerteren und barrierefreien ÖPNV.

747 Ein Schwerpunkt unserer Verkehrspolitik ist die Einführung eines Einwohner/innentickets für die KVB und die anderen in

748Köln aktiven Verkehrsunternehmen, das über eine sozial gestaffelte Umlage von allen Einwohner/innen der Stadt und den in
749Köln ansässigen Unternehmen finanziert wird. Mit den zusätzlichen Mitteln kann die KVB ihr Angebot ausbauen. Busse und
750Bahnen könnten öfter fahren. Durch das Einwohner/innenticket kann der Autoverkehr in der Stadt verringert werden, damit
751den Verkehrskollaps vermeiden, die Lebensqualität erhöhen, dem nicht-motorisierten Verkehr mehr Raum und Sicherheit
752geben und den CO₂-Ausstoß senken.

753

754Ausbau und Verbesserung des Radverkehrs und der Räume für Fußgänger

755Das Rad bietet viele Vorteile: Es ist leise, verbraucht kein Benzin, schont Ressourcen, hinterlässt kaum Abfall, spart Geld
756und Zeit und verbraucht wenig Platz. Auf einem PKW-Stellplatz haben zehn Räder Platz.

757Radfahren ist keine Freizeitfortbewegung, sondern ein vollwertiges Verkehrsmittel vor allem für die Mobilität in der Stadt.

758Das haben viele Kölner/innen bereits festgestellt. Der Radverkehr nimmt trotz schlechter Bedingungen stetig zu: in den
759letzten fünf Jahren um 20 Prozent.

760DIE LINKE macht sich daher im Rat, den Bezirksvertretungen und in Bürgerinitiativen für eine Verbesserung des
761Radverkehrs und der Räume für Fußgänger stark.

762Wir setzen uns ein für:

- 763 • Den Rückbau mehrspuriger Auto-Straßen, um Platz zu schaffen für Radfahrer. Die viel zu schmalen Radwege kön-
764 nen sinnvoll die Fußgängerwege verbreitern und auch dort zu einer deutlichen Verbesserung der Nutzung beitra-
765 gen.
- 766 • Beispielsweise fordern wir wie der VCD die Sperrung der Zülpicher Straße zwischen Ring und Innerer Kanalstraße
767 für den Autoverkehr. Der motorisierte Individualverkehr kann problemlos über die Luxemburger- und die Bachemer
768 Straße abgewickelt werden. So könnte die heute extrem gefährliche Situation für Radfahrer entschärft werden. Auf
769 der Zülpicher Straße entstünde lebenswerter Stadtraum.
- 770 • Beispielsweise fordern wir wie der VCD die Sperrung der Zülpicher Straße zwischen Ring und Innerer Kanalstraße
771 für den Autoverkehr. Der motorisierte Individualverkehr kann problemlos über die Luxemburger, die Berrenrather
772 und Bachemer Straße abgewickelt werden.
- 773 • So könnte die heute extrem gefährliche Situation für Radfahrer entschärft werden. Auf der Zülpicher Straße
774 entstünde lebenswerter Stadtraum.
- 775 • Radfahrer gehören auf die Straßen. Verbleibende Radwege müssen vor einem Zuparken geschützt werden. Meh-
776 rere Studien der Versicherungswirtschaft haben festgestellt, dass es wesentlich weniger Unfälle gibt, wenn der
777 Radverkehr auf der Straße stattfindet.
- 778 • Der kontinuierliche Ausbau eines innerstädtischen Radwegenetzes, eingebettet in ein Schnellwegenetz für Radfah-
779 rer, schafft Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger und ermöglicht ein schnelles Vorankommen auch per Rad.
- 780 • Freigabe sämtlicher Einbahnstraßen für den Radverkehr. Das erhöht die gegenseitige Rücksichtnahme und beugt
781 Rasern vor.
- 782 • Der Fußgängerverkehr muss oberirdisch bleibt. Nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmern ist es nicht zuzumuten,
783 ihre Wege unterirdisch zurückzulegen. Insbesondere für Frauen ist es nicht hinnehmbar, sich in solchen Angsträu-
784 men fortzubewegen.
- 785 • Eine diagonale und damit schnelle Querung an Kreuzungen für Fußgänger und Radfahrer, indem die Ampelschal-
786 tung den Autoverkehr in alle Richtungen während dieser Phase stoppt.
- 787 • Die vermehrte Durchführung autofreier Sonntage und Wochenenden in den Veedeln, um so den Bewohnerinnen
788 und Bewohnern zumindest zeitweise die Erfahrung zu ermöglichen, wie schön das Leben ohne Autos in ihrem
789 Viertel ist.
- 790 • Perspektivisch eine autofreie Innenstadt.
- 791 • Grundsätzlich fordern wir Tempo 30 innerhalb der Stadt (nur bei großen Ausfallstraßen sollten nach sorgfältiger
792 Prüfung ggf. 50 km/h erlaubt sein). Das erhöht das durchschnittliche Gesamttempo innerhalb der Stadt, weil der
793 Verkehr kontinuierlicher fließt, und gleichzeitig Abgase und Lärmemissionen wesentlich mindern. Auch die Unfallfol-
794 gen wären geringer: Durchschnittlich zehn Verkehrstote pro Woche in NRW sind zu viel!

795Umlagefinanzierter öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)

796Der motorisierte Individualverkehr muss verringert werden. Die Zukunft gehört gemeinschaftlichen Transportmitteln in Form
797von Bussen und Bahnen auf längeren und dem Radverkehr und den Fußgängern auf kürzeren Strecken, wenn ein

798größtmögliches Maß an individueller Mobilität bei gleichzeitiger Umgestaltung der Stadt im Sinne von mehr Lebensqualität
799für alle ermöglicht werden soll. Technisch ist das allemal machbar. Die Geister scheiden sich an der Finanzierbarkeit des
800ÖPNV.

801Die KVB trägt sich momentan wirtschaftlich nicht, die Preise sind trotzdem zu hoch, um eine finanziell attraktive Alternative
802zum eigenen PKW darzustellen. Die Taktzeiten sind außerhalb des Berufsverkehrs zu lang, im Berufsverkehr sind Busse
803und Bahnen oft hoffnungslos überfüllt.

804Wir setzen uns deshalb für einen umlagefinanzierten (und fahrscheinlosen) ÖPNV ein. Das Prinzip des umlagefinanzierten
805ÖPNV ist: Jede/r erwachsene Einwohner/in zahlt, sozial gestaffelt, pro Jahr einen Pauschalbetrag. Für Menschen mit einem
806Einkommen von unter 1.050 Euro darf das Einwohner ticket nicht mehr als 20 Euro im Monat kosten. Im Gegenzug muss für
807die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kein Fahrschein mehr gekauft werden. Dieses Modell bietet viele Vorteile:

- 808 • Die KVB erhält einen gesicherten Finanzrahmen, der Planungen ermöglicht, die sicherstellen, dass die Taktzeiten
809 und damit die Beförderungskapazitäten dem wachsenden Nutzungsbedarf angepasst werden, sowohl auf beste-
810 henden wie auf noch zu realisierenden Strecken. Solche zusätzlichen Strecken sind notwendig, um allen Bürgerin-
811 nen und Bürger dieser Stadt auch wirklich den ÖPNV als Alternative zum PKW-Verkehr nicht nur schmackhaft zu
812 machen, sondern gleichzeitig das Recht auf Mobilität als Form der Daseinsvorsorge zu gewährleisten.
- 813 • Wer eine solche Abgabe zahlt, wird den ÖPNV auch öfter nutzen. Durch wohnortnahe Car-Sharing-Stützpunkte
814 kann der Bedarf an auch weiterhin notwendigen individuellen PKW-Nutzungen abgedeckt werden. Zusätzlich kön-
815 nen Taxis genutzt werden. Pendler zahlen ihren Beitrag entweder über Parkgebühren in P&R-Stellplätzen am Ran-
816 de der Stadt oder über einen Ticketerwerb für den ÖPNV in ihrem Heimatort, von dem ein Teil im Rahmen des Ver-
817 kehrsverbundes an die KVB abgeführt wird. Gut vorstellbar ist auch eine Unternehmensabgabe, was die Mobilitäts-
818 ausgaben der Unternehmen für ihre Mitarbeiter deutlich senken würde. Um auch die zahlreichen Tourist/innen an
819 den Kosten zu beteiligen, ist z.B. eine Bettenabgabe für Hotels denkbar, die direkt für den ÖPNV genutzt wird.
- 820 • Wenn das PKW-Aufkommen in Köln sinkt können heutige Straßenverkehrsflächen zurückgebaut werden. Der Park-
821 platzbedarf wird signifikant sinken. Für den LKW-Verkehr ist ein Mautsystem zu installieren, das so auszulegen ist,
822 dass der Güter-Durchgangsverkehr unwirtschaftlich wird und nur die notwendige Belieferung der ortsansässigen
823 Händler, Unternehmen und Einwohner/innen in der Stadt ermöglicht wird. Die Straßen können für die Fortbewe-
824 gung von Radfahrern genutzt werden, Plätze und Fußwege von Fußgängern. Heute zugeparkte Straßen werden
825 wieder als Lebensraum erschlossen.

826Die konkrete Umsetzung für einen solchen umlagefinanzierten ÖPNV soll sofort von den Gremien der Kommune initiiert
827werden. Die Stadt braucht ein verwaltungsübergreifendes Mobilitätsmanagement, das sich der Umsetzung widmet und
828neben dem ÖPNV die Stadtentwicklung als Ganzes im Auge behält - Radverkehr, Fußgänger, Barrierefreiheit,
829Radschnellwege etc.

830Für den ÖPNV fordern wir schon jetzt:

- 831 • Das Recht auf Mobilität steht allen Einwohnern dieser Stadt zu, Menschen im Rollstuhl ebenso wie Menschen mit
832 Kinderwagen und älteren Mitbürgern, die in ihren Einstiegsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Dort, wo ein niveaue-
833 gleicher Einstieg mit vertretbarem finanziellen Aufwand nicht zu realisieren ist, müssen in den Bussen und Bahnen
834 installierte technische Einstiegshilfen genutzt werden, die die Nutzbarkeit des ÖPNV auch für diese Bevölkerungs-
835 gruppen sicherstellen
- 836 • Weitere U-Bahn-Bauten lehnen wir ab. Oberirdische Stadtbahnen bedeuten für die ÖPNV-Kunden mehr Aufent-
837 haltsqualität in der Bahn und die Reduzierung von Angsträumen. Darüber hinaus kann mit demselben Finanzmitte-
838 leinsatz ein Vielfaches an oberirdischen Stadtbahnwegen realisiert werden;
- 839 • In sämtlichen Stadtbahnen, U-Bahnen und Bussen müssen – ordentlich bezahlte – Zugbegleiter mitfahren;
- 840 • Um Busse und Bahnen attraktiver zu machen, ist es notwendig, eine ausnahmslose Vorrangschaltung in den Am-
841 pelanlagen zu programmieren, so dass der Autoverkehr gestoppt wird, sobald sich ein Bus oder eine Bahn nähert;
- 842 • In Köln sind auch nachts viele Menschen unterwegs. Die KVB bietet nachts kein adäquates Angebot. Wir fordern
843 einen durchgängigen Nachtverkehr auf allen Stadtbahnlinien im Halbstundentakt, in Kombination mit Nachttaxis in
844 umliegende Gemeinden an den Endhaltestellen.
- 845 • Es sind Discobusse einzurichten, die junge Menschen an Wochenenden sicher transportieren;

- 846 • Da immer mehr Menschen für eine Wegestrecke verschiedene Verkehrsmittel nutzen, müssen komfortable und ef-
847 fektive Knotenpunkte entstehen. Die Kombination von Rad und Bahn ist eine sinnvolle Möglichkeit, um motorisier-
848 ten Individualverkehr zu vermeiden. Deshalb sind an allen DB-Bahnhöfen auf dem Kölner Stadtgebiet Fahrradpark-
849 häuser mit Servicestationen zu errichten; an den Endhaltestellen der KVB ergänzend Parkhäuser und Taxistände.

850 Die elektronischen Informationssysteme der verschiedenen Verkehrsträger im ÖPNV müssen optimal aufeinander abge-
851 stimmt werden.

852 Anbindung an den Fern- und Regionalverkehr

853 Der Bahnhof Deutz nimmt in seiner Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt aufgrund seiner Stellung im europäischen ICE-
854 Verkehr ständig zu. Die Hohenzollernbrücke ist völlig überlastet, die Folge sind Verspätungen und Ausfälle im Nah- und
855 Fernverkehr. Eine Erweiterung ist dringend notwendig. Der Hauptbahnhof kann seine Bestimmung erfüllen, wenn dieser
856 durch weitere Gleise und eine attraktive Fußgängerverbindung mit dem Bahnhof Deutz verknüpft wird. Mit einem
857 Brückenbau nördlich der Hohenzollernbrücke kann auch eine komfortable Fahrradverbindung über den Rhein geschaffen
858 werden, die den Radverkehr vom Breslauer Platz aufnimmt und über eine Rampe kreuzungsfrei über die Rheinuferstraße
859 auf die Brücke führt.

860 DIE LINKE tritt für einen Haltepunkt des Rhein-Ruhr-Express (RRX) auch in Köln-Mülheim ein, damit ein verbessertes
861 Angebot der Bahn für Pendlerinnen und Pendler auch im Rechtsrheinischen zum Tragen kommt. Wir unterstützen den
862 Protest von tausenden Menschen, die täglich den Mülheimer Bahnhof benutzen und zur Zeit noch auf die S-Bahn und den
863 Regionalexpress angewiesen sind. Es darf nicht sein, dass Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Rechtsrheinischen vom
864 Verkehrsangebot eines RRX ausgeschlossen werden. Nach Beendigung der vom Verkehrsverbund Rheinland in Auftrag
865 gegebenen Machbarkeitsstudie soll der Rat der Stadt Köln sich für die berechtigten Forderungen ihrer Einwohner/innen mit
866 dem Ziel einsetzen, auch einen Haltepunkt des RRX im Bahnhof Köln-Mülheim einzurichten. Gerade dieser Bahnhof eignet
867 sich schon jetzt durch seine aktuelle Ausstattung als Haltepunkt.

868 Flughafen Köln/Bonn

869 Inzwischen arbeiten tausende Menschen im Frachtflughafen. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt dieser Arbeitsplätze ein.
870 Gleichzeitig muss der Lärmschutz im Umfeld des Airport verbessert werden. Deshalb treten wir für ein Nachtflugverbot für
871 Passagiermaschinen ein.

Die LINKE fordert ein generelles Nachtflugverbot am Flughafen Köln-Bonn, denn Gesundheit hat Vorrang vor – eventuell
sogar nur vorgeschobenen – wirtschaftlichen Überlegungen

872 Zusätzlich fordern wir den Einsatz von moderneren und leiseren Frachtflugzeugen und sprechen uns gegen eine Zunahme
873 der Frachtflugbewegungen in der Nacht aus. Durch gestaffelte Start- und Landegebühren sollen Anreize geschaffen
874 werden, die Flüge tagsüber abzuwickeln. Diese Anreize sind so zu gestalten, dass Nachtflüge langfristig ökonomisch
875 unattraktiv werden.

876 Klimaschutz und Klimawandel

877 DIE LINKE Köln unterstützt ausdrücklich das Zustandekommen des Klimaschutzkonzeptes und fordert dessen
878 Verabschiedung durch den Rat der Stadt Köln.

879 Grundsätzlich begrüßen wir die mit dem Konzept verbundenen Bilanzierungen und die daraus abgeleiteten
880 durchzuführenden Maßnahmen.

881 Dennoch verbinden wir mit einzelnen Themenbereichen noch folgende konkrete Forderungen:

882 Die energetische Sanierung von Gebäuden darf nicht dazu führen dass diese für Menschen mit einem niedrigeren
883 Einkommen nicht mehr finanzierbar sind.

884 Auch unterstützen wir die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, lehnen die
885 im Konzept vorgeschlagenen Ticketangebote jedoch als nicht weitreichend genug ab. Diesen Angeboten setzen wir unsere
886 Forderung nach einem umlagefinanzierten ÖPNV entgegen. Ein umlagefinanzierter ÖPNV gibt allen Menschen die
887 Möglichkeit zur Teilhabe und wäre auch eine ernstzunehmende Konkurrenz zum Individualverkehr, sprich es würde wohl
888 auch weniger Auto gefahren.

889 Besonders erwähnenswert ist die im IKS vorgeschlagenen Umgestaltung verschiedener Straßen hin zu einer verstärkten
890 Nutzung für Fußgänger und Radfahrer. DIE LINKE Köln wird diesen Weg aktiv durch viele konkrete Forderungen für
891 einzelne Straßen unterstützen und darüber hinaus auch auf eine stärkere Kozeptionierung dieser Vorgaben drängen.
892 Auch vernachlässigt das IKS unserer Auffassung nach den Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE). Hier werden nur
893 wenige, in Quantität und Qualität unzureichende Vorgaben gemacht.

894 So geht man in der aktuellen Version, in dieser Hinsicht kaum auf den kommunalen Energieversorger „Rheinenergie“,
895 seinem, zu stark auf fossile Brennstoffe ausgerichteten Portfolio und seiner zukünftigen Rolle in der Energiewende der BRD

896 und dies obgleich die Stadt Köln mittels ihrer Stadtwerke zu 80% an ihm beteiligt ist.
897 Hier wären klarere Vorgaben anzustreben.
898 Auch die Möglichkeiten zur Integration der EE in Stromnetz der Zukunft werden stark vernachlässigt. Obgleich die Strom
899 und Wärme produzierenden Gaskraftwerke der Rheinenergie und auch die, in einem Maßnahmen-Vorschlag erwähnten
900 Wärmepumpen, hochflexibel betrieben werden und damit auch wichtige Regelleistung für ein stark durch EE geprägtes
901 Stromnetz bereitstellen könnten wird hier nicht nach angemessenen Wegen gesucht.
902 So wird beispielsweise der Einsatz von Wärme- und Fernwärmespeichern nicht mal erwogen.
903 Dennoch fassen wir das Klimakonzept als einen deutlichen Fortschritt auf dem Weg, hin zu konzeptionierten
904 Umweltschutzbestrebungen auf.
905

906 Kommunale Anpassung an den Klimawandel
907 Das Klima verändert sich massiv. Gerade in der Stadt werden die Auswirkungen extrem sein. Trotz der Bemühungen zum
908 Klimaschutz wird Köln durch den Klimawandel betroffen sein.
909 Wir werden Temperaturen von über 40° C erreichen. Die Zahl der Tage über 25° wird um bis zu 70 % zunehmen. Die
910 Anzahl der Tage über 30° sogar um bis zu 150 %. Gerade in dicht bebauten Vierteln werden wir das massiv spüren.
911 Vor allem Kleinkinder, Kranke und Ältere werden hohen Belastungen ausgesetzt sein. Das darf nicht auch noch durch
912 falsche Planung verstärkt werden.
913 Nachhaltige Stadtentwicklung überplant möglichst nicht die Kalt- und/oder Frischluftleitbahnen sowie die
914 Entstehungsgebiete
915 Ausweitung der Siedlungsflächen in Grün- und Freiräume ist möglichst zu vermeiden und stadtklimatisch unbedenklich zu
916 entwickeln.
917 Wohnflächen sind möglichst durch Nachverdichtung zu entwickeln.
918 Das wachsende Köln muss bei Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung leider in die unbebaute Fläche. Darum ist die
919 Anpassung teilweise sehr extrem. So muss in hochverdichteten Bereichen für Bauvorhaben verbindlich vorgeschrieben
920 werden:
921 Ausgleichsmaßnahmen zwingend vor Ort
922 Sonnenrückstrahlung von Dächern, Fassaden und Flächen durch reflektierende Materialien und helle Farben.
923 Senkung der Aufheizung von Dächern und Fassaden durch Verschattung und Begrünung
924 Reduzierung der Flächenaufheizung durch Entsiegeln, Bäume, Verschattung und helle Pflasterung
925 DIE LINKE fordert die möglichst breite Umsetzung von Handlungsempfehlungen der „Klimawandelgerechte Metropole Köln“
926 und insbesondere:
927 Verbindliche Vorgabe zur Platzgestaltungen: durch Pflanzungen oder Verschattungselemente sind 50 % der Fläche vor
928 Sonneneinstrahlung zu schützen.
929 Parkplätze mit Bäumen oder baulichen Elementen zum Schattenspender machen, als Schutz für Fußgänger und
930 Vermeidung der Überhitzung von Geschäften
931 Entsiegelung überdimensionierter Straßen und Kreuzungen
932 heller Asphaltbeton für Fahrbahnen
933 Schattenspender an KVB-Haltestellen
934 Klimaanlage in allen Busse und Stadtbahnen
935 Trinkwasserspender an belebten Orten und in öffentlichen Gebäuden
936 Zierbrunnen in Wohngebieten
937 Zisternen zur Aufnahme von Starkregen und als Wasserspeicher
938

939 II.5: Umwelt, Energiewende und Grün gestalten und schützen- Global Denken, lokal handeln
940 Die Umsetzung der Energiewende und Schließung der Wertstoffkreisläufe ist eine der vordringlichen kommunalen
941 Aufgaben.
942 Wir fordern daher insbesondere eine weitergehende Förderung der Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung und einen
943 ökologisch sinnvollen Einsatz von biogenen Brennstoffen.
944 Die Umsetzung dieser Aufgaben sollte im Verbund mit dem kommunalen Energieversorger (RheinEnergie) erfolgen.
945 **RheinEnergie**
946 Die Rheinenergie, die Köln und Teile der Region mit Wasser, Gas, Strom und teils mit Wärme versorgt, gehört zu 80% den
947 Stadtwerken der Stadt Köln.

948Aufgrund des großen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anteils und des relativ hohen Erdgas-Anteils arbeitet der Energieversorger
949mit überdurchschnittlicher energetischer Effizienz. Wir befürworten dieses ausdrücklich.

950Darüber hinaus fordern wir jedoch:

951Eine deutliche Erhöhung des derzeit 4%igen Ökostromanteils an der Stromerzeugung, mit der die RheinEnergie Anschluss
952an den bundesweiten Ökostromanteil von aktuell ca. 20 % und die entsprechenden Ausbauziele bis 2020 findet. Dabei
953verstehen wir Ökostrom als Strom aus ausschließlich erneuerbaren Energiequellen.

954Der weitere Ausbau des Ökostromanteils soll sich an der gesellschaftlichen Entwicklung orientieren.

955Der Strom aus Wind und Photovoltaik ist umweltfreundlich und zunehmend günstig.

956Deswegen sollte der größte Anteil des Ökostromes der RheinEnergie aus diesen beiden Quellen in eigenen Anlagen
957produziert werden.

958Hierbei soll der Biomasseanteil am Ökostrom mit Ausnahme der Reststoffverwertung nicht mehr ausgebaut werden, weil
959Biomasse aus eigens zu diesem Zweck produzierten Rohstoffen eine schlechtere Ökobilanz als der bisherige Strommix
960aufweist.

961Wir fordern, dass ab dem Jahr 2018 die ersten Windparks mit Energiespeichern und der dazu gehörenden Infrastruktur
962versehen werden.

963Um den kommunalen Energieversorger stärker in den Dienst aller Menschen zu stellen, bedarf es einer transparenteren
964Energiepolitik.

965In die jährlichen Geschäftsberichte der RheinEnergie sollten daher folgende Punkte mit aufgenommen werden:

- 966• Die Gesamtmenge des selbst produzierten Stromes und dessen Verteilung auf die verschiedenen Energieträger
- 967• Die durchschnittliche CO₂-Emission pro Kilowattstunde Strom mit und ohne Berücksichtigung des Einspareffektes
- 968 durch Kraft-Wärme-Kopplung.

969**Photovoltaik**

970Wir fordern den weiteren Ausbau der Photovoltaik als ideale und zunehmend günstige Ergänzung zum Windstrom, mit dem
971sie zusammen das Rückgrat der Energiewende bilden wird.

972Um dieses zu erreichen, sollen innerhalb der nächsten 6 Jahre alle geeigneten öffentlichen Dachflächen mit
973Photovoltaikanlagen versehen werden. Sie sollten möglichst in die Himmelsrichtungen Ost, Süd und West ausgerichtet und
974mit moderner Einspeisetechnologie inklusive IT-Kommunikation versehen werden, um unser Stromnetz zu stabilisieren.

975Darüber hinaus sind geeignete Fassaden und ggf. auch deren Sonnenschutzelemente mit Photovoltaik auszustatten.

976**Kraft-Wärme-Kopplung**

977DIE LINKE Köln unterstützt den weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, damit die eingesetzte Energie effizienter
978genutzt und das Stromnetz entlastet wird.

979Hierzu sollten alle alten und unwirtschaftlichen Heizungsanlagen in stadteigenen Gebäuden schrittweise durch moderne mit
980Gas oder im Einzelfall mit Hackschnitzeln betriebene Blockheizkraftwerke ersetzt werden. Mit dieser Technologie lassen
981sich Energie sparen, das Stromnetz im angepassten Betrieb entlasten und die Gebäude vollständig beheizen.

982**„Abfallgebühren senken – Wertstoffkreisläufe nutzen**

983Müllvermeidung steht für DIE LINKE vor Müllverarbeitung. Wir fordern eine Intensivierung der kommunalen
984Wertstoffkreisläufe. Dies gilt insbesondere für den Einsatz von Komposten und Brennstoffen organischen Ursprungs.

985Grundsätzlich sind alle biogenen Reststoffe getrennt zu sammeln, so dass man sie, bzw. ihre Folgeprodukte sowohl
986getrennt als auch vermischt verwerten und vermarkten kann.

987Die städtische Kompostierung ist, im Zuge der nächsten Modernisierung mit einer Vergärungsanlage, zur Produktion von
988Biogas zu koppeln.

989Hackschnitzel, Biogas, Kompost, Wärme und Strom sind die begehrten Folgeprodukte dieser, bisher noch nicht konsequent
990betriebenen Prozesse.

991Hierdurch werden die zu verbrennenden Abfallmengen weiter sinken. Wir sprechen uns aber generell gegen Müllimporte
992aus dem Ausland und stattdessen für eine Teilstilllegung der Müllverbrennungsanlage aus. Die Teilstilllegung soll für die
993Gebührensahler kostenneutral bleiben und weitere Müllvermeidung muss durch die kommunale Gebührengestaltung

994gefördert werden.

995Das Grün in der Stadt – für die Menschen, den Naturschutz und die Artenvielfalt

996Das Grün in der Stadt Grün hat eine Vielzahl von Aufgaben:

- 997 • Es dient der Stadtgesellschaft zur Naherholung
- 998 • verbessert das Stadtklima durch Reduzierung von Schadstoff- und Lärmemissionen
- 999 • senkt die Temperatur (positiv im Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel)
- 1000 • ist Lebensraum für eine Vielzahl von Arten
- 1001 • wird im zunehmenden Maße als Rohstoffquelle an Bedeutung gewinnen.

1002DIE LINKE fordert deshalb eine konsequente Erfüllung dieser Vorgaben.

1003Bei Neuanpflanzungen soll im Hinblick auf Arbeitsaufwand und entsprechende Kosten darauf geachtet werden, dass

1004Bäume, Büsche und andere Pflanzen nicht zu pflegeintensiv oder schädlingsanfällig sind (z.B. Platanen–Masaria-Pilz).

1005Die städtischen Grünanlagen dienen der Erholung.

1006Damit sie so weit wie möglich auch dem Naturschutz der Artenvielfalt und dem sozialen Zusammenhalt nutzen, fordert Die
1007LINKE:

1008-Den Einstieg in die „essbareStadt“: Ob Erdbeeren, Salat oder Zwiebeln: Die Stadt Köln lässt in Zusammenarbeit mit dem

1009Netzwerk urbanes Grün Köln da, wo es sinnvoll ist und die Erholungsfunktion der Grünanlagen nicht stört, Gemüse, Obst und

1010Kräuter anbauen, und jede(r) darf sich bedienen. So werden Beete, Brachen und Grünanlagen zum Garten für alle. Die

1011öffentlichen Nutzpflanzen zeigen, wie man sich gesund ernährt und steigern die Wertschätzung für regionale Lebensmittel.

1012Ob jäten oder ernten: Jeder darf und soll mitmachen: Pflücken erlaubt“ statt „Betreten verboten“ ist unser Ziel für öffentliches

1013Grün, denn wir haben ein Recht auf Stadt.

1014-Städtische Streuobstwiesen, die öffentlich genutzt werden können und sollen, sind ein wichtiger naturnaher Lebensraum für

1015viele Arten. Deshalb fordert DIE LINKE; dass auf der Merheimer Heide, im äußeren Grüngürtel und auf einer weiteren

1016geeigneten Fläche in den nächsten vier Jahren je eine mindestens drei Hektar große Streuobstwiese angelegt wird.

1017-Grundsätzlich sollten ungenutzte Wiesen in nicht-repräsentativen Grünanlagen nur einmal im Jahr gemäht und so zu

1018artenreichen Magerwiesen werden.Die Mahd soll aufgenommen und zumindest einer energetischen Verwertung zugeführt

1019werden.

1020-Insektenhotels, Nistkästen und Quartiere für Vögel und Fledermäuse sollen angelegt werden.

1021- Durch den Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden, Aufklärung und eine konsequente Anwendung der Bestimmung zur

1022biologischen Bewirtschaftung in der städtischen Gartenordnung wirkt die Stadt dem Bienensterben entgegen.

1023- Zur Weiterentwicklung einer ökologische Grünflächenpflege arbeitet die Verwaltung mit Umweltverbänden regelmäßig

1024sinnvoll zusammen.

1025

1026DIE LINKE fordert einen nachhaltigen und ökologischen Umgang auch mit Forstflächen im städtischen Grün.

1027Große Grünflächen (ab 2500 Quadratmetern) mit entsprechendem Gehölzanteil (ab 500 Quadratmetern) sollen als

1028Nahrungsquelle, Rückzugs- und Lebensraum für verschiedenste Arten dienen.

1029 • Dafür sollen z. B. Asthaufen angelegt werden, und stehendes Totholz so lange wie möglich erhalten bleiben.

1030 • Auf städtischem Forstgebiet soll es zu keinem Einsatz von Holzvollerntern (Harvester) mehr kommen, da diese

1031 breite Gassen im Wald hinterlassen und einen selektiven Holzeinschlag verhindern.

1032 • Abgeschnittenes Strauchwerk und dünne Äste belässt man sinnvoller Weise vor Ort. Bäume müssen im Rahmen

1033 der Bestandspflege nicht unbedingt abgeholzt, sondern können auch nur abgeschält und stehen gelassen werden.

1034 • 10 % der gefällten Stämme sollen im Wald verbleiben.

1035Dies sind nur einige von einer Vielzahl der Maßnahmen, die dazu führen können, dass auch die Stadtbevölkerung an

1036intakter Natur und ökologischer Vielfalt teilhaben kann.

1037Friedhöfe sind Grünflächen

1038Die Stadt Köln bewirtschaftet insgesamt 55 Friedhöfe. Sie bieten Hinterbliebenen einen Ort der Besinnung. Die parkähnliche

1039Gestaltung der Friedhöfe und ihre Pflege sind Ausdruck unserer Bestattungskultur. Friedhöfe stellen einen erheblichen

1040Freizeit- und Erholungswert für die Bevölkerung dar. Friedhöfe erfüllen darüber hinaus eine wichtige ökologische Funktion

1041und tragen zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Dieser über den eigentlichen Friedhofszweck hinausgehende Nutzen für

1042die Allgemeinheit muss aus dem allgemeinen städtischen Haushalt finanziert werden. Daher fordert DIE LINKE

104320 % der jährlich anzusetzenden Kosten für die Grünunterhaltung auf den Friedhöfen ist aus allgemeinen Deckungsmitteln

1044aus dem Haushalt zu finanzieren.

1045 Dies führt zu geringeren Bestattungskosten, die sowohl eine Steigerung der Bestattung in Köln zur Folge haben, als auch
1046 eine unmittelbare Entlastung des Sozialhaushaltes im Bereich der Sozialbegräbnisse, deren Kosten ebenfalls sinken
1047 werden

1048 III. Wirtschaft und Finanzen

1049 III.1 Kommunale Finanzen in Köln

1050 Die Finanzlage der Kommunen ist nach wie vor schlecht. Die Steuerpolitik des Bundes, die Verarmung der Bevölkerung, die
1051 Übertragung von Aufgaben des Landes und des Bundes auf die Kommunen und die Auswirkungen der Schuldenbremse
1052 führten und führen zu einer dramatischen Unterfinanzierung der Kommunen.

1053 Die Bankenkrise der letzten Jahre hat die Situation zusätzlich verschärft. Im Ergebnis der Finanzmarktkrise brachen in Köln
1054 die Gewerbesteuereinnahmen dramatisch ein. Das betraf in unserer Stadt vor allem Banken, Versicherungen und
1055 Finanzdienstleistungen. Mit der Erholung nach der Krise steigen auch in Köln die Einnahmen aus der Gewerbesteuer
1056 langsam wieder an, doch reichen diese Einnahmesteigerungen bei weitem nicht aus, um den notwendigen Bedarf zu
1057 decken.

1058 Neben den Auswirkungen der Bankenkrise der letzten Jahre haben vor allem politische Entscheidungen auf Bundes- und
1059 Landesebene die Finanzmisere der Kommunen zugespitzt.

- 1060 • Die öffentliche Hand ist insgesamt unterfinanziert. Die Steuerpolitik des Bundes der letzten fünfzehn Jahre, angefangen
1061 mit der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder, hat die Einnahmen nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder
1062 und Kommunen schwer beschädigt.
- 1063 • Die zunehmende Verarmung von Teilen der Lohnabhängigen, die entweder keine oder nur geringe Einkünfte erzielen,
1064 führt auf der einen Seite zu weniger Steuereinnahmen, während auf der anderen Seite die Ausgaben für die sozialen
1065 Folgen der Umverteilung steigen.
1066 Die Kommunen sind von den Kosten der sozialen Krise, von Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhnen betroffen. Über
1067 die „Kosten der Unterkunft“ und andere gestiegene Sozialausgaben werden die Haushalte der Städte und Gemeinden
1068 belastet.
- 1069 • Bund und Länder versuchen, ihren Finanzspielraum zu erweitern. Dazu wälzen sie immer neue Aufgaben auf die Städ-
1070 te ab. Dabei verstoßen sie immer wieder gegen das „Konnexitätsprinzip“, nach dem eine Aufgabenübertragung immer
1071 an eine Übertragung entsprechender finanzieller Mittel gekoppelt sein soll.
1072 Es ist zu befürchten, dass dieses Problem in den kommenden Jahren noch zunehmen wird. Aufgrund der 2009 be-
1073 schlossenen Schuldenbremse dürfen Bund und Länder ab 2016 bzw. 2020 praktisch keine Schulden mehr aufnehmen.
1074 Es ist zu erwarten – das sieht man auch in vielen Städten und Gemeinden so –, dass Bund und Länder versuchen wer-
1075 den, ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

1076 Umsteuern ist notwendig.

1077 Ohne ein schnelles und grundsätzliches Umsteuern drohen auch in den Kommunen erneute Sozialkürzungen, die die
1078 ohnehin schon sozial Benachteiligten am stärksten treffen. Die finanzielle Krise der Kommunen lässt sich aber nur zum
1079 kleinen Teil vor Ort lösen.

1080 Nötig ist eine Änderung der Steuerpolitik auf Bundesebene, um die Reichen und Kapitalbesitzerinnen und Kapitalbesitzer
1081 zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzuziehen.

1082 Seit 2010 regieren SPD und Grüne in NRW. Immer leiser werden seitdem ihre früheren Rufe nach einer anderen Steuer-
1083 und Finanzpolitik, um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

1084 Deshalb fordern wir:

- 1085 • Eine Gemeindefinanzreform, die die kommunale Finanzkraft stärkt. Alle unternehmerischen Tätigkeiten sollen in die
1086 Gewerbesteuerpflicht einbezogen und die Bemessungsgrundlage verbreitert werden. Zudem müssen die Einnahmen
1087 aus der Gewerbesteuer vollständig bei den Kommunen verbleiben.
- 1088 • Eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen aus dem Steueraufkommen für Großstädte. Sie bieten wichtige Infrastruktur
1089 auch für ihr Umland und haben dadurch einen erhöhten Finanzierungsbedarf
- 1090 • Einen Kassensturz und die konsequente Anwendung des Konnexitäts-Prinzips („Wer bestellt, zahlt“): Aufgaben und
1091 Lasten, die auf die Kommunen übertragen werden, müssen finanziell ausgeglichen werden.
- 1092 • Eine Umverteilung von oben nach unten durch höhere Besteuerung der Reichen und Kapitalbesitzerinnen und
1093 Kapitalbesitzer. – Wir unterstützen daher das neue Steuerkonzept der Bundespartei DIE LINKE, d.h. eine Reform der
1094 Lohn- und Einkommensteuer, der Erbschaftssteuer sowie eine Einführung der Vermögens- und Millionärsteuer für hohe

1095 Einkommen.

1096 **Auch Köln kann etwas tun.**

1097 In den letzten Jahren hat die Kölner Ratsmehrheit nicht erkennen lassen, einen Politikwechsel zu wollen. Mit jedem
1098 Haushalt wurden den Menschen neue Kürzungen zugemutet. Sogar der Bürgerhaushalt wurde dazu missbraucht,
1099 vermeintliche Sparideen zu kreieren. Damit wird die Idee des Bürgerhaushaltes in sein Gegenteil verkehrt.

1100 Die Kölner Haushaltspolitik orientiert sich dabei an dem Ziel, das Defizit nicht über die 5 %-Marke der Allgemeinen Rücklage
1101 steigen zu lassen. Diese Grenze wurde vom Land NRW gesetzlich festgelegt. Übertritt eine Kommune diese Grenze in zwei
1102 aufeinander folgenden Jahren, so muss sie ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen und rutscht eventuell in den
1103 Nothaushalt. Ihre politische Selbstständigkeit ist dann erheblich begrenzt. Jede Ausgabe muss von der Bezirksregierung
1104 genehmigt werden.

1105 Zwar haben Bund und Land durch ihre Politik die schwierige Situation der Kommunen und auch des Kölner Haushaltes
1106 maßgeblich verursacht, aber: Wir stehen in Köln dafür ein, die begrenzten Spielräume der Kommune vollständig zu nutzen!

- 1107 • DIE LINKE setzt sich für eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 490 Hebepunkte ein. Die Gewerbesteuer macht etwa
1108 30% der kommunalen Einnahmen aus. Sie ist die bei weitem bedeutsamste Möglichkeit, die kommunalen Einnahmen
1109 aus eigener Kraft zu steigern.
- 1110 • Wir fordern die Einstellung weiterer Betriebsprüfer/innen, die an den Prüfungen der Finanzverwaltung teilnehmen.
1111 Hieraus lassen sich weitere Einnahmen für den Haushalt der Stadt Köln generieren.
- 1112 • Wir fordern, dass die Stadt Köln entschieden für den Fortbestand der Kulturförderabgabe kämpft. Immerhin flossen da-
1113 durch ca. 7 Mio. Euro in den kommunalen Haushalt.
- 1114 • DIE LINKE spricht sich für eine bessere Steuerung und ein besseres Controlling bei städtischen Bau- und Investitions-
1115 maßnahmen aus. Dazu müssen mehr Mitarbeiter/innen, vor allem Ingenieur/innen, eingestellt werden. So lassen sich
1116 ungeplante Mehrausgaben verringern oder gar vermeiden.
- 1117 • Wir treten für Haushaltsklarheit ein: Der Stadthaushalt muss endlich so eingebracht werden, dass er zum 1. Januar des
1118 jeweiligen Jahres in Kraft treten kann.
1119 Das findet in Köln seit Jahrzehnten nicht mehr statt. Dadurch gelten die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung: Die
1120 Stadt kann viele Ausgaben nur reduziert tätigen oder muss sie aussetzen.
- 1121 • Die Haushaltskürzungen im Bereich Soziales, Jugend, Bildung und Kultur von 17,9 Mio. Euro im Jahre 2014 müssen
1122 zurückgenommen werden.

1123 Wir treten für Vertragssicherheit ein: Wir wollen, dass die Stadt mit sozialen und kulturelle Trägern längerfristige Verträge
1124 schließt, damit sich deren Arbeit nicht von Haushaltsjahr zu Haushaltjahr hangeln muss.

1125 **III.2 Stadt für Gute Arbeit**

1126 Mit 496.182 Beschäftigten im Jahr 2013 vermeldet auch die Kölner Arbeitsagentur einen neuen Beschäftigungsrekord. Doch
1127 längst nicht alle Kölnerinnen und Kölner haben etwas davon, denn viele der neu entstandenen Jobs sind schlecht bezahlt,
1128 befristet oder Minijobs. Im Gegenteil: 51.700 waren zum Jahreswechsel erwerbslos, fast die Hälfte davon, 22.700
1129 Menschen, länger als ein Jahr. Und fast ein Viertel aller Beschäftigten in Köln arbeitet für Niedriglöhne, mit 23 % nimmt Köln
1130 einen traurigen Spitzenplatz unter den vergleichbaren Städten wie Frankfurt, Hamburg, München oder Düsseldorf ein.
1131 Rund 20.000 Kölnerinnen und Kölner gehen arbeiten und verdienen dabei so wenig, dass sie zusätzlich ALG II beziehen
1132 müssen, damit es zum Leben reicht. Dieser Druck wirkt auch auf die Beschäftigten, die besser verdienen.

1133 Ohne eine andere Politik im Bund, für die DIE LINKE mit Forderungen wie einem flächendeckenden gesetzlichen
1134 Mindestlohn von 10 Euro, mehr allgemein verbindlichen Tarifverträgen, dem Verbot der Leiharbeit und des Missbrauchs von
1135 Werkverträgen streitet, kann diese mit den Hartz-Gesetzen beschleunigte Spaltung des Arbeitsmarktes nicht grundsätzlich
1136 überwunden werden.

1137 Doch auch kommunale Politik kann dieser Spaltung des Arbeitsmarkts entgegen wirken und die Bedingungen für gute,
1138 mindestens existenzsichernd bezahlte, sozialversicherungspflichtige und tariflich geschützte Arbeit fördern:

- 1139 • Sie kann und muss dafür sorgen, dass die Förderung der Bedingungen für mehr gute und ökologisch verantwortliche
1140 Erwerbsarbeit zur Leitlinie der Stadtentwicklung und kommunalen Wirtschaftspolitik wird.
- 1141 • Sie kann und muss dafür sorgen, dass die Stadt und die stadtnahen Unternehmen als Arbeitgeber selbst neue
1142 Arbeitsplätze schaffen und als Vorbild für faire Arbeitsbedingungen handeln.
- 1143 • Sie kann und muss auf die Arbeitsagentur und die JobCenter Einfluss nehmen, damit Erwerbslose qualifiziert und in
1144 existenzsichernde Arbeit vermittelt werden, statt sie mit Sanktionen in Minijobs und Niedriglöhne zu treiben.

- 1145• Sie kann und muss neue Wege kommunaler Arbeitsmarktpolitik beschreiten und soziale Projekte, Genossenschaften
1146 und Initiativen für neue, gemeinwesenorientierte Arbeitsformen stärken.

1147**LINKE Wirtschaftspolitik für gute Arbeit!**

1148In der Geschichte Kölns wurde die wirtschaftliche Entwicklung stets von der günstigen Verkehrslage am Rhein mit geprägt.
1149Deshalb waren und sind Handel und der Umschlag von Waren stets ein zentraler Wirtschaftsfaktor in Köln. Seit der
1150Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Industrie und produzierendes Gewerbe zu
1151einem zweiten Standbein der Kölner Wirtschaft. Sie hatten aber in kaum einer Phase der Stadtentwicklung einen die
1152gesamte Stadt so prägenden Einfluss wie in den industriellen Zentren z.B. des Ruhrgebiets.

1153Dennoch war der dramatische Verlust von mehr als 20.000 industriellen Arbeitsplätzen seit den letzten Jahrzehnten des
1154vergangenen Jahrtausends eine einschneidende Entwicklung, die die soziale Spaltung in Köln verstärkt hat und heute noch
1155räumlich prägt: Denn mit dem Arbeitsplatzabbau bei KHD, der Schließung der Chemischen Fabrik Kalk und dem
1156Niedergang der Kabelherstellung in Mülheim hat er das rechtsrheinische Köln getroffen.

1157**Industrielle Grundlagen erhalten**

1158Von unterschiedlichen großen, schwarz- oder rot-grünen Koalitionen bestimmt, folgte die Stadtentwicklung in Köln jedoch in
1159schnellem Wechsel wirtschaftlichen Leitbildern wie der 'Dienstleistungsmetropole', der 'Medienstadt' oder der Hoffnung auf
1160einen biotechnischen Gründerboom. Gemeinsam war diesen Leitbildern, dass die damit verbundenen Hoffnungen auf einen
1161neuen Wirtschaftsmotor für die Stadt trotz aller Erfolge ebenso schnell zerstoßen, wie das nächste Leitbild aufkam.
1162Gemeinsam war ihnen aber auch und vor allem, dass darüber die Notwendigkeit einer industriellen Wertschöpfung als
1163Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend vernachlässigt wurde.

1164Mit dem nach langjährigem Druck der Gewerkschaften endlich eingerichteten Kölner Industriedialog und
1165Branchenkonferenzen für die Automobil- und Chemieindustrie wie auch der Stärkung der Häfen im Logistikkonzept hat in
1166der Stadtentwicklungspolitik eine zaghafte Umorientierung begonnen, die DIE LINKE in Köln ausbauen will:

1167Wie auch die Gewerkschaften fordern, müssen die Industrie- und die Branchenkonferenzen weiterentwickelt werden, um
1168Investitionen, die Forschung für die Erhaltung sozial und ökologisch zukunftsfähiger Industrie-Arbeitsplätze und die
1169Entwicklung energie- und rohstoffsparender Verfahren und Produkte zu koordinieren.

1170DIE LINKE Köln unterstützt uneingeschränkt den Kampf der Belegschaft und des Betriebsrates von FORD Köln für den
1171Erhalt der Fiesta- Produktion. Mit einer an kurzfristiger Profitmaximierung orientierten Unternehmensstrategie setzt der
1172Konzern nicht nur tausende Arbeitsplätze aufs Spiel, sondern mit der in Köln gewachsenen engen Verzahnung von
1173Produktion und Entwicklung mittelfristig auch die Bedingungen einer zukunftsfähigen Produkt- und
1174Unternehmensentwicklung.

1175DIE LINKE Köln und ihre Mandatsträger im Rat und im Bundestag werden Aktionen der Beschäftigten, ihres Betriebsrats
1176und ihrer Gewerkschaft aktiv unterstützen. Weil Köln und die Region gute industrielle Arbeitsplätze und eine zukunftsfähige
1177Grundlage industrieller Wertschöpfung brauchen, fordert DIE LINKE Köln, dass sich die Stadt Köln und ihre Repräsentanten
1178und Repräsentantinnen an die Seite der Beschäftigten stellen.

1179

1180DIE LINKE Köln hält die Bereitstellung von auch unter Umweltaspekten geeigneten Flächen für Industrie und Gewerbe
1181ebenso für eine notwendige Aufgabe kommunaler Wirtschaftspolitik wie den Ausbau einer leistungsfähigen
1182Verkehrsinfrastruktur. Diese muss aber auch die Vermeidung überflüssiger Transporte und die Verlagerung von der Straße
1183auf die umweltfreundlicheren Transportmittel Bahn und Schiff einschließen. Ein positives Beispiel, wie dies durch die
1184Umnutzung bestehender Industrie-Flächen geschehen kann, ist der Umzug des Mülheimer Kabelherstellers NKT auf ein
1185vorher von Bayer genutztes Gelände mit eigenem Schiffsanleger am Rhein in Stammheim.

1186**Faire Arbeitsbedingungen auch in der Kreativwirtschaft**

1187Mit 16.500 Unternehmen, die im Großraum Köln 2012 einen Jahresumsatz von 11 Milliarden Euro Jahresumsatz
1188erwirtschafteten, hat sich die sogenannte Kreativwirtschaft zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region
1189entwickelt. Neben der wirtschaftlichen Stärke wirkt sie als problematisches Vorbild für neue und für die Beschäftigten
1190nachteilige Arbeitsbeziehungen in der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft: Fernsehproduktionsfirmen,
1191Werbeagenturen, Modeateliers, Onlineredaktionen oder Computerspielentwickler/innen bieten ihren Beschäftigten die
1192Chance, ein Selbstbild als Pionier/innen zu pflegen, die die Möglichkeiten der digitalen Technologie für neue Beiträge zum
1193kulturellen Leben nutzbar machen. Darüber geraten dann prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unbezahlte Praktika,
1194überlange Arbeitszeiten und teilweise sittenwidrige Arbeitsbedingungen allzu oft aus dem Blick. Selbstausbeutung durch
1195überlange Arbeitszeiten und der Druck zur permanenten Erreichbarkeit führen – zu einer Entgrenzung von Arbeitszeit und

1196Freizeit, die zunehmend auch in anderen Wirtschaftsbereichen eingefordert wird. Die zunehmende Stressbelastung führt
1197vermehrt zu psychischen, physischen und sozialen Störungen.

1198Betriebsräte und Tarifverträge sind in der Kreativwirtschaft die Ausnahme. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung für
1199die zur Selbstausbeutung gezwungenen Freelancer ist wie auch deren Interesse an den Gewerkschaften eher schwach
1200entwickelt.

1201Damit faire Arbeitsbeziehungen und tariflich geschützte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und die
1202gewerkschaftliche Interessenvertretung auch in der Kreativwirtschaft wieder zur Regel werden, muss bei öffentlichen
1203Aufträgen an die Kreativwirtschaft das Tarifreuegesetz des Landes konsequent angewandt werden. Darüber hinaus fordert
1204DIE LINKE, dass auch bei der städtischen Förderung kreativwirtschaftlicher Unternehmen soziale Standards abgesichert
1205werden.

1206Im Rat wird DIE LINKE Initiativen von Beschäftigten der Kreativwirtschaft und der Gewerkschaften unterstützen, die
1207Arbeitsbedingungen z.B. in Form einer Branchenkonferenz öffentlich zu diskutieren. Außerparlamentarisch unterstützt die
1208LINKE Gewerkschaften und Beschäftigte bei Aktionen zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen

1209Für Sonntagsschutz und gute Arbeit

1210Auch in traditionellen Dienstleistungsbranchen wie dem Einzelhandel will DIE LINKE Fehlentwicklungen korrigieren: Die
1211Verlagerung des Einzelhandels aus den Stadtteilen auf die grüne Wiese und die ausufernde Verbreitung von Sonntags- und
1212Spätöffnungen im Einzelhandel, die beide die Tendenz zur Ersetzung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im
1213Handel durch Minijobs noch verstärkt haben, müssen gestoppt werden.

- 1214• Gemeinsam mit Kirchen und Gewerkschaften fordert DIE LINKE im Kölner Bündnis für den freien Sonntag eine strikte
1215 Begrenzung der Sonntagsöffnungen im Einzelhandel. Dafür streitet die LINKE im Rat ebenso wie für die Einhaltung des
1216 städtischen Zentrenkonzepts, das die Stadtteile und ihre Zentren vor der Verödung schützt.
- 1217• Um Minijobs und schlechte Arbeitsbedingungen besonders im Handel, der Systemgastronomie und im Hotelgewerbe
1218 zurückzudrängen, setzt sich DIE LINKE in Köln dafür ein, dass die Verwaltung die Erfahrungen mit den vom Land
1219 geförderten Modellprojekten zur Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
1220 zügig auswertet. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Arbeitsagentur müssen solche Ansätze auch für Köln
1221 entwickelt und umgesetzt werden.

1222Außerhalb der Parlamente unterstützt DIE LINKE gewerkschaftliche Aktionen und die Bildung von Betriebsräten, die es im
1223Handel und der Systemgastronomie wie den großen Fast-Food-Ketten längst noch viel zu wenig gibt. Auch im Rat werden
1224wir um Unterstützung dafür werben.

1225Die Stadt als vorbildliche Arbeitgeberin und Ausbilderin

1226DIE LINKE fordert, dass die Stadt und ihre Unternehmen wieder neue Stellen schaffen, statt weiter Personal abzubauen: So
1227fehlen z.B. Ingenieure und Architekt/innen, um notwendige Bau- und Verkehrsinvestitionen zu planen und die
1228Kostenentwicklung wirksam zu kontrollieren, es fehlt qualifiziertes Personal für eine hochwertige Betreuung in Kindergärten
1229oder bei den Senior/innenbetrieben und Kliniken, und mit der Einführung eines umlagefinanzierten Einwohner/innentickets
1230können bei der KVB viele neue Arbeitsplätze entstehen, die gebraucht werden, um das Angebot zu verbessern. Bei diesen
1231Neueinstellungen müssen Migrantinnen und Migranten angemessen berücksichtigt werden.

1232DIE LINKE fordert wie die Gewerkschaften, dass Neueinstellungen bei der Stadt in der Regel wieder unbefristet
1233vorgenommen werden. Sachgrundlose Befristungen auf zwei Jahre, wie sie zurzeit in der Verwaltung üblich sind, sind
1234unsozial und unterhöhlen die Glaubwürdigkeit der Werbung für gute und sichere Arbeitsplätze in der Wirtschaft.

1235DIE LINKE sagt konsequent Nein zur Privatisierung oder Ausgründung von Teilbereichen öffentlicher Unternehmen. Die
1236Stadt und ihre Unternehmen dürfen nicht dazu beitragen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu fördern: Deshalb müssen
1237die Vorbereitungen zur Fremdvergabe von u.a. Reinigung und Kantinen bei städtischen Kliniken sofort eingestellt werden.

1238Weil zur Funktion eines vorbildlichen Arbeitgebers auch die Einhaltung der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten
1239unverzichtbar ist, fordert DIE LINKE, dass die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen
1240städtischen Unternehmen einschließlich der Städtischen Kliniken umgesetzt werden muss.

1241DIE LINKE fordert, dass die Stadt und ihre Unternehmen durch Einstellungskriterien, gezielte Förderung und Qualifizierung
1242sowie zukunftsweisende Arbeitszeitmodelle eine Vorbildfunktion für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt
1243übernimmt.

1244Stadt für gute Ausbildung

1245 Bereits 2008 trug DIE LINKE Köln im Rat entscheidend dazu bei, dass die Stadt mehr als hundert zusätzliche
1246 Ausbildungsplätze geschaffen hat, um die von den Gewerkschaften geforderte Ausbildungsquote von 6 % zu erreichen.
1247 Dieser Beschluss muss auch zukünftig umgesetzt werden. DIE LINKE fordert, dass diese Quote auch bei den kommunalen
1248 Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften eingehalten werden muss, um möglichst vielen Jugendlichen eine berufliche
1249 Perspektive zu eröffnen. Auch die in der Verwaltung bereits erfolgreich erprobte Einführung von vorbereitenden Kursen, in
1250 denen Jugendliche mit Migrationshintergrund Sprachkenntnisse verbessern und in der Schule Verpasstes nachholen, um
1251 anschließend eine Ausbildung beginnen zu können, muss ausgebaut und auf die städtischen Unternehmen ausgeweitet
1252 werden.

1253 Gemeinsam mit den Gewerkschaften, der Arbeitsagentur und den für die Berufsausbildung zuständigen Kammern soll die
1254 Stadt ihre Erfahrungen nutzen, um für die Nachahmung in der Wirtschaft zu werben. Dabei soll auch geprüft werden,
1255 inwieweit die Stadt und ihre Unternehmen, aber auch große Unternehmen und Kammern durch die Bereitstellung ihrer
1256 Einrichtungen für Ausbildungsverbände dazu beitragen, dass von Migrantinnen und Migranten geführte Unternehmen mehr
1257 gute Ausbildungsplätze anbieten können.

1258 **Kommunale Arbeitsmarktpolitik**

1259 Die Hartz-IV-Gesetze mit ihrem entwürdigenden Druck zur Annahme von Arbeit um jeden Preis können auch in Köln nicht
1260 einfach außer Kraft gesetzt werden. Doch kann und muss die Stadt ihren Einfluss auf die JobCenter dafür nutzen, dass so
1261 weit wie möglich ernsthafte Qualifizierung und existenzsichernde, tarifliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose wieder
1262 Vorrang vor dem Druck in Richtung schlecht bezahlter Arbeit, Minijobs und sog. Arbeitsgelegenheiten haben. Deshalb setzt
1263 sich DIE LINKE dafür ein, dass die Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit in Köln wo immer möglich für sinnvolle
1264 Qualifizierung und in Kombination mit sozialen Initiativen für den Aufbau von Beschäftigungsprojekten mit tariflich bezahlten
1265 Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

1266 Ein konkreter Ansatz dafür könnte neben dem Ausbau des erfolgreich erprobten Modells der Stadtteilmütter der Aufbau
1267 eines Netzwerkes von Nachbarschaftskantinen, -cafés oder -werkstätten in den Veedeln sein.

1268 Dort können die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren, Jugendlichen und Kindern im Alltag organisiert werden und
1269 auch die Entwicklung kultureller Initiativen ihren Platz finden. Beginnend mit den elf besonders benachteiligten Stadtteilen,
1270 in denen Sozialraumkoordinatorinnen und -koordinatoren arbeiten, soll die Stadt ein Förderprogramm auflegen, das freien
1271 Trägern/innen ermöglicht, unter Nutzung von Lohnkostenzuschüssen der Agentur für Arbeit Sozialstationen zu eröffnen.
1272 Dort können auch vorhandene Beratungsangebote wie zum Beispiel Schuldner/innenberatung, Familienberatung oder
1273 Sozialberatung koordiniert und ausgebaut werden.

1274 In den JobCentern werden Langzeiterwerbslose mit der Androhung von Leistungskürzungen unter Druck gesetzt, jede noch
1275 so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Arbeitgeber/innen, die nur Hungerlöhne zahlen, werden hingegen kaum belangt,
1276 sie können sich im Gegenteil darüber freuen, dass ihre Niedriglöhne auf Kosten der Steuerzahler/innen und der Stadt mit
1277 Sozialleistungen subventioniert werden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die Stadt sich dafür einsetzt, dass die JobCenter
1278 auch in Köln regelmäßig prüfen, ob bei den fast 20.000 Menschen, die so wenig verdienen, dass sie trotz Arbeit noch
1279 Anspruch auf ALG II haben, nicht sittenwidrige Löhne gezahlt werden oder andere arbeitsrechtliche Ansprüche der
1280 Beschäftigten missachtet werden. Sie müssen verpflichtet werden, gegen solche Verstöße vorzugehen und im
1281 Sozialausschuss des Rates darüber zu berichten.

1282 **Solidarisches Wirtschaften**

1283 DIE LINKE will neue Wege für gesellschaftlich nachhaltige und sinnvolle Arbeit auch mit der Förderung lokaler Wirtschaft im
1284 Sinne eines gemeinwesenorientierten Wirtschaftens beschreiben.

1285 Die Dauerhaftigkeit und Tragfähigkeit neuer Arbeits- und Lebensperspektiven und neuer solidarischer
1286 Gesellschaftsstrukturen steht dabei im Mittelpunkt.

1287 Wir wollen vor allem in den besonders von Armut und hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Stadtteilen sowohl
1288 Genossenschaften fördern als auch Vereine und andere Institutionen der Selbsthilfe sowie Belegschaftsinitiativen zur
1289 Betriebsübernahme unterstützen, die demokratisch strukturiert sind und eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige
1290 Zielsetzung verfolgen.

1291 Dass unter anderem das dafür im Rahmen des Programms Mülheim 2020 entwickelte Modellprojekt Neue Arbeit für
1292 Mülheim der unzureichenden Bearbeitung von Förderanträgen an die EU durch die Stadtverwaltung zum Opfer gefallen ist,
1293 ist ein von der Verwaltung zu verantwortender Rückschlag, den die LINKE im Rat unmissverständlich kritisiert hat.

1294 DIE LINKE fordert, dass dieses Projekt weiter entwickelt und möglichst auch ohne Fördermittel der EU umgesetzt wird.

1295IV. Für die Zukunft: Bildung, Kinder und Jugend

1296IV.1 Bildung und Schule

1297Gute Bildung beginnt für DIE LINKE im frühen Kindesalter. Das Bildungswesen muss alle Kinder individuell fördern und
1298unabhängig von der sozialen Herkunft allen offen stehen. Die Kinder sollen zu gebildeten, selbstbewussten, emanzipierten
1299und demokratischen Menschen werden. Doch hier in Köln muss vieles verbessert werden. Die Stadt Köln hat mit ihrem
1300Bildungsbericht-Bildungsmonitoring ein Instrumentarium geschaffen, das konsequenter als Grundlage effizienter und
1301bedarfsgerechter Steuerung der Bildungsinstitutionen in der Stadt zu nutzen ist. Grundsätzlich gilt, dass von der Kita bis
1302zum Berufskolleg auf möglichst kleine Betreuungs- und Lerngruppen und zeitgemäße Ausstattung mit Lehr- und
1303Unterrichtsmaterialien, Geräten und Medien hinzuwirken ist.

1304Elementarbildung – gute Kitas für selbstbewusste Kinder

1305Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Dennoch sind gerade in
1306kinderreichen Stadtteilen verlässliche, gute Ganztagsangebote für Kinder in Kitas nach wie vor Mangelware. Die für das
1307Kitajahr 2013/14 in Köln angeblich erreichbare Betreuungsquote von 41 Prozent für alle Unter-Dreijährigen ist
1308schöngerechnet und reicht bei weitem nicht aus. Statt einer Bedarfsplanung des U3-Ausbaus ins Blaue hinein brauchen die
1309Kölnener Eltern genügend gute Kitaplätze.

1310Beim quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung droht deren Qualität unter die Räder zu geraten. Im Zuge des U3-
1311Ausbau wurden Gruppen überbelegt, und zunehmend fehlen Fachkräfte. Die Folge sind zu große Gruppen, kaum
1312individuelle Fördermöglichkeiten, zu wenig Personal, beengte Räumlichkeiten und zu kurze und unflexible Öffnungszeiten.

1313Die für die Kommunen weit kostengünstigere Tagespflege wurde stark ausgebaut. Das bewertet DIE LINKE kritisch, weil die
1314Qualifikationsstandards des Erziehungspersonals und die Rahmenmindeststandards dort viel niedriger sind. Tagespflege ist
1315für die Eltern weniger verlässlich. Für die Tagesmütter und -väter ist sie eine häufig unterbezahlte und wenig
1316zukunftsplanbare Arbeit. Die Tagespflege ist somit lediglich als Übergangsinstitution vertretbar.

1317Diese schlechten Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung sind im Wesentlichen dem Kinderbildungsgesetz KiBiz
1318geschuldet. Sie wurden aber noch verschärft durch den U3-Ausbau. Bis heute hat die rot-grüne Landesregierung es
1319versäumt, – wie in Wahlkämpfen versprochen – das KiBiz durch ein neues Kitagesetz abzulösen.

1320Kindertagesstätten und Krippen sind für DIE LINKE nicht Betreuungseinrichtungen, die nur verwahren. Sie legen vielmehr
1321die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernverhalten: Sie sollen Neugier wecken, Selbstbewusstsein stärken, emotionale
1322und soziale Entwicklung fördern, Kommunikation üben, Konzentration und Motorik fördern.

1323In den Kindergärten muss viel mehr für die Sprachförderung getan werden. Sprachförderung muss integraler Bestandteil
1324des Bildungsprogramms im Kindergarten sein und setzt überschaubare Gruppen und einen guten Personalschlüssel
1325voraus.

1326Deshalb müssen alle Kinder unabhängig von der sozialen Situation der Eltern ungehinderten Zugang zu guten Kitas haben,
1327die all das auch leisten können.

1328Deshalb setzen sich LINKE im Rat der Stadt Köln ein für:

- 1329 • ein inklusives und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot gebührenfrei für ALLE Kinder von Anfang
1330 an
- 1331 • die Realisierung des Rechtsanspruchs für Einjährige in wohnortnahen, gut ausgestatteten Kindertagesstätten.
1332 Beim weiteren U3-Ausbau ist der tatsächliche Elternbedarf zu erheben. Neue Plätze sind vorrangig in Kitas zu
1333 schaffen.
- 1334 • Kindertagesbetreuung in öffentlicher und gemeinnütziger, nicht in privatgewerblicher und gewinnorientierter Hand.
1335 Öffentlich geförderte Kitaplätze müssen für alle Kinder offen sein, unabhängig von Konfession und Glauben.
- 1336 • Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit Eltern Beruf und Familienleben vereinbaren können
- 1337 • kleinere Gruppen und mehr entsprechend ausgebildetes Personal
- 1338 • Standards guter Arbeit in Kitas und in der Tagespflege. Die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie
1339 deren Arbeitsbedingungen sind zu verbessern. Tageseltern müssen existenzsichernd entlohnt werden. Werden die
1340 Dienstleistungen ausgebaut, ist auch das Fachpersonal aufzustocken.
- 1341 • Aus- und Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher und andere in Kitas Tätige - mit großer themati-
1342 scher Bandbreite von inklusionsbedingten Anforderungen bis hin zu interkultureller Kompetenz. Die Qualifikation

- 1343 von Tagespflegeeltern ist perspektivisch auf Fachkraftniveau anzuheben, wozu (Teilzeit-) Weiterbildungsangebote
 1344 nötig sind.
- 1345 • In Kitas wollen wir einen Professionsmix fördern mit Erzieher/innen, Heil- und Sozialpädagog/innen,
 - 1346 Logopäd/innen und anderen Berufsgruppen.
 - 1347 • ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder
 - 1348 • eine bessere Ausstattung für Kitas in sozial benachteiligten Stadtteilen.

1349 **Einen guten Start ins Schulleben für alle**

1350 Mit Abschaffung der Grundschulbezirke beginnt die soziale Selektion oft schon zu Beginn der Schullaufbahn. Doch wir
 1351 wollen keine Schulen, in denen deutsche Kinder unter sich bleiben oder Schulen in sozial benachteiligten Stadtvierteln, die
 1352 von Mittel- und Oberschichtseltern gemieden werden. Alle Kinder eines Viertels sollen gemeinsam in der am nächsten
 1353 gelegenen Schule lernen.

1354 Die offene Ganztagsgrundschule (OGTS) bleibt weit hinter der Qualität einer gebundenen zurück, weil keine Verzahnung
 1355 der Nachmittagsangebote mit dem Unterricht stattfindet. Dazu ist sie chronisch unterfinanziert. Das führt dazu, dass die im
 1356 schulischen Ganztagsbetrieb eingesetzten Betreuungspersonen vielfach nicht über die erforderlichen Qualifikationen
 1357 verfügen. Hinzu kommt, dass sie völlig unzureichend entlohnt werden. Die Fluktuation ist groß. Auch die räumliche und
 1358 materielle Ausstattung der Ganztagsgrundschulen bleibt meist weit hinter den Erfordernissen zurück.

1359 **Deshalb fordert DIE LINKE**

- 1360 • die Wiedereinführung der Grundschulbezirke
- 1361 • dass die OGTS perspektivisch in eine gebundene Ganztagsgrundschule mit dem entsprechenden pädagogischen
 1362 Standard überführt wird. Solange das nicht der Fall ist, muss die Qualität über eine bessere Bezahlung des Personals,
 1363 bezahlte Vorbereitungszeit und Zeit für Gespräche mit Eltern und Lehrern, Personal für Vertretungsregelungen und
 1364 mehr Sachmittel gefördert werden. Die städtischen Kürzungen der letzten Jahre müssen zurückgenommen werden.
- 1365 • dass die Träger vertraglich zur Sicherstellung des Qualifikationsniveaus des eingesetzten Personals und der
 1366 entsprechenden Entlohnung verpflichtet und einer auch diese Regelungen betreffenden Fachaufsicht unterworfen
 1367 werden.
- 1368 • Die Plätze in der OGTS müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Kein Kind soll abgewiesen werden.
- 1369 • Auf Initiative der LINKEN wurde 2009 eingeführt, dass alle Kinder mit Köln-Pass die Kosten für die Erstausrüstung
 1370 (Schulranzen, Mäppchen, Turnsachen etc.) erstattet bekommen. Diese Errungenschaft muss erhalten bleiben. Die
 1371 Kürzung von 160 Euro auf 100 Euro muss wieder rückgängig gemacht werden.
- 1372 • ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder.

1373 **"Eine Schule für alle" und Gesamtschule**

1374 Wir wollen eine Schule für alle, und zwar eine inklusive, in der alle Kinder zusammen lernen, mehrheitsfähig machen.
 1375 Solange das nicht realisiert ist, setzen wir uns für den Aufbau von Gesamtschulen ein. Der Forderung nach einer Schule für
 1376 alle kommt die Gesamtschule in Aufbau und Konzeption am nächsten. In Köln fehlten zuletzt zwischen 600 und 800
 1377 Gesamtschulplätze. Die Gesamtschulplatzkapazitäten der Stadt Köln sind grundsätzlich zügig auszubauen, damit ein
 1378 bedarfsgerechtes Angebot gemeinsamen und inklusiven Lernens entsteht. Die Tages- und Abendschule (TAS) darf nicht auf
 1379 die Funktion des Reparaturbetriebs für ein unzureichendes Schulangebot reduziert werden. Obwohl die Schulverwaltung
 1380 endlich erstmalig weitere konkretere Schritte zur Erhöhung der Anzahl der Gesamtschulplätze eingeleitet hat, werden die
 1381 Maßnahmen bei weitem den tatsächlichen Bedarf nicht decken. Und der erste geringfügige Zuwachs wird nicht vor Herbst
 1382 2014 einsetzen.

1383 Das öffentliche Schulsystem darf nicht so heruntergewirtschaftet werden, dass Gutverdienende sich in Privatschulen
 1384 zurückziehen. Generell ist ein Ausbau der Ganztagschulen zu begrüßen, nicht nur aufgrund der besseren Vereinbarkeit
 1385 von Familie und Beruf, sondern auch, weil die Ganztagschule stärker Bildungsbenachteiligungen abbaut.

1386 **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- 1387 • Jedes Kind, das einen Platz auf einer Gesamtschule will, muss ihn bekommen.
- 1388 • Dellbrück braucht eine eigene Gesamtschule anstelle der vorgesehenen
- 1389 • Dependence der Willy-Brandt-Gesamtschule.
- 1390 • Eine weitere Gesamtschule muss zeitnah in Deutz oder Kalk errichtet werden.
- 1391 • Das auf dem Ehrenfelder Heliosgelände vorgesehene Projekt Inklusive Universitätsschule muss zügig
 1392 vorangetrieben werden.

- 1393 • Die in der Bildungslandschaft Altstadt Nord zusammengefassten schulischen Bildungseinrichtungen müssen als
1394 Gesamtschule betrieben werden.
- 1395 • Die Erweiterungsbauten für Ganztagschulen sind zügig zu planen und zu erstellen. Die Schulen müssen durch
1396 entsprechend große Mensen die Möglichkeiten haben, die Mittagsmahlzeit selbst zuzubereiten.
- 1397 • PPP-Finanzierungsmodelle lehnt DIE LINKE generell ab. Statt überhöhte Schulmieten und Betriebskosten an
1398 private Investoren zu zahlen, soll die Stadt die Gebäudewirtschaft neu organisieren und zu effizienter Arbeit
1399 befähigen, damit aller öffentlicher Baubedarf in kommunaler Regie und Finanzierung abgedeckt werden können.
- 1400 • Schulsozialarbeit muss unbefristet an jeder Schule etabliert werden.

1401 **Inklusion**

1402 Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die auf eine Entwicklung zu einer solidarischen, toleranten und
1403 diskriminierungsfreien Gesellschaft abhebt. Sie muss alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche betreffen und letztlich eine
1404 weitreichende Veränderung im individuellen Bewusstsein und Verhalten erzielen.

1405 Köln ist mit einem frühzeitig verabschiedeten Inklusionsplan in Vorleistung getreten. Das Land will aber seinen finanziellen
1406 Verpflichtungen nicht nachkommen. Wegen der unzureichenden Personalausstattung infolge der aktuellen
1407 Schulrechtsnovellierung in NRW droht die Inklusion zu scheitern.

1408 Deshalb fordert DIE LINKE

- 1409 • Die Stadt Köln muss von allen Schulen offensiv fordern, sich aktiv für Inklusion zu öffnen.
- 1410 • Dafür ist mehr Personal in inklusiven Regelschulen nötig, eine zweite sonderpädagogische Fachkraft pro Klasse.
- 1411 • Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, werden die Kinder auf den Förderschulen „Lernen“ und „soziale und
1412 emotionale Entwicklung“ Zug um Zug in Regelschulen überführt und Förderschulen diesen Typs geschlossen.
- 1413 • Das Raumprogramm an den Schulen wird sukzessive an die Erfordernisse der Inklusion angepasst. Die Umwandlung
1414 in eine inklusive Schule wird ein Kriterium, dass die Schule in der Prioritätenliste der Schulsanierungen nach vorne
1415 rücken lässt.

1416 **Übergang Schule – Beruf**

1417 24.487 Bewerberinnen und Bewerber blieben 2013 in NRW ohne Ausbildungsplatz, das heißt, jede und jeder sechste. Allein
1418 in der Metallbranche sank das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe von 2012 auf 2013 um 10 %. Und nur noch 24,3 % der
1419 Betriebe haben in diesem Jahr überhaupt Ausbildungsplätze besetzt.

1420 Auch die Stadt Köln kommt ihren Ausbildungsverpflichtungen nicht im möglichen und erforderlichen Umfang nach. Unter
1421 Berufung auf fadenscheinige Ausreden wie "strukturelle Probleme" werden aktuell viele der grundsätzlich bestehenden
1422 Ausbildungsplätze nicht besetzt. Die Palette der städtischen Ausbildungsplatzangebote umfasst viele Möglichkeiten. Sie
1423 reicht von den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltungsdienste über verschiedene marktgängige Ausbildungen bis zu
1424 Qualifizierungen im IT-Bereich. Die Ausbildungsverpflichtungen der Stadt sind auch auf den Stadtwerkekonzern
1425 auszuweiten.

1426 Für die meisten abgewiesenen Bewerberinnen und Bewerber bleibt nur der Weg in die Warteschleife des
1427 Übergangssystems Schule-Beruf, die von der Agentur für Arbeit, dem Land NRW, der Stadt Köln und vielen freien Trägern
1428 angeboten wird. Es handelt sich um ein weitgehend undurchschaubares System - 2011 gab es in Köln 58 verschiedene
1429 Maßnahmen! -, das für viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verlorene Zeit bedeutet. Für wenige bietet die Vielfalt der
1430 Maßnahmen die Chance einer individuell passgenauen Förderung. In den meisten Fällen aber handelt es sich um den
1431 minderwertigen Ersatz für einen entgangenen Ausbildungsplatz.

1432 Während von Jahr zu Jahr die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze sinkt, soll im Kölner Regionalen Bildungsbüro im
1433 Rahmen des Neuen Übergangssystems Schule-Beruf die Überleitung von den Schulen in Ausbildungsbetriebe ausgeweitet
1434 und effektiviert werden. Ohne verstärktes Engagement und zusätzlichen Mitteleinsatz wird dieser Spagat nicht zu schaffen
1435 sein. Und auch in inhaltlicher Hinsicht muss ein höheres Niveau erreicht werden. So ist auf die Festschreibung verbindlicher
1436 Qualitätsstandards hinzuwirken.

1437 **DIE LINKE fordert:**

- 1438 • Die Stadt Köln muss künftig wieder die Ausbildungsquote von 6 % erreichen und auch in den städtischen Betrieben
1439 umsetzen.
- 1440 • Auszubildende sollen i. d. Regel übernommen werden.
- 1441 • Der Anteil von Azubis mit Migrationshintergrund ist zu erhöhen.
- 1442 • Die Stadt Köln muss gegenüber der Landesregierung darauf bestehen, dass die Kapazitäten und die Finanzierung des

- 1443 lokalen Übergangssystemen nicht unter dem realitätsfernen Vorwand des Schaffens von 40.000 Ausbildungsplätzen
1444 abgebaut werden.
- 1445• Die Stadt Köln muss im Rahmen des Neuen Übergangssystems darauf hinwirken, dass alle Formen ergänzender
1446 außerbetrieblicher und vollzeitschulischer Ausbildung ausgebaut und stabilisiert werden.
- 1447• Der arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Status der Azubis in diesen außerbetrieblichen und vollzeitschulischen
1448 Ausbildungsgängen ist verbindlich und den Standards betrieblicher Ausbildung entsprechend abzusichern.

1449 Weiterbildung in Köln

1450 Bildung endet nicht mit Schule, Hochschule oder beruflicher Erstausbildung. Die Dynamik der gesellschaftlichen,
1451 technischen und wissenschaftlichen Entwicklung erfordert lebenslange Weiterbildung und Neuorientierung. Für das Leben
1452 und die Arbeit nach Schule und Ausbildung kommt somit den Einrichtungen der Weiterbildung eine wachsende
1453 gesellschaftliche Bedeutung zu.

1454 DIE LINKE ist gegen eine inhaltliche Verengung von Weiterbildung auf die Vermittlung ausschließlich beruflich verwertbarer
1455 Kenntnisse und Fertigkeiten. Ebenso wichtig sind allgemein bildende sowie persönlichkeits- und lebensweltorientierte
1456 Programme, deren Bandbreite also auch kulturelle, politische, philosophische und freizeitbezogene Inhalte umfasst.

- 1457• Die Stadt Köln muss ihre Volkshochschule so ausstatten, dass ihre Angebote die volle Breite der gesellschaftlichen
1458 Erfordernisse umfassen.
- 1459• Die VHS muss in der Lage sein, die bislang von guter Bildung ausgeschlossenen Schichten zu erreichen. Arbeitslosen
1460 und ALG-II-Beziehenden ist die kostenlose Teilnahme an den Veranstaltungen der Volkshochschulen zu ermöglichen.
- 1461• Die Angebote der Volkshochschule sind in stärkerem Maße auch dezentral, also direkt in den Stadtteilen zu realisieren.

1462 Dem in der Weiterbildung tätigen Lehr-, Beratungs- und Verwaltungspersonal sind verbesserte Arbeits- und
1463 Vergütungsbedingungen zu bieten. Daher muss von Seiten der Stadt wie auch von dem/der Träger/in dem fatalen
1464 Kostendruck einer rein wirtschaftlich orientierten Ausschreibungs- und Vergabepaxis entgegengewirkt werden.

1465 IV.2 Kinder- und Jugendpolitik

1466 In Köln lebten Ende 2012 rund 30.000 Kinder und Jugendliche bis zu 14 Jahren in Haushalten mit Hartz-IV-Bezug von
1467 Sozialgeld. Das ist jede/r Vierte bis Fünfte (22,4%) in dieser Altersgruppe, in Stadtteilen wie Kalk, Mülheim, Vingst oder
1468 Chorweiler ist sogar fast jedes dritte Kind betroffen. Diese Kinder können sich vieles nicht leisten, was für ihre
1469 Altersgenossen selbstverständlich ist, einen guten Schulranzen etwa oder den Mitgliedsbeitrag im Sportverein. Aber Armut
1470 schränkt auch in den immateriellen Möglichkeiten ein.

1471 Eine Kommune kann diese Benachteiligung über eine gute Kinder- und Jugendarbeit teilweise ausgleichen. Doch davon
1472 sind wir zurzeit weit entfernt. Diese Aufgaben sind nach dem Kommunalrecht lediglich freiwillige Aufgaben. Deshalb wecken
1473 sie stets die Begehrlichkeiten von Kürzungspolitikern/innen. Der Betrieb von Jugendzentren ist als städtische Pflichtaufgabe
1474 anzusehen und darf nicht als flexible Manövriermasse in den städtischen Kürzungshaushalten dienen.

1475 DIE LINKE fordert deshalb:

- 1476• Jugendzentren und andere nicht-kommerzielle Freizeitangebote sollen ausgebaut werden. Sie brauchen mehr
1477 Personal.
- 1478• Jugendzentren und Freizeitangebote sind langfristig finanziert weiterzuführen. Die Finanzierung der Kinder- und
1479 Jugendarbeit über Projekte muss streng geregelte Ausnahme bleiben.
- 1480• Die städtischen Streetworker sollen – anders als bisher - kontinuierlich in einem bestimmten Stadtviertel arbeiten
1481 können, um von den Jugendlichen dort als Vertrauensperson anerkannt zu werden.
- 1482• Jugendliche und junge Erwachsene brauchen auch Freiräume ohne Kontrolle: Das Autonome Zentrum am Eifelwall
1483 braucht langfristig nutzbare Räume und Perspektiven. Autonome und selbstverwaltete Jugendstrukturen müssen in
1484 Politik und Verwaltung auf kooperationsbreite Ansprechpartner/innen treffen.
- 1485• Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte müssen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Bei
1486 Konflikten mit Anwohner/innen soll eine Schlichtung einsetzen, die sowohl das Ruhebedürfnis der Anwohner als auch
1487 die berechtigten Interessen der Jugendlichen auf selbstgestaltete Treffpunkte im Blick hat. Eine rein repressive
1488 Vertreibungspolitik löst keine Probleme.
- 1489• Spiel- und Bolzplätze, Häuser und Räumlichkeiten für Kinder-, Jugend- und Familienangebote sind häufig
1490 sanierungsbedürftig. Sie sind zügig zu renovieren.
- 1491• Wer Anspruch auf Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes hat, soll bei der Antragstellung unterstützt
1492 werden.

- 1493• Die Stadt unterstützt die Träger/innen von Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche in ihrem Bemühen,
1494 kostengünstige Angebote für benachteiligte Kinder bereitzustellen.
- 1495• Die Beschäftigten des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) leiden unter Arbeitsüberlastung und hoher Fluktuation der
1496 Mitarbeiter/innen. Der ASD braucht mehr Personal, damit die Beschäftigten ihre verantwortungsvolle Aufgabe gut
1497 meistern.
- 1498• Um mehr Partizipation zu ermöglichen, sollten Kinder und Jugendliche mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in der offenen
1499 Kinder- und Jugendarbeit erhalten.
- 1500• Die Jugendverbände müssen künftig drei statt bisher einer Stimme im Jugendhilfeausschuss erhalten.

1501V. Gesundheit, Pflege und Barrierefreiheit

1502Gesundheit, Sucht und Pflege

1503Gesundheit und Pflege gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und -fürsorge. Sie dürfen nicht dem Markt überlassen
1504werden, vielmehr gehören sie zu den wichtigsten Aufgaben der Solidargemeinschaft. Bewusst eingeplante Gewinne in
1505diesen Bereichen gehen auf Kosten der Beschäftigten (Dumpinglöhne, Arbeitsverdichtung, Absenkung der
1506Fachkräftequoten, Privatisierung usw.) sowie der Patienten und Patientinnen. Bund und Land können aus ihrer
1507Finanzierungsverantwortung nicht entlassen werden.

1508Rat und Verwaltung der Stadt Köln müssen alles in ihrer Macht stehende tun, damit die medizinische Grundversorgung der
1509Kölnnerinnen und Kölner sichergestellt und ausreichend und entsprechend ihren Aufgaben finanziert wird. Nicht die Kosten,
1510sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der Stadt Köln stehen.

1511Deshalb lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Krankenhäusern generell ab, insbesondere eine Privatisierung der Kliniken
1512der Stadt Köln sowie das Outsourcen einzelner Bereiche innerhalb der Kliniken und Krankenhäuser wie zum Beispiel der
1513Küchen, der Zentralsterilisation oder aktuell der Reinigung. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die städtischen
1514Kliniken als kommunales Unternehmen einschließlich aller Berufsgruppen erhalten bleiben und solidarisch finanziert
1515werden.

1516Die schon lange versprochene paritätische Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz § 76 muss – wie bereits in an-
1517deren Städten– endlich auch in der Stadt Köln verwirklicht werden.

1518Wir lehnen außerdem die Konzentrierung von Krankenhäusern ab. Die Versorgung von Kranken muss ortsnah bleiben. An-
1519dererseits spricht sich DIE LINKE für mehr Zusammenarbeit und Absprachen unter den Krankenhäusern aus.

1520DIE LINKE. Köln spricht sich zudem für ein neues Finanzsystem der Krankenhäuser und Pflegeheime und gegen die Fall-
1521pauschale aus. Die derzeitige Finanzierung der psychiatrischen Krankenhäuser (LVR) soll beibehalten werden.

1522DIE LINKE lehnt das neue pauschale Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) ab.

1523Seit 1996 sind in den Krankenhäusern 70.000 Pflegekräfte abgebaut worden. Gleichzeitig ist aber die Zahl der zu versor-
1524genden Patientinnen und Patienten pro Jahr erheblich gestiegen – bei stets wachsender Pflegeintensität. Nach einer Perso-
1525nalbemessung, die von ver.di 2013 in 200 Krankenhäusern durchgeführt wurde, fehlen zurzeit 162.000 Stellen, davon ca.
152670.000 allein in der stationären Pflege.

1527DIE LINKE spricht sich gegen jede Form des Ausstiegs aus dem Flächentarifvertrag aus. Tarifsteigerungen müssen bei al-
1528len Beschäftigten ankommen.

1529Die Stadt Köln muss dafür Sorge tragen, dass eine wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung in allen Stadtbezirken
1530– auch in entlegenen Stadtteilen wie z.B. in Chorweiler - erhalten bleibt bzw. wiederhergestellt wird.

1531Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) stellt in der Stadt Köln die Plätze für Psychotherapie nach einem veralteten Schlüssel
1532zur Verfügung. Die Folge sind durchschnittliche Wartezeiten von einem halben Jahr für Menschen, die dringend eine thera-
1533peutische Behandlung benötigen. DIE LINKE in Köln fordert einen neuen Schlüssel für die Verteilung der Therapieplätze,
1534der der derzeitigen Situation in der Stadt gerecht wird.

1535Die Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche muss von der Stadt aktiv betrieben werden. Deshalb müssen alle
1536Stellen beim Gesundheitsamt, die dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zugeordnet sind, besetzt werden.

1537Alte und kranke Menschen müssen ihr Leben in Würde und selbstbestimmt gestalten können. Für DIE LINKE geht ambulant
1538vor stationär. Deshalb fordert sie von der Stadt mehr Unterstützung von Wohnformen, die altersgerechtes und selbstbe-
1539stimmtes Wohnen ermöglichen oder in denen Alt und Jung zusammen wohnen können.

1540 In Köln leben zahlreiche Menschen mit einer positiven HIV-Diagnose. DIE LINKE spricht sich für eine verstärkte öffentliche
1541 finanzielle Unterstützung aller Institutionen und Initiativen aus, die sich sowohl um die Prävention kümmern als auch HIV-po-
1542 sitive Menschen beraten und begleiten.

1543 Die Stadt Köln hat 2013 Maßnahmen zur gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Sexarbeiterinnen im Kölner Süden
1544 beschlossen. DIE LINKE hat diesen Beschluss mitgetragen und fordert eine schnelle Umsetzung dieses Beschlusses. Ge-
1545 sundheit, Sicherheit und Beratung dieser Frauen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

1546 Für kranke und obdachlose Menschen gibt es in Köln nur 25 Krankbetten. DIE LINKE fordert von der Stadt, eine bedarfs-
1547 deckende Anzahl von Plätzen, in denen kranke und obdachlose Menschen unterkommen und ärztlich behandelt werden
1548 können.

1549 Zur Gesundheitspolitik gehört auch die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen der Sucht. In Köln gibt es sehr
1550 viele Abhängige, die Suchtberatung benötigen. Von ihnen sind 99 Prozent von legalen und ein Prozent von illegalen Drogen
1551 abhängig. Der hohe Verbreitungsgrad von Suchterkrankungen hat dazu geführt, dass es in Köln verschiedene Einrichtungen
1552 und Initiativen gibt, die eigene Ansätze zur Suchttherapie entwickelt haben.

1553 DIE LINKE befürwortet die Unterstützung dieser Einrichtungen und von Selbsthilfegruppen durch die Stadt. Sie spricht sich
1554 vor allem für solche Ansätze von Suchttherapie aus, die sowohl die Erstbehandlung als auch die Rückfallbehandlung und
1555 die Nachsorge mit einschließen.

1556 DIE LINKE spricht sich außerdem für das vom Gesundheitsamt durchgeführte Methadon-Programm sowie für die heroinge-
1557 stützte Behandlung aus und fordert weitere Substitutionsambulanzen.

1558 Angebote, insbesondere für Menschen mit Alkoholproblemen, sind – gemessen an der Zahl von Abhängigen – immer noch
1559 sehr dürftig. Die Suchthilfe im Bereich so genannter legaler Drogen (Alkohol, Medikamente) und der Spielsucht ist nur unzu-
1560 reichend ausgestattet. DIE LINKE fordert deshalb eine bessere Ausstattung des legalen Suchthilfesystems und räumliche
1561 Unterstützung der Suchthilfe. Voraussetzung dafür ist eine kostendeckende Finanzierung der professionellen Hilfe, da die
1562 Forderung nach 20 Prozent Eigenmitteln für kleine Träger/innen zu hoch ist.

1563 Suchttherapie muss in Köln ortsnah angeboten werden. Außerdem müssen mehrere Akteure beteiligt sein. Suchttherapie
1564 kann nur interdisziplinär gelingen.

1565 **Selbstständigkeit erhalten**

1566 • durch massive Ausweitung der verschiedensten ambulanten Hilfs-, Betreuungs- und Pflegeangebote, auch in Bezug auf
1567 häusliche Kurzzeitpflege in besonderen Lagen mit dem Ziel, ein eigenständiges Leben auch bei zunehmenden
1568 altersbedingten Behinderungen so lange wie möglich zu erhalten,

1569 • durch Förderung geeigneter Wohnformen (seniorengerechte Wohnungen, für Wohngemeinschaften geeignete
1570 Mietwohnungen, Mehrgenerationenhäuser), aber auch Förderung von Einliegerseniorenwohnungen im normalen
1571 Mietwohnungsbau, die es auch jungen und einkommensschwachen Familien räumlich ermöglichen, zusammen mit
1572 ihren Eltern zu wohnen.

1573 Alle diese Forderungen dienen letztlich dem Ziel, die Rentnerinnen und Rentner vor Isolierung und Vereinsamung zu
1574 bewahren. Je besser die über 60-Jährigen in vielfältige gesellschaftliche Bezüge eingebunden sind, je mehr
1575 Ansprechpartnerinnen, Ansprechpartner und Vertrauenspersonen sie kennen, desto eher sind sie vor kriminellen Übergriffen
1576 auf der Straße, vor betrügerischen Machenschaften, aber auch vor missbräuchlicher Ausnutzung durch amtliche,
1577 halbamtliche oder selbst ernannte Betreuungspersonen geschützt.

1578 Die Stadt Köln ist hierbei in der Pflicht, das Zusammenwirken aller Beteiligten einschließlich der sozialen Dienste, des
1579 Gesundheitswesens, des Handels, Verkehrs und der Polizei unter diesem Gesichtspunkt zu organisieren und zu
1580 gewährleisten.

1581 **Zu den Herausforderungen der Pflege**

1582 Die Anfälligkeit für altersrelevante Krankheiten und Pflegebedürftigkeit nimmt mit fortschreitendem Alter zu. Auch hier gilt der
1583 Grundsatz: Ambulante Pflege, die es den Pflegebedürftigen erlaubt, möglichst in ihrem bekannten Umfeld den letzten
1584 Lebensabschnitt zu verbringen, ist nicht nur kostengünstiger, sondern vor allem menschlicher als stationäre Unterbringung.
1585 Dennoch werden immer mehr pflegebedürftige alte Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen auf eine Unterbringung
1586 in einem Heim angewiesen sein.

1587 **Wie eine Gesellschaft damit umgeht, spricht für ihr Kulturniveau.**

1588 Die Zustände in Alters- und Pflegeeinrichtungen, die Betreuung von alten Menschen sowie der Umgang mit ihnen sind

1589 unbefriedigend und teilweise menschenunwürdig. Die Gründe hierfür sind Dumpinglöhne, Arbeitsverdichtung, Absenkung
1590 der Fachkraftquoten usw. Dies ist im Kapitel Gesundheit und Pflege ausführlich dargelegt. Ein Modellversuch der BIVA
1591 (Interessenvertretung der Senioren- und Pflegeheimbewohner) hat gezeigt, dass die Heimbeiräte, oft selbst im hohen
1592 Lebensalter, nur unzureichend über die Lage in ihrem Heim informiert werden. Gesetzliche Kontrolle, wie sie das überfällige
1593 neue Heimgesetz, das im Januar 2009 in NRW in Kraft trat, mit einer jährlichen unangemeldeten Kontrolle vorsieht, deren
1594 Ergebnisse veröffentlicht werden müssen, kann hier sicherlich die schlimmsten Missstände aufdecken. Dennoch bleibt die
1595 Kommune gefordert, ihren Teil dazu beizutragen, dass alte Menschen in den Heimen sich nicht ausgesondert, rechtlos und
1596 ausgeliefert fühlen. Soziale Kontrolle durch Familienangehörige, alte Bekannte und Freunde ist in jedem Fall effizienter und
1597 menschlicher, weil sie sich näher an den Beschwerden der einzelnen Pflegebedürftigen orientiert.

1598 Von daher wird sich DIE LINKE verstärkt dafür einsetzen, kleine dezentrale Einrichtungen in den einzelnen Stadtteilen statt
1599 großer Bettenburgen zu fördern, die nur privatwirtschaftlich gerechnet billiger sind. Ziel muss sein, dass die
1600 Heimbewohnerinnen und Heimbewohner den letzten Lebensabschnitt im bekannten Umfeld verbringen können und ihren
1601 Angehörigen und Nachbarn die Besuchsmöglichkeit erleichtert wird. Nicht Gewinnerwirtschaftung, sondern qualifizierte
1602 Pflege, Mitmenschlichkeit, mehr Pflegepersonal und angemessene Bezahlung sind der Maßstab linker Pflegepolitik. Eine
1603 Pflegereform, die auf „Marktfähigkeit“ setzt, wird nicht nur inhumaner, sondern letzten Endes auch zunehmend teurer.

1604 Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung

1605 Für DIE LINKE ist Behindertenpolitik ein Thema, das in alle Politikfelder einfließen muss. Unser Ziel ist es, allen Menschen
1606 mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu
1607 ermöglichen. Eine solche Teilhabe kommt allen Menschen zu Gute, denn Behinderungen – eigene und solche, die von
1608 außen gesetzt sind – kennen wir alle im täglichen Leben, besonders diejenigen, die alt oder krank sind oder als Eltern kleine
1609 Kinder haben.

1610 Allerdings ist das Verständnis von Barrierefreiheit oft noch zu sehr an Menschen orientiert, die eine körperliche Behinderung
1611 haben, und berücksichtigt andere Arten von Behinderungen wie Taubheit, Blindheit oder psychische und geistige
1612 Behinderung zu wenig. Alle Menschen in dieser Gesellschaft haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in
1613 gegenseitiger Achtung und Anteilnahme.

1614 In Köln gibt es schon seit einigen Jahren ausgesprochen positive Ansätze, das Thema Inklusion in die Öffentlichkeit zu
1615 transportieren und voranzutreiben. So wurde im Jahr 2003 die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gegründet und
1616 auf ihr Betreiben hin 2008 die Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten für die Stadt Köln geschaffen. Im Jahre 2006
1617 wurde die UN-Konvention „Über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ verabschiedet, der sich auch die Stadt Köln
1618 verpflichtet fühlt. 2008 unterzeichnete sie die Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“. Die Stadt Köln
1619 verpflichtete sich damit, in 16 verschiedenen Teilbereichen der Kommunalpolitik „eine bessere Wahrnehmung behinderter
1620 Menschen, ihrer Rechte, Bedürfnisse und Potenziale und ihrer Mitwirkung am öffentlichen Leben“ aktiv zu fördern. Mit dem
1621 Handlungskonzept „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ von 2009 ist die Stadt Köln dieser Verpflichtung
1622 nachgekommen. DIE LINKE unterstützt dieses Konzept der Stadt, sie kritisiert aber, dass das Amt des
1623 Behindertenbeauftragten mit weiteren Referaten inzwischen einer neu geschaffenen Dienststelle „Diversity“ untergeordnet
1624 wurde.

1625 So groß die Anstrengungen auch sind, die die Stadt Köln im Bereich der Behindertenpolitik unternommen hat – noch immer
1626 scheitern Menschen mit Behinderungen an Barrieren, die ihnen gesetzt werden, oder werden ausgegrenzt – auch in Köln.
1627 Längst nicht alle Verkehrsmittel sind barrierefrei zu erreichen. Der Deutzer Bahnhof ist ein besonders krasses Beispiel für
1628 fehlende Barrierefreiheit in Köln. Und oft sind Schwimmbäder, Kinos, Theater oder andere öffentliche Einrichtungen für
1629 behinderte Menschen wegen fehlender Rampen oder Aufzüge nicht zu erreichen. Außerdem stellen viele Straßen in der
1630 Stadt für Blinde, für Rollstuhlfahrer und –fahrerinnen und Eltern mit Kinderwagen schwer überwindbare Hindernisse dar, weil
1631 die Gehwege zu schmal sind, Blindenleitsysteme fehlen, an den meisten Ampeln die akustischen Signale fehlen oder die
1632 Grünphasen zu kurz sind.

1633 Ein weiterer Aspekt betrifft die Vermittlungschancen für Menschen mit Behinderungen in geregelte, tariflich entlohnte und
1634 versicherungspflichtige Berufstätigkeit. Ihr Anteil an Erwerbslosen ist auch in Köln überdurchschnittlich hoch.

1635 DIE LINKE tritt ein für

- 1636 • Barrierefreiheit in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden und im öffentlichen Straßenraum.
- 1637 • die Bereitstellung von Gebärdendolmetscher/innen, Schriftdolmetscher/innen, Induktionsschleifen für Hörgeräte
1638 und anderer technischer Hilfsmittel bei öffentlichen Veranstaltungen, in Museen, Konzertsälen und Theatern.
- 1639 • genügend Plätze in inklusiven Kindertagesstätten und Kindergärten, in Grundschulen und weiterführenden Schulen
1640 und spricht sich gegen die Errichtung weiterer Förderschulen aus.

- 1641 • erheblich mehr Anstrengungen der Stadt Köln für den Bau barrierefreier Wohnungen.
- 1642 • den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Heime separieren die Menschen von der Gesellschaft, in der und mit der
- 1643 sie leben möchten. DIE.LINKE. Köln setzt sich für selbständiges und betreutes Wohnen von Menschen mit Behin-
- 1644 derungen ein. Mittlerweile gibt es in Köln gute Beispiele von Wohngemeinschaften, in denen Menschen mit Behin-
- 1645 derungen zusammen wohnen.
- 1646 • die Sicherung, Verbesserung und bessere finanzielle Ausstattung des Fahrdienstes. Solange Barrierefreiheit in al-
- 1647 len öffentlichen Verkehrsmitteln noch nicht gegeben ist, muss eine kostenlose Inanspruchnahme möglich sein.
- 1648 • Außerdem setzen wir uns für den Fortbestand einer eigenen qualifizierten Berufs- und Arbeitsberatung für
- 1649 Menschen mit Behinderung ein.
- 1650 • die Erhöhung der Behindertenquote bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich. Sie fordert für die Verwaltung der
- 1651 Stadt Köln, dass 10 % der Beschäftigten Menschen mit Behinderung sind. Sie unterstützt das Bestreben, Men-
- 1652 schen mit Behinderungen gemäß ihrem Wunsch und ihren Möglichkeiten aus den Werkstätten heraus in den ers-
- 1653 ten Arbeitsmarkt zu überführen.
- 1654 • eine aktive Unterstützung von inklusiven Betrieben durch die Stadt Köln. Inzwischen gibt es in der Stadt zahlreiche
- 1655 gut funktionierende Betriebe, besonders im Kantinen- und Restaurantbereich, die Menschen mit und ohne Behin-
- 1656 derung beschäftigen.

1657Seniorinnen- und Seniorenpolitik

1658Das Alter ist für DIE LINKE ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente,
 1659Pflege oder Kosten reduziert werden darf, und an dessen Mitgestaltung die Seniorinnen und Senioren aktiv teilhaben
 1660müssen. Bei aller Vielschichtigkeit des demographischen Wandels gehört das Anwachsen der Bevölkerungsgruppe im
 1661Rentenalter zu seinen folgenreichsten Auswirkungen, die erhebliche Herausforderungen, aber auch Chancen für eine
 1662solidarische Stadtgesellschaft mit sich bringen.

1663Zu den Chancen

1664Die Anzahl älterer Menschen, die länger aktiv und gesund sind, wird zunehmen. Wir wollen, dass die Lebensleistungen
 1665älterer Menschen geachtet und Fähigkeiten, Kompetenzen und Gestaltungspotenzial gefördert und genutzt werden. Ihre
 1666Lebenserfahrung, ihre berufliche Kompetenz, ihre Mobilität und ihre Freiräume für ehrenamtliche Tätigkeiten stellen einen
 1667großen – potenziellen – gesellschaftlichen Reichtum dar, der realisiert werden kann, wenn es gelingt, die gesellschaftlichen
 1668Rahmenbedingungen, insbesondere die Mitbestimmung der "Alten" in eigener Sache, wesentlich zu verbessern.

1669Daraus ergeben sich für linke Kommunalpolitik folgende Forderungen:

1670Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten fördern!

1671Hier hat die Stadt Köln durch die Einrichtung einer gewählten Senior/innenvertretung bereits vor 30 Jahren richtige Wege
 1672beschritten, die durch die Initiierung der Senior/innennetzwerke vor einigen Jahren weiter ausgebaut wurden. Mit dem
 1673Konzept SeniorenNetzwerke wird erstmalig in der Kölner Senior/innenarbeit das Ziel formuliert, dass ältere Bürgerinnen und
 1674Bürger ihre Belange im Stadtteil selbst organisieren sollen.

1675DIE LINKE wird diesen Weg politisch unterstützen und darauf hinwirken, dass die gewählte Seniorenvertretung in allen
 1676kommunalpolitischen Planungen, die die Altersgruppe ab 60 betrifft, nicht nur angehört wird, sondern mitentscheiden kann.

1677Wir werden auch darauf achten, dass die für die Arbeit des SeniorenNetzwerkes jährlich notwendigen Zuschüsse zu
 1678Personal- und Sachkosten nicht unter dem Deckmantel der Förderung der Selbstorganisation beliebig gekürzt werden.

1679Die Fraktion DIE LINKE konnte mit Erfolg die Auslagerung einzelner Bereiche der inzwischen gegründeten SBK gGmbH
 1680(Sozial-Betriebe-Köln) verhindern. Sie wird sich auch in Zukunft gegen jeden Versuch der Privatisierung von Teilbereichen
 1681der SBK wehren und jeder Aufweichung des Tarifvertrages innerhalb der SBK im Rat und in den Ausschüssen
 1682entgegenzutreten. DIE LINKE wird weiterhin alle Maßnahmen und Initiativen unterstützen, die die Mitwirkung und Mitarbeit von
 1683aktiven Rentnerinnen und Rentnern im gesellschaftlichen Leben ermöglichen und fördern:

- 1684• die Begleitung von Jugendlichen bei der Berufsfindung,
- 1685• die Mitarbeit in Grundschulen als ehrenamtliche Vertrauenspersonen,
- 1686• die Bereitschaft, als Zeitzeugen zu berichten,
- 1687• die Bereitschaft, Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten zu geben,
- 1688• die Begleitung auch älterer behinderter Seniorinnen und Senioren auf Gängen zu Ämtern, zum Einkauf etc.,
- 1689• die Bereitschaft, ältere und behinderte Seniorinnen und Senioren im Rollstuhl spazieren zu fahren, ihnen vorzulesen
- 1690 etc. Hier sind die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfen durch strukturelle und finanzielle Unterstützung durch die Stadt

1691 noch längst nicht ausgeschöpft.

1692 Dabei sind vor allem auch solche Arbeitsmöglichkeiten zu unterstützen und auszuweiten, die auf Honorarbasis den
1693 "jungen Alten" die Möglichkeit bieten, ihre oftmals geringfügige Altersversorgung aufzustocken. Obwohl wir als LINKE
1694 durchaus die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich für eine solidarische Stadtgesellschaft
1695 anerkennen, darf nicht der allgemeine Eindruck entstehen, dass von Senioren und Seniorinnen geleistete Arbeit
1696 grundsätzlich kostenlos geleistet werden muss.

1697 **Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen**

1698 Viele unserer Forderungen, die in den einzelnen Kapiteln zu Stadtentwicklung und Verkehr ausführlich dargestellt sind,
1699 erhalten unter diesem Gesichtspunkt ein zusätzliches Gewicht, so:

- 1700• die Ausweitung der Nahversorgung in Bezug auf Einkaufsmöglichkeiten, amtliche und halbamtliche Stellen,
1701 Kultureinrichtungen, medizinische Versorgung etc.,
- 1702• die Schaffung vollständiger Barrierefreiheit auf Fußwegen, im Bus- und Bahnverkehr, Vorrang für Fußgängerinnen und
1703 Fußgänger, seniorengerechte Ausstattung öffentlicher Plätze und Grünanlagen.

1704 Wir fordern eine Öffnung der herkömmlichen Einrichtungen der offenen Seniorenarbeit für bestimmte Zielgruppen: zum
1705 Beispiel ältere Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, aber auch Menschen mit spezifischen
1706 musischen, kulturellen, wissenschaftlichen Interessen.

1707 **VI. Demokratie und Vielfalt**

1708 **VI.1 Gemeinsam für ein interkulturelles Köln**

1709 Die Gestaltung eines „interkulturellen Köln“ ist eine erstrangige Zukunftsaufgabe und muss Priorität in der Kommunalpolitik
1710 genießen. Denn Köln ist wie viele andere Großstädte von Zuwanderung geprägt. Hier leben Menschen aus etwa 190
1711 Ländern und 330.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt der
1712 Anteil etwa 50 %.

1713 Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt aber, dass es mit der Priorität nicht weit her ist:

- 1714• Die gegen den Widerstand des Kölner Integrationsrates durchgeführten Stellenkürzungen beim Interkulturellen Referat
1715 und beim Kommunalen Integrationszentrum machen deutlich, dass politische Prioritäten durch Finanzierungsvorbehalte
1716 ausgehebelt werden können. Das hat Folgen: Das mit viel personellem und zeitlichem Aufwand erstellte
1717 Integrationsprogramm der Stadt Köln hat eine ungewisse Zukunft. Es ist unklar, wie und von wem die dort entwickelten
1718 Vorhaben umgesetzt werden sollen.
- 1719• Die Eingliederung des Interkulturellen Referats in eine nebulöse „Diversity“-Stelle ist ein Signal. Hier werden
1720 Politikbereiche, die nichts miteinander zu tun haben und bei denen die berühmten „Synergie-Effekte“ nicht eintreffen
1721 werden, unter ein löchriges Dach gesteckt. Diese Entscheidung setzt die Bedeutung des Interkulturellen Referats herab
1722 und wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht.

1723 Die LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sich der vielbeschworene soziale Zusammenhalt Kölns nicht auf Sonntagsreden
1724 beschränkt, sondern tatsächlich politische Priorität bekommt, für die auch die notwendigen Gelder bereitgestellt werden
1725 müssen.

1726 Wir lassen uns dabei von folgenden Grundsätzen leiten:

- 1727• Die Potenziale der Migrantinnen und Migranten sind eine große Chance für Köln. Sie verfügen über spezifische
1728 Erfahrungen und Fähigkeiten (z.B. Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen), die sie im Interesse der
1729 Betroffenen und der gesamten Stadt entfalten können;
- 1730• Statt Selektion oder Ausgrenzung muss das solidarische Miteinander gestärkt werden, unabhängig von Herkunft,
1731 Sprache oder Kultur;
- 1732• Die Migrantinnen und Migranten dürfen nicht länger zum Spielball kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse
1733 gemacht werden, sondern müssen aktiv an diesen teilhaben können.

1734 Erfolgreiche Teilhabe und gemeinsamer Austausch sind Voraussetzung für einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt für
1735 alle Menschen, ein Tor zu einem besseren, gerechteren Leben. Fangen wir dort an, wo wir leben: In Köln und in den
1736 Veedeln.

1737 **Handlungsfelder linker Integrationspolitik**

1738 Die LINKE betrachtet Integrationspolitik als eine Schwerpunktaufgabe und konzentriert sich in ihrer Arbeit auf folgende

1739 Handlungsfelder:

1740 Interkulturelle Orientierung der Verwaltung und der sozialen Dienste

1741 Die interkulturelle Orientierung ist eine Querschnittsaufgabe von Verwaltung, städtischen Unternehmen und sozialen
1742 Diensten. Die Verwaltung hat dabei eine wichtige Vorbild- und Leitfunktion für die nichtöffentlichen Akteurinnen und Akteure.
1743 Dadurch kann zugleich die Qualität der Dienstleistungen erhöht werden. Der Oberbürgermeister und der Stadtdirektor
1744 haben wichtige Entscheidungskompetenzen als Chefs der Verwaltung. Sie müssen Konzepte entwickeln und regelmäßig
1745 über den Fortgang berichten. Um ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden, brauchen sie ein interkulturelles Team.

1746 Im Einzelnen fordert DIE LINKE:

- 1747 • Die interkulturelle Arbeit muss in Köln Chefsache werden. Deshalb muss das Interkulturelle Referat im Büro des
1748 Oberbürgermeisters angesiedelt und in ausreichendem Maß mit qualifiziertem Personal versehen werden.
- 1749 • Bei Neueinstellungen in der Verwaltung muss verstärkt darauf geachtet werden, dass Bewerber/innen mit
1750 Migrationshintergrund entsprechend der Zusammensetzung der Kölner Bevölkerung berücksichtigt werden.
1751 Interkulturelle und mehrsprachige Kompetenzen müssen dabei berücksichtigt werden.
- 1752 • Die städtischen Behörden, vor allem die mit viel Migrant/innenverkehr, müssen von einer Willkommenskultur
1753 geprägt sein. Fortbildungen zur interkulturellen Öffnung sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchzuführen.
- 1754 • Für Menschen mit Migrationshintergrund müssen innerhalb der Stadtverwaltung Übersetzungsdienste zur
1755 Verfügung stehen.
- 1756 • Die kulturelle Vielfalt der Kölnerinnen und Kölner muss in Krankenhäusern oder Altenheimen berücksichtigt werden
1757 (mehrsprachiges Personal, Essen, Gebetsräume etc.).

1758 Mehrsprachigkeit

1759 In Deutschland ist der Schulerfolg besonders stark abhängig von der sozialen Herkunft, stärker als in den meisten anderen
1760 OECD-Staaten. Davon sind auch die Migrantinnen und Migranten betroffen. In den letzten Jahren hat sich daran nichts
1761 Grundlegendes geändert.

1762 Die Schule hat eine große Bedeutung für eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Für viele Kinder und Jugendliche
1763 ist sie die einzige verlässliche Institution, die ihnen über die Umgangssprache hinaus den Erwerb der Bildungssprache
1764 Deutsch garantieren kann. Nur so können sie in allen Fächern effektiv mitarbeiten und gute Bildungsabschlüsse erreichen.
1765 Zusätzliche städtische Förderung durch Hausaufgabenhilfe u.Ä. ergibt nur dann Sinn, wenn sie fachlich und personell mit
1766 den Aktivitäten der Schulen verknüpft wird.

1767 Die natürliche Mehrsprachigkeit ist ein großer individueller und gesellschaftlicher Reichtum. Ihre Aufwertung durch den
1768 schulischen Unterricht ist eine Brücke zum Erlernen der deutschen Sprache und fördert die Herausbildung von
1769 mehrsprachigen, interkulturellen Identitäten-

1770 Der Erwerb der Bildungssprache und die Erziehung zur Mehrsprachigkeit sind natürlich auch ein wichtiges Thema in den
1771 Kindertagesstätten. Hier wird angelegt, was später in der Schule ausgebaut werden soll.

1772 In den letzten Jahren haben viele Schulen und Kitas große Anstrengungen unternommen, um die Schulerfolge der Kinder
1773 und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Auch die Erfahrungen des Mülheimer Bildungsbüros im Rahmen
1774 des Strukturförderprogramms Mülheim 2020 zeigen, dass die Schwerpunktsetzung auf einen speziellen Stadtteil
1775 erfolgversprechend ist. Allerdings setzt das voraus, dass die Bildungsinstitutionen über einen längeren Zeitraum hinaus von
1776 mindestens 7 Jahren in ihrer Entwicklung begleitet werden und zusätzliche Ressourcen und Unterstützung erhalten. So
1777 endet die Arbeit des Mülheimer Bildungsbüros im Herbst 2014, ohne dass Stadt und Schulbehörden eine Perspektive für die
1778 Weiterarbeit entwickelt hätten.

1779 Im Einzelnen fordert DIE LINKE:

- 1780 • Erziehung zur Mehrsprachigkeit als Leitziel für die vorschulischen Einrichtungen.
- 1781 • Flächendeckende Ausweitung mehrsprachiger Kindertagesstätten auf der Basis der natürlichen Mehrsprachigkeit, vor
1782 allem durch die Qualifizierung des Personals und die Neueinstellung von Erzieherinnen mit mehrsprachigen und
1783 interkulturellen Kompetenzen;
- 1784 • Ausbau des Verbundes „Kölner Europäischer Grundschulen“, in denen das zweisprachige Lernen gefördert wird;
- 1785 • inhaltliche und organisatorische Anbindung der geförderten Hausaufgabenhilfe oder Deutschförderung an die Schulen;
- 1786 • Förderung der Elternarbeit: Ausbau des Rucksack-Programms an den Kitas und Grundschulen und Unterstützung der
1787 Elternvereine;
- 1788 • Unterstützung des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration (getragen von Stadt Köln, Bezirksregierung Köln und

1789 Universität zu Köln) bei der Organisierung der Umsetzung vielfältiger Vorhaben in Kitas und Schulen;
1790• Weiterführung der wichtigsten Programmpunkte des Mülheimer Bildungsbüros nach Ablauf des Projektes Mülheim
1791 2020.

1792Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter in Köln

1793Wanderarbeiterinnen und -arbeiter aus unterschiedlichen Staaten, insbesondere aber aus Osteuropa, kommen nach Köln,
1794um hier Arbeit zu finden und sich eine Existenz aufzubauen. Dies ist ihr gutes Recht als europäische Bürgerinnen und
1795Bürger. Dabei werden sie allerdings durch die deutsche Gesetzgebung häufig rechtlich diskriminiert; so wird vielen der
1796Zugang zu sozialen Unterstützungsleistungen verwehrt, und Kroaten haben keinen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt.

1797Sexarbeiter/innen aus Osteuropa werden diskriminiert und respektloses, gewalttätiges Verhalten von Freiern bleibt
1798unbestraft.

1799Betroffene berichten häufig von Schwierigkeiten in den Bürgerämtern bei der Anmeldung eines Wohnsitzes in Köln sowie
1800bei der Schulanmeldung ihrer Kinder. Zudem sind sie besonders häufig Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt
1801ausgesetzt – hier liegt der Verdacht einer systematischen Abschreckungspolitik durch städtische Behörden nahe.

1802Diese rechtliche Diskriminierung von Wanderarbeiter/innen wird von gewissenlosen Geschäftsleuten ausgenutzt.

1803Insbesondere Bau- und Dienstleistungsunternehmen, aber auch Privatpersonen lassen Wanderarbeiter/innen zu
1804unwürdigen Hungerlöhnen und ohne Sozialversicherungsschutz für sich arbeiten. Lohnbetrug ist an der Tagesordnung.

1805Wir lehnen Repressionsmaßnahmen gegen und Ausbeutung von Wanderarbeiter/innen ab und fordern soziale und
1806präventive Maßnahmen zu ihrer Integration. Wir begrüßen, dass die Kölner Gewerkschaften des DGB und die
1807Wohlfahrtsverbände aktiv werden und die Menschen nicht alleine lassen. Auch die Stadt Köln muss Zuwanderinnen und
1808Zuwanderer verstärkt unterstützen.

1809Für DIE LINKE sind alle Menschen in Köln willkommen, nicht nur angeworbene Fachkräfte. Jede und jeder hat ein Recht
1810darauf, für sich und seine Familie sorgen zu wollen, und darin unterstützt zu werden. Wir bekennen uns zur
1811Zuwanderungsstadt Köln und setzen uns für eine Willkommenskultur ein.

1812DIE LINKE tritt dafür ein, dass

- 1813• Beratungs- und Anlaufstellen für Wanderarbeiter/innen und ihre Familien weiter gestärkt werden
- 1814• die Schul- und Sozialverwaltung ihre Angebote für Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter verbessert, z.B. mit
1815 Dolmetscher/innen, Kulturlotsen, kostenlosen Sprachkursen, Kindergartenplätzen, Schulangeboten und
1816 niedrigschwelligen Angeboten für eine Gesundheitsversorgung.
- 1817• die Stadt Köln alle rechtlichen Möglichkeiten nutzt, Wanderarbeiter/innen im Bedarfsfall den Zugang zu Leistungen des
1818 SGB II und SGB XII zu gewähren.
- 1819• die Stadt Köln Zuwanderinnen und Zuwanderern ausreichenden Wohnraum anbietet, sie bei der Anmeldung eines
1820 Wohnsitzes in Köln unterstützt und gegen Mietwucher rechtlich aktiv wird.
- 1821• die Stadt Köln bei Auftragsvergaben an private Unternehmen die Einhaltung gesetzlicher und tariflicher Standards
1822 stärker kontrolliert und gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften sowie der Industrie- und Handelskammer und den
1823 Handwerkskammern eine Initiative für die gesellschaftliche Ächtung von Hungerlöhnen umsetzt.

1824Teilhabe und Integrationsrat

1825Viele Menschen mit Migrationshintergrund bleiben von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Während EU-Bürgerinnen
1826und Bürger das kommunale Wahlrecht besitzen, sind die lange hier lebenden „Drittstaatsangehörigen“ davon
1827ausgeschlossen. Dadurch wird die Gleichheitsgarantie von Artikel 3 des Grundgesetzes ausgehöhlt. Viele Migrantinnen und
1828Migranten werden so zu Bürgern zweiter Klasse degradiert.

1829Eine derartige Ungleichbehandlung kann sich eine demokratische Gesellschaft nicht leisten.

1830Der Integrationsrat spielt in Köln eine wichtige Rolle dabei, die Interessen und Probleme der Migrantinnen und Migranten
1831aufzugreifen und Lösungen zu erreichen. Aber das reicht noch nicht aus.

1832Die Migrantinnen und Migranten, ihre Vereine und Organisationen, müssen die Möglichkeit erhalten, sich aktiv an der
1833Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben, zu beteiligen. Integration kann nur durch aktive Teilhabe aller gelingen.

1834Für uns ist es ein politischer Skandal, dass nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner im wahlberechtigten Alter an den
1835Kommunalwahlen teilnehmen können. Damit wird ein erheblicher Teil der Lohnabhängigen, konkret der migrantische aus
1836jenen Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören, von jeglicher demokratischen Willensbildung abgeschnitten

1837und ausgegrenzt. Um ein aktives wie passives Wahlrecht und die Teilnahme an Abstimmungen für alle auf kommunaler
1838Ebene zu verwirklichen, sind Verfassungsänderungen auf Bundesebene und eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes
1839NRW nötig“

1840Im Einzelnen fordert die LINKE:

- 1841• Die Unterstützung der Bemühungen zur Einrichtung eines kommunalen Wahlrechts unter dem Schlagwort: „Hier, wo ich
1842 lebe, will ich wählen!“
- 1843• Die Unterstützung des Integrationsrates als der wichtigsten gewählten Vertretung der Migrantinnen und Migranten. Der
1844 Integrationsrat muss in allen Fragen der Politik nicht nur gehört werden, sondern auch wie die Ratsausschüsse
1845 Empfehlungsrecht erhalten.
- 1846• Die Fördermittel für die Migrantenvereine und -zentren müssen langfristig gesichert werden.

1847 Menschenwürde für Flüchtlinge in Köln

1848Die 2003 beschlossene Neuausrichtung der Kölner Flüchtlingspolitik ist vorerst gescheitert. Die beschlossenen Leitlinien zur
1849Unterbringung der Flüchtlinge sind erstmals 2011 nicht eingehalten worden. Flüchtlinge wurden teilweise in
1850Massenunterkünften untergebracht. Seit 2013 gesteht die Stadtverwaltung auch ein, dass sie gegen „Leitlinien“ verstößt.
1851Der Bau von dezentralen Flüchtlingswohnungen ist über viele Jahre verschleppt worden. Jetzt, wo viele Flüchtlinge aus
1852Kriegsgebieten nach Köln kommen, steht keine menschenwürdige Unterbringung zur Verfügung.

1853DIE LINKE ist der Auffassung, dass alles unternommen werden muss, damit die Flüchtlinge menschenwürdig leben können.
1854Das gilt auch für Geflüchtete ohne legalen Aufenthaltstitel. Die Stadt Köln hat eine Fürsorgepflicht für alle Flüchtlinge. Unter
1855den gegenwärtigen Bedingungen ist absehbar, dass der Stadtverwaltung das mit den gegebenen Mitteln nicht gelingen wird.
1856Dazu sind besondere Anstrengungen nötig:

- 1857 • Die Sozialverwaltung braucht eine umfassende Unterstützung der gesamten Stadtverwaltung und des Kölner
1858 Stadtrates.
- 1859 • Der Oberbürgermeister hat eine Task Force gegründet, die in seinem Namen handeln kann. Das sollte sie auch tun
1860 und nach Ordnungsbehördengesetz (OBG) § 14 Liegenschaften beschlagnahmen – darunter vorrangig städtische
1861 Liegenschaften.
- 1862 • Es muss von der Stadtverwaltung kurzfristig ein Konzept zur Unterbringung der Flüchtlinge vorgelegt werden, in
1863 dem sie zu den aktuellen Anforderungen Vorschläge macht und darstellt, wann und wie die Leitlinien zur
1864 Unterbringung der Flüchtlinge wieder eingehalten werden.
- 1865 • Wir unterstützen die Anliegen der Initiative „Schulplätze für alle“.
1866 Kindern muss schnell und unbürokratisch die Teilhabe am Schulunterricht ermöglicht und den Eltern geholfen
1867 werden.

1868VI. 2 Geschlechtergerechtigkeit

1869Patriarchalische Herrschaftsstrukturen sind in unserer Gesellschaft keineswegs beseitigt. Von einer tatsächlichen
1870Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt, denn wesentliche Forderungen der Frauen sind nach wie vor
1871nicht erfüllt:

- 1872• Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- 1873• Ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt
- 1874• Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- 1875• Teilhabe an allen wichtigen Entscheidungen (in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz)
- 1876• Kein Leben in Armut.

1877DIE LINKE. Köln setzt sich für eine aktive Gleichstellungspolitik in Köln ein, die den Frauen die volle Teilhabe an allen
1878gesellschaftlichen Prozessen und Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche
1879Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern. Die kommunale Politik muss darauf abzielen, die oben genannten strukturellen
1880Benachteiligungen für Frauen und Mädchen zu beseitigen. Unsere Forderungen gelten für alle Frauen und Mädchen und
1881diejenigen, die sich als solche fühlen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer sexuellen Orientierung
1882oder ihrer Religionszugehörigkeit.

1883Politik und Teilhabe

- 1884• Gender Budgeting zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Mittelverteilung,
- 1885• Überprüfung aller Ratsentscheidungen nach Gendergesichtspunkten,

- 1886• Verknüpfung von Bürgerhaushalt und Gender Budgeting,
- 1887• ständige geschlechterspezifische Erhebung und Auswertung kommunaler Statistiken,
- 1888• Selbstverpflichtung der Parteien zur Aufstellung quotierter Ratslisten.

1889 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- 1890• Kitas und Ganztagschulen müssen kostenfrei und qualitativ hochwertig sein. Ihre Öffnungszeiten müssen den
- 1891 Arbeitszeiten angepasst sein.
- 1892• Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach Elternzeit sowie familienbedingten Ausfällen.
- 1893• Besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender, unter anderem bei der Wohnungsbeschaffung,
- 1894 Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.

1895 Gesundheit und Wohnen

- 1896• Förderung von "Mehrgenerationenwohnen".
- 1897• Programm zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihren finanziellen
- 1898 Möglichkeiten und ihrem Aufenthaltsstatus, d.h. z.B. unbürokratische Behandlung von Frauen im Gesundheitsamt ohne
- 1899 Vorlage einer Krankenkassenkarte, um eine sichere Gesundheitsbehandlung auch für z.B. Zwangsprostituierte zu
- 1900 schaffen.
- 1901• Schluss mit Genitalverstümmelung auch in Deutschland und Köln – mehr Aufklärungsarbeit an Schulen und in
- 1902 Arztpraxen
- 1903• kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in Notlagen.

1904 Leben in Sicherheit und ohne Gewalt

- 1905• Ausreichende und gesicherte Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen, insbesondere bei
- 1906 sexualisierter Gewalt
- 1907• Sofortige Rücknahme der Kürzung der Mittel für Frauenhäuser und Zufluchtsorte für Frauen und Kinder, die von Gewalt
- 1908 betroffen bzw. bedroht sind. Stattdessen Erhöhung der Zuschüsse für autonome Frauenprojekte in Köln – der Bedarf ist
- 1909 riesig: Täglich müssen bei den beiden vorhandenen Frauenhäusern bis zu fünf Frauen, die bereits von zu Hause
- 1910 geflüchtet sind, wieder abgewiesen werden, weil keine Unterbringungsmöglichkeit mehr besteht – in generell schon
- 1911 beengten Verhältnissen und unter enormen psychischen Belastungen, die eine solche Flucht mit sich bringt.
- 1912• Es ist beschämend, dass Köln als Millionenstadt genauso wenig (nämlich 20) Plätze hat wie Bonn, und die Zusage zur
- 1913 Finanzierung der Personalstellen durch das Land NRW, nach der Unfähigkeit der Stadt Köln ein geeignetes Haus zur
- 1914 Verfügung zu stellen, inzwischen wieder zurück gezogen wurde.
- 1915• Einrichtung eines dritten Frauenhauses mit institutioneller Förderung inklusive Quoten, welches barrierefrei ist, und
- 1916 auch die Möglichkeit beinhaltet, Jungen über 12 Jahren sicher unterzubringen
- 1917• Die Kosten für Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht suchen, müssen umgehend und unbürokratisch seitens der
- 1918 Kommune übernommen werden. Statt einer Tagessatzfinanzierung muss eine einzelfallunabhängige Finanzierung von
- 1919 Frauenhäusern mit einem eigenen Haushaltstitel wieder eingerichtet werden. Es kann nicht sein, dass Frauen, die ein
- 1920 eigenes Einkommen haben oder eine Rente erhalten, für ihren Aufenthalt selbst zahlen und ihre Ersparnisse
- 1921 aufbrauchen müssen, bis zur Hartz 4-Bezugsgrenze! Dies hält sie in Abhängigkeit und erschwert ihnen die eigene
- 1922 Berufstätigkeit, sie werden dadurch in der gleichen Unselbstständigkeit und Armut gehalten wie in ihrer Beziehung, vor
- 1923 der sie geflüchtet sind.
- 1924• Wiederherstellung der zweiten Stelle zur Beratung bei sexualisierter Gewalt
- 1925• Kampagne gegen "Gewalt gegen Frauen", um das Problem ins öffentliche Bewusstsein zu rücken,
- 1926• sichere Stadt (Beleuchtung auf Straßen und in Parks, Frauenparkplätze, Notrufsäulen),
- 1927• Verbesserung des ÖPNV-Angebotes (Abendzeiten, Frauentaxis am Abend zum KVB-Tarif),
- 1928• eine anonyme Anlaufstelle (Meldestelle), die sensibel mit den Informationen von Freiern umgeht, die den Verdacht
- 1929 haben, eine Zwangsprostituierte besucht zu haben.,
- 1930• Wir wollen keine sexistische, sexualisierte und frauenverachtende Werbung mehr sehen. Jegliche Form von
- 1931 körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt muss ernst genommen und geächtet werden. Wir fordern daher eine
- 1932 Selbstverpflichtung der Stadt Köln, sexistische, sexualisierte und frauenverachtende Werbung zu verhindern.

1933 Wir unterstützen die Forderung nach:

- 1934• Aussetzung des Umgangsrechts für gewalttätige Väter,

- 1935• bessere Finanzierung der Präventions- und Aufklärungsarbeit zum Thema Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre,
- 1936
- 1937• Bleiberecht und besserer Opferschutz für von Frauenhandel betroffene Frauen und Mädchen,
- 1938• weitgehender Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht von Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder
- 1939 erzwungener Prostitution ausgesetzt sind, sowie eine Sonderregelung für Wohnberechtigungsscheine für Betroffene
- 1940• DIE LINKE begrüßt ausdrücklich die Einführung der Anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten (ASS) an Kölner
- 1941 Krankenhäusern sowie die Übernahme der Kosten durch das Land NRW, sodass diese Möglichkeit allen Frauen
- 1942 unbürokratisch zur Verfügung steht, unabhängig von ihrer finanziellen oder aufenthaltsrechtlichen Situation.
- 1943 Informationen darüber sollten möglichst weit verbreitet werden, damit das Wissen Betroffenen einer Sexualstraftat
- 1944 schnell zur Verfügung steht, da in einem solchen Fall die ersten 24 Stunden entscheidend sind. Die skandalöse
- 1945 Nichtbehandlung einer vergewaltigten Frau in einem katholischen Krankenhaus in Köln zeigt u.a. die nach wie vor
- 1946 vorhandene systematische Benachteiligung der Betroffenen und den Schutz der Täter.
- 1947• Frauen und Mädchen wird immer noch die Schuld an Vergewaltigungen und Männergewalt gegeben. Alle Frauen und
- 1948 Mädchen müssen, unabhängig von ihrer finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation, vor Gewalt geschützt werden.

1949 **Beruf und Bildung**

- 1950 Konsequente Umsetzung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" und die Ersetzung von Mini-Jobs durch
- 1951 versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in der Kommunalverwaltung und den städtischen Unternehmen
- 1952• ausschließlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu Tariflöhnen in den OGTS,
- 1953• systematische Förderung von Frauen in der Kommune, insbesondere bei Beförderungen, und Einführung einer
- 1954 Selbstverpflichtung (Frauenquote) in der Kommunalverwaltung und in den städtischen Unternehmen
- 1955• Schaffung eines kommunalen Ersatzes für die weggefallene Stelle "Frau und Beruf".

1956 **Für ein vielfältiges solidarisches Miteinander!**

- 1957 Gleichgeschlechtlich Lebende gehören in unserer offenen Stadtgesellschaft zum allgegenwärtigen Straßenbild. Diese
- 1958 Selbstverständlichkeit kam nicht von alleine. Sie musste erkämpft, ständig verteidigt und neu eingefordert werden! Die
- 1959 Stadtpolitik kann hier im Rahmen ihrer kommunalen Handlungsmöglichkeiten deutliche Zeichen für die Gleichberechtigung
- 1960 von LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) setzen.
- 1961 DIE LINKE wird weiterhin für eine unterstützende Politik zugunsten von Lesben und Schwulen streiten. So hält DIE LINKE
- 1962 die Stadt Köln mit ihren Eigenbetrieben an,
- 1963• für die Gleichstellung der Lebensgemeinschaften im Arbeits-, Dienst-, Personalvertretungs- und im
- 1964 Betriebsverfassungsgesetz zu streiten,
- 1965• lesbisch-schwule Mitarbeitergruppen zu fördern und auch Trans- und Intersexuelle insbesondere gegen
- 1966 Diskriminierungen zu unterstützen.
- 1967 Für DIE LINKE ist jede Gemeinschaft, in der Menschen zusammen leben und für einander eintreten, förderungswürdig.
- 1968• Wir unterstützen die Forderung nach einem Adoptionsrecht für anerkannte Lebenspartnerschaften, die
- 1969 Regenbogenfamilien und andere freie Lebensformen.
- 1970 Erhalt und weiterer Ausbau der bewährten lesbisch-schwulen Präventionsarbeit im Bereich AIDS durch Institutionen,
- 1971 Vereine und Organisationen müssen gesichert und dem steigenden Bedarf angepasst werden. Sie benötigen eine
- 1972 vollständige materielle Absicherung und Planungssicherheit.
- 1973• Die Kürzung der öffentlichen Zuschüsse vor allem für die Aufklärungsarbeit, gerade auch an Schulen, muss gestoppt
- 1974 werden. SchLAu Köln, in Trägerschaft des Jugendzentrums anyway, verschreibt sich der Aufklärung über lesbische,
- 1975 schwule, bi und trans* Lebensweisen. Das Ziel ist der Abbau von Vorurteilen und der Beitrag zu einem
- 1976 gesellschaftlichen Klima, in dem alle Menschen diskriminierungsfrei leben können. Dies unterstützt DIE LINKE.
- 1977 Die Trägervielfalt mit einer unabhängigen Koordination der Angebote hat sich bewährt und muss erhalten werden – sie
- 1978 waren in den letzten Jahren immer wieder durch Mittelkürzungen in ihrer Existenz bedroht.
- 1979 In Köln leben viele Menschen in bi-nationalen Partnerschaften. Oftmals werden die Lebenspartnerinnen und Lebenspartner
- 1980 in ihren Herkunftsländern aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt und ermordet. Die eingetragene Lebenspartnerschaft
- 1981 wird im Ausländerrecht gegenüber der bi-nationalen Ehe erheblich benachteiligt und bietet den Menschen keinen Schutz vor
- 1982 Abschiebung.

1983• DIE LINKE fordert, dass die städtische Ausländerbehörde in der Beurteilung des Einzelfalles ihren Ermessensspielraum
1984 zugunsten humanitärer Lösungen ausnutzt. Wir fordern zudem ein eheunabhängiges Aufenthaltsrecht!

1985 Mehrfacher Diskriminierung sind lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Menschen ausgesetzt, in deren
1986 Herkunftsländern Homosexualität oder Uneindeutigkeit des Geschlechts kulturell als Verbrechen angesehen und verfolgt
1987 wird. Outen sie sich, haben sie oftmals Körperverletzungen, tiefe Demütigungen und den Ausstoß aus der Familie zu
1988 befürchten. DIE LINKE sichert ihnen politische Unterstützung in ihrem Emanzipationsprozess zu.

1989• Die Stadt Köln muss die interkulturelle Beratungs- und Bildungsarbeit für LSBTTI mit Migrationshintergrund fördern und
1990 die Freien Träger in diesem Arbeitsfeld unterstützen.

1991• Zudem müssen Gelder bereitgestellt werden für eine Stelle, die z.B. bei Rubicon angesiedelt ist, bei der sich
1992 insbesondere intersexuelle Menschen sowohl ärztlich als auch psychologisch neutral beraten lassen können.

1993 Die Auseinandersetzung mit hassmotivierten Gewalttaten gegen sexuelle und ethnische Minderheiten muss auf die
1994 Tagesordnung der Stadt gesetzt werden.

1995• Aufklärung und Prävention für Akzeptanz müssen bereits im Kindergarten anfangen und in der Schule fortgesetzt
1996 werden. Die Stadt muss in Verbindung mit befähigten Organisationen und Vereinen verstärkt Projekte zur
1997 Gewaltprävention an Schulen initiieren.

1998• Initiierung einer Aufklärungskampagne speziell für das Thema Intersexualität an Schulen, Medizinischen Instituten und
1999 Krankenhäusern.

2000• Beratung und Aufklärung der Eltern vor einer geschlechtsangleichenden Operation an Kölner Krankenhäusern. Hierfür
2001 muss eine Anlauf-, Aufklärungs- und Beratungsstelle für die Eltern, aber auch Ärztinnen und Ärzte in Köln eingerichtet
2002 werden.

2003• Umsetzung des Gesetzes, das eine dritte Option oder keine Angabe des Geschlechts möglich macht, auch für
2004 Formulare und andere Behördendokumente der Stadt Köln.

2005 Ein neutraler und wertfreier Sexualkundeunterricht würde eine nachhaltige Aufklärungsarbeit und die Akzeptanz gegenüber
2006 Lesben und Schwulen, aber auch trans-, intergeschlechtlichen und queer (?) lebenden Menschen fördern.

2007• Informationen über diesbezügliche Projekte an den staatlich geförderten Institutionen und an den Schulen sollten
2008 öffentlich erhältlich sein. Die Offenen Türen und die Jugendzentren sollten in die Kooperation eingebunden werden.

2009• Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mit öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtungen der Jugendpflege sollen
2010 durch Weiterbildungsangebote sensibilisiert werden. Gesundheitlich und psychologisch relevante Belange müssen
2011 altersgerecht in die Arbeit eingebunden werden.

2012 Die Stadt muss jungen Menschen Freiraum zur persönlichen Entfaltung und Entwicklung geben.

2013• Projekte für ein Wohnheim für Jugendliche mit Coming-Out-Problemen

2014 Die Kölner Szene ist bunt und vielfältig. **Ältere und Junge leben solidarisch** in unserer Stadt.

2015• DIE LINKE setzt sich für eine Anlaufstelle in der Stadtverwaltung für die Probleme älterer Menschen ein und fördert
2016 zielgruppenspezifische Wohnprojekte.

2017• Die Berücksichtigung der LSBTTI und queer lebender Menschen muss Eingang in den Pflegebedarfsplan der Stadt
2018 erhalten.

2019• Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der städtischen Kliniken und Einrichtungen sollen durch bessere Schulung mit den
2020 spezifischen Lebenssituationen Älterer vertraut gemacht werden.

2021 Die LINKE Köln unterstützt die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, die die Belange der
2022 Community direkt und unmittelbar in die Arbeit der Gremien der Stadt Köln einbringen kann.

2023• Wir setzen uns weiter für die Stärkung der Stellung des Referates für Lesben, Schwule und Transgender in der Kölner
2024 Stadtverwaltung ein.

2025 VI.3 Kein Veedel für Rassismus

2026 1989 erstarkten rechtsextreme Kräfte in Köln. Sie sind immer wieder im Kölner Stadtrat vertreten. „Pro Köln“ organisiert
2027 ständig Hetzkampagnen gegen Minderheiten, um ihnen ein gleichberechtigtes Leben zu verwehren. Finanzielle Mittel ihrer
2028 Stadtratsmandate werden dafür eingesetzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen falscher Angaben zu beanspruchten
2029 Sitzungsgeldern in hunderten Fällen.

2030 Die „pro-Bewegung“ ist inzwischen stark zerstritten und hat keine bundesweiten und europaweiten Perspektiven. Das führt

2031 dazu, dass sie in der Kölner Stadtgesellschaft noch aggressiver auftritt. Dagegen hat sich DIE LINKE in den vergangenen
2032 Jahren gemeinsam mit zahlreichen Initiativen in Bündnissen in den Stadtteilen zusammengeschlossen.

2033 DIE LINKE in Köln unterstützt die Ziele des Bündnisses „Kein Veedel für Rassismus“:

2034 „Wir rufen alle Organisationen und die zahlreichen Bündnisse, die sich auf Stadt- und Stadtteilebene zusammengefunden
2035 haben, auf sich zu beteiligen. Auch wenn unsere inhaltlichen und strategischen Vorstellungen sich unterscheiden, so eint
2036 uns doch alle ein gemeinsames Ziel, dass „Pro Köln“ 2014 nicht mehr in den Kölner Stadtrat einzieht.“

2037 Mit der Alternative für Deutschland AfD tritt zum ersten Mal auch eine sozialchauvinistische, rechtspopulistische und
2038 nationalistische Partei bei Kommunalwahlen in Köln an. Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die AfD in Köln 3,5 % holen
2039 und wäre bei einem ähnlichen Ergebnis im Stadtrat vertreten. Es ist ihr gelungen, neue Wählergruppen für
2040 rechtspopulistische Inhalte zu erschließen. Ihre Stimmenhochburgen hat sie rechtsrheinisch u.a. in Porz rund um den
2041 Bundeswehrstandort.

2042 Am 9. Juni 2014 ist der zehnte Jahrestag des NSU-Nagelbombenanschlags in der Keupstraße. Dieses grausame
2043 Verbrechen muss restlos aufgeklärt, die Opfer müssen ausreichend entschädigt werden. Dazu hat unsere Ratsfraktion
2044 einen wichtigen Beitrag geleistet. Vor der Aufdeckung der wahren Täter 2011 wurden die Opfer, ihre Angehörigen und
2045 sonstige Betroffene, z.B. Anwohner der Keupstraße über mehrere Jahre von staatlichen Behörden der Tat verdächtigt. Das
2046 muss aufgearbeitet werden. Köln, der Stadtbezirk Mülheim und die Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße brauchen
2047 einen gemeinsamen Diskussionsprozess, um verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.

2048 Viele Kölnerinnen und Kölner schätzen die sehr gute Arbeit des NS-Dokumentationszentrums in der Erinnerungskultur und
2049 seine zahlreichen Projekte gegen den Rechtsextremismus. Wir messen der Arbeit einen großen Stellenwert zu.

2050 DIE LINKE steht für den direkten Widerstand gegen rechte Aktivitäten und Organisationen. Sie tritt für die Förderung
2051 antifaschistischen und antirassistischen Engagements ein und steht an der Seite derer, die aufgrund ihres Einsatzes
2052 Repressalien zu erleiden haben. Beschämend finden wir, wie weit pro Köln durch ihre Hetze gegen Flüchtlingsheime und
2053 das Autonome Zentrum in der Mitte der Gesellschaft eine Entsolidarisierung erreichen konnte.

2054 In der nächsten Ratsperiode setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Rassismus und Rechtspopulismus in Köln keinen Platz
2055 haben:

- 2056 • Ein jährliches Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus unter Federführung des NS-Dokumentationszentrums. Mit
2057 wenig zusätzlichen Mitteln können wirksame Präventionsprojekte entwickelt werden.
- 2058 • Fortsetzung der Kölner Zwangsarbeiterprojekte, um weiterhin des Grauens des NS-Terrors aktiv zu gedenken und auf
2059 die Opfer und deren Nachfahren aktiv zuzugehen.
- 2060 • Fortsetzung der Arbeit der Unabhängigen Opferberatungsstelle Keupstraße. Nach einem Zwischenbericht sollten
2061 Bundesmittel, Mittel des LVR und der Stadt Köln eingesetzt werden.
- 2062 • Berücksichtigung widerständiger Persönlichkeiten bei der Namenswahl bei Straßenneu- oder Umbenennungen.
- 2063 • DIE LINKE. Köln hat dazu beigetragen, dass Stadtteilbündnisse wie „Bündnis für Demokratie“ in Zollstock, „Ehrenfeld
2064 gegen Rechtsextremismus“, „Köln-Nord gegen Rechts“ und „Schäl Sick gegen Rassismus“, entstanden sind. DIE
2065 LINKE. wird auch zukünftig in diesen Bündnissen mitarbeiten und ihre Erfahrungen für den Aufbau weiterer
2066 Stadtteilbündnis nutzen.

2067 VI.4 Friedenspolitik durch Städtepartnerschaften und Städtekooperationen

2068 Köln hat 24 Städtepartnerschaften, davon 22 im Ausland. Immer mehr drängen heute wichtige Fragen und Probleme in den
2069 Vordergrund, die die Städte insgesamt bewegen, und die sich besser in Kooperation bearbeiten und lösen lassen. Dazu
2070 gehören das gemeinsame Engagement für ein friedliches Miteinander der Bürgerinnen und Bürger und gegen Intoleranz,
2071 Rassismus und Rechtsradikalismus.

2072 Die Stadt Köln hat sich 1985 dem Netzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) angeschlossen. Diesem
2073 Netzwerk gehören mehr als 413 deutsche Kommunen an. Ziel des Netzwerkes ist es, zusammen mit den örtlichen
2074 Friedensinitiativen auf einen verbindlichen Zeitplan zur Abschaffung aller Atomwaffen und Atomsprengeköpfe zu drängen.

2075 Außerdem hat Köln 1985 beschlossen, sich an der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) zu beteiligen.
2076 Der Koalition gehören über 100 Städte aus zahlreichen Ländern an.

2077 Schließlich ist Köln Mitglied in der Municipal Alliance for Peace in the Middle East (MAP, Städtebund für Frieden im Nahen
2078 Osten), die vom israelischen Städtetag und Palästinensischen Kommunalverband gemeinsam getragen wird.

2079 DIE LINKE. Köln unterstützt diese Städtebündnisse, die einem friedlichen Umgang der Städte miteinander und ihrer

2080 Bürgerinnen und Bürger untereinander dienen sollen. Sie fordert deshalb:

- 2081• dass die Stadt Köln ihr friedenspolitisches Engagement gegenüber den Städten verstärkt, in denen die Bürgerinnen und
- 2082 Bürger in Not geraten sind und Hilfe benötigen.
- 2083• die Unterstützung der Städtepartnerschaftsvereine zur Förderung der Bürger-, Menschen- und Minderheitsrechte in
- 2084 ihren Partnerstädten. Als Beispiele seien an dieser Stelle Istanbul und Bethlehem genannt.
- 2085• die aktive Unterstützung von friedenspolitischen Initiativen und Projekten in Köln wie z.B. dem Projekt „Ferien vom
- 2086 Krieg“ des Komitees für Grundrechte und Demokratie
- 2087• die Sicherung eigener Haushaltsmittel für Städtepartnerschaften, Städtekooperationen und für
- 2088 Städtepartnerschaftsvereine, die die Partnerschaften im Wesentlichen gestalten. Beispielhaft soll an dieser Stelle das
- 2089 Zwangsarbeiterprojekt des Städtepartnerschaftsvereins Köln – Wolgograd genannt werden, das ohne finanzielle
- 2090 Unterstützung nicht weitergeführt werden kann.
- 2091• Eine stärkere Förderung und Unterstützung des Schüler- und Jugendaustausches
- 2092• Keinerlei Patenschaften sollen zwischen der Stadt Köln und der Bundeswehr vereinbart werden.

2093 VI.5 Datenschutz und Datensicherheit

2094 Die Linke setzt sich für die Stärkung des Datenschutzes ein. Auch die Kommunen sind aufgefordert, für sicheren

2095 Datenaustausch zwischen Behörden, städtischer Verwaltung und den Bürgern zu sorgen.

2096 Die Linke fordert, dass die Stadt einen öffentlichen Schlüssel (PGP) zur Verfügung stellt, damit Bürger und Bürgerinnen,

2097 wenn sie das wünschen, E-Mails an Stellen der Stadtverwaltung verschlüsseln können.

2098 Die Linke unterstützt und befürwortet die Umstellung der Stadtverwaltung auf OpenSource-Programme. Open-Source

2099 bedeutet, dass jeder, der Programme lesen kann, die Möglichkeit hat, seinen Programmcode auf Fehler und (eventuell

2100 absichtliche) Hintertürchen (Backdoors) zu untersuchen. Diese Hintertürchen ermöglichen es Geheimdiensten – aber auch

2101 Betrügern – auf Programme und die dort verarbeiteten Daten zuzugreifen. Die Verwendung von Open Source-Produkten

2102 dient mithin direkt der Datensicherheit.

2103 Dem Sozialdatenschutz wird gesetzlich aus gutem Grund besonderer Stellenwert eingeräumt. Die Linke setzt sich für eine

2104 restriktive Handhabung des Austauschs von personenbezogenen Daten zwischen den Behörden aus. Die Linke wendet sich

2105 strikt gegen die Weitergabe von Meldedaten zu Werbezwecken.

2106 Die Stärkung des Datenschutzes ist auch ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Nur wer seine Privatsphäre geschützt

2107 weiß, kann sich wirklich frei bewegen und sich angstfrei an demokratischen Prozessen beteiligen.

2108 VI.6 Bürgerbeteiligung mit mehr Transparenz

2109 In den vergangenen Jahren gab es positive wie negative Entwicklungen bei der Bürgerbeteiligung in Köln. Der Vergleich

2110 zeigt: Erfolgreiche Beteiligungsverfahren kosten Geld. Dafür gibt es zwei gute Beispiele.

2111 Die Bürgerbeteiligung zur Nutzung des Heliosgeländes war bisher sehr erfolgreich. Dazu wurde aber auch Geld in die Hand

2112 genommen: für Beteiligungsverfahren, für einen Wettbewerb und für Veranstaltungen.

2113 Anders beim Bürgerhaushalt: Anfangs war er ein riesiger Erfolg. Die Kölnerinnen und Kölner konnten Vorschläge machen,

2114 die auch umgesetzt wurden. Beim letzten Bürgerhaushalt dagegen durften nur noch Einsparvorschläge für den Haushalt

2115 eingereicht werden. Die Beteiligung und das Interesse waren minimal.

2116 Wir brauchen von Politik und Verwaltung einen Kurswechsel hin zu einer attraktiven Bürgerbeteiligung.

2117 Deshalb fordert DIE LINKE:

- 2118• Der Bürgerhaushalt wird jedes Jahr durchgeführt und dafür werden Finanzmittel bereitgehalten.
- 2119• Mit dem Bürgerhaushalt sollen jährlich Votes für große und langfristige Investitionsprojekte abgefragt werden.
- 2120• Die Stadt startet eine Untersuchung über die Motive und Hintergründe von Nichtwählern und entwickelt ein Konzept der
- 2121 Beteiligungskultur. Beteiligungsverfahren, die allen sozialen Gruppen den Zugang und die Mitwirkung sichern, müssen
- 2122 entwickelt werden.
- 2123• Wir halten die Einrichtung von Planungszellen generell für eine repräsentative Beteiligungsform. Nach dem
- 2124 Zufallsprinzip wird eine kleine und repräsentativ zusammengesetzte Gruppe von Personen ausgesucht, die in einem
- 2125 Beteiligungsverfahren ein Votum über ein Projekt abgibt.
- 2126• Mehr Befugnisse und Finanzmittel für die Stadtbezirke. DIE LINKE unterstützt die Initiative der Bezirks-
- 2127 Bürgermeister/innen, die Zuständigkeitsordnung neu zu fassen und die Bezirksvertretungen so zu stärken, wie es die
- 2128 Kommunalverfassung NRW vorsieht.

- 2129• Der Spanische Bau wird zu einem Haus der Politik, in dem nicht nur die Ratsparteien ihre Büros haben, sondern auch
2130 Bürgerinitiativen.
- 2131• Geschlechtergerechtigkeit wird bei allen öffentlichen Leistungen und insbesondere im Stadthaushalt konsequent
2132 beachtet.
- 2133• Unterstützung der Stadt Köln für eine Grundgesetzänderung, die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten
2134 das Wahlrecht auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene das Wahlrecht ermöglicht. So können sie gleichberechtigt
2135 die Gesellschaft mitgestalten.
- 2136• Neben den gesetzlichen Bürgerbeteiligungsverfahren sollen auch Verfahren entwickelt werden, die alle Kölnerinnen
2137 und Kölner mit einschließen. DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln konnte ein bundesweit einzigartiges Verfahren
2138 erreichen, in dem auch Nicht-EU-Bürger an der Abstimmung über den Godorfer Hafen teilnehmen konnten.
- 2139• Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kölner Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungsunternehmen müssen in
2140 Verwaltungsentscheidungen intensiver einbezogen werden.
- 2141• Die Managergehälter bei den städtischen Beteiligungsunternehmen sollen gedeckelt werden.

2142VII. Kunst und Kultur, Freizeit und Sport

2143VII.1 Kunst und Kultur

2144Die Kultur ist zentraler Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzung und wesentlicher Impulsgeber für die Entwicklung
2145der Stadt. Die besondere kulturelle Vielfalt Kölns und ihre 2.000jährige Kulturgeschichte prägen die Identität der Menschen
2146hier und sind maßgeblich für die weltweite Anziehungskraft der Stadt. Darüber hinaus sind Kunst und Kultur Grundlage
2147persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie bereichern das Leben und bedeuten nicht zuletzt auch
2148Genuss und Freude.

2149Wir DIE LINKE setzen uns dafür ein, die Vielfalt des kulturellen Lebens zu schützen und zu stärken. Wir wollen allen
2150Menschen in Köln kulturelle Teilhabe ermöglichen. Deshalb behandeln wir Kunst und Kultur als wichtige Bestandteile der
2151öffentlichen Daseinsvorsorge.

2152Auch Quartiersmanagement ist eine kulturelle Aufgabe und darf sich nicht auf städtebauliche Maßnahmen beschränken.
2153Kulturzentren, Bürgerhäuser, Nachbarschaftstreffen und selbstverwaltete Projekte bedürfen als Orte der Stadtteilkultur
2154unserer besonderen Unterstützung.

2155Kultur und städtischer Haushalt

2156In den letzten Jahren hat die rot-grüne Ratsmehrheit immer wieder Kürzungshaushalte durchgesetzt. Kunst und Kultur sind
2157als freiwillige Aufgaben der Kommune von diesen Kürzungen stark betroffen. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür
2158ein, Kultur als Staatsziel zu verankern, und auf Landesebene Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe zu erklären.

2159Bis das gelungen ist, verlangen die Verteidigung und der Ausbau des Kulturbereiches unseren besonderen Einsatz.

- 2160 • Wir setzen uns für eine Rücknahme der Kürzungen der letzten städtischen Haushalte im Kulturbereich ein und für
2161 eine finanzielle Aufstockung in den kommenden Haushalten.

2162Unabhängig von der Haushaltslage muss Kulturpolitik auch immer Prioritäten setzen.

- 2163 • DIE LINKE plädiert bei der Vergabe zusätzlich verfügbarer Mittel für einen Vorrang der freien Kulturszene und der
2164 Entwicklung der sozio-kulturellen Infrastruktur in den Stadtteilen gegenüber weiteren Ausgaben für die städtischen
2165 Bühnen. Dazu gehört auch die Zusetzung einer Fachkraft im Kulturred als Ansprechpartner/in für sozio-kulturelle
2166 Projekte in den Veedeln.

2167Ein besonderes Kölner Problem ist, dass die städtischen Haushalte regelmäßig erst um einige Monate verspätet
2168verabschiedet werden. Aus diesem Grund konnten bereits bewilligte Fördermittel für Kulturprojekte nicht ausgezahlt werden.
2169Kulturprojekte, die für die erste Jahreshälfte geplant waren, fanden mit großer Verspätung oder gar nicht mehr statt.

- 2170 • Wir setzen uns für ein geregeltes Verfahren ein, das eine Verabschiedung des Haushaltes vor Jahresbeginn (wie
2171 von der Gemeindeordnung gefordert) gewährleistet.
- 2172 • Eine gesicherte Förderung über mehrere Jahre, wie sie als Konzeptförderung für freie Theater bereits existiert, soll
2173 auch für mehrjährige Projekte ermöglicht werden. Die Einhaltung von Mindesthonoraren soll dabei Förderkriterium
2174 werden (s.u.).

2175Kultur für alle

2176Der KölnPass, den DIE LINKE 2009 mit SPD und Grünen wieder ins Leben rief, ermöglicht vielen Menschen mit geringem

2177Einkommen die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt. Wir wollen diese Leistungen ausdehnen, z.B. auf
2178Sonderausstellungen der Kölner Museen.

- 2179 • Die Stadt Köln wird aufgefordert, Gespräche mit anderen Gemeinden in der Region über die wechselseitige Aner-
2180 kennung von Sozialpässen im Kulturbereich zu führen.
- 2181 • Zusätzliche sollen kostenfreie kulturelle Bildungsangebote für alle eingerichtet werden.

2182Kulturelle Bildung

2183Zur Stärkung der kulturellen Teilhabe fordern wir die systematische Hinführung der Kölner Schülerinnen und Schüler an die
2184Nutzung der städtischen Kultureinrichtungen (Stadtbibliothek, Museen, Bühnen) durch Unterrichtseinheiten und
2185Schulprojekte in Verbindung mit kostenfreien Ausflugsangeboten (Führungen, Probenbesuche, Vorstellungen, Workshops).

2186Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Ganztagschulen fordern wir, neue Kulturangebote für Schülerinnen und Schüler
2187zu etablieren. Dabei sollen vor allem Kulturschaffende aus den einzelnen Stadtvierteln engagiert werden. Bevorzugt sollten
2188Kultursparten angeboten werden, die nicht durch klassische Unterrichtsfächer oder städtische Einrichtungen wie die
2189Musikschule abgedeckt sind, z.B. elektronische Musik, HipHop-Tanz etc. Für diese Form der Kulturförderung sollen vor
2190allem Mittel aus den Bildungsprogrammen des Landes genutzt werden (z.B. Kultur und Schule, Kultur-Rucksack).

2191Ebenso wichtig wie die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen ist die kulturelle Bildung der anderen
2192Bevölkerungsgruppen bis ins hohe Alter. Wir fordern die Entwicklung eines Masterplans Kulturelle Bildung, der vor allem
2193Nicht-Erwerbstätige, Seniorinnen und Senioren sowie Migrantinnen und Migranten berücksichtigt.

2194Stadtbibliothek

2195Mehr Menschen besuchen die Kölner Stadtbibliothek als jede andere Kultureinrichtung in Köln. Köln stattet seine Bibliothek
2196jedoch deutlich schlechter aus als fast alle anderen deutschen Großstädte.

- 2197 • Um mehr Menschen zu erreichen, sollten die Öffnungszeiten insbesondere in den Stadtteilen erweitert, das Medi-
2198 enangebot (auch in den Sprachen der Migranten und Migrantinnen) verbreitert, sowie der Jahresbeitrag von jetzt
2199 38 Euro deutlich abgesenkt werden.
- 2200 • Hierzu soll die Finanzierung der Stadtbibliothek in einem ersten Schritt wenigstens auf den Durchschnitt der öffent-
2201 lichen Bibliotheken in deutschen Großstädten angehoben werden.

2202Freie Kulturszene

2203Die freie Kulturszene hat direkten Einfluss auf das Lebensgefühl und die Lebensqualität in Köln und auf die Wahrnehmung
2204der Stadt in der Welt.

2205Wir DIE LINKE streiten dafür, die freie Szene als Basis einer lebendigen Kulturstadt mit ihren vielfältigen
2206Erscheinungsformen in den Bereichen Kunst, Musik, Literatur, Film, Theater, Tanz, Design etc. zu schützen und zu stärken.
2207Wir wollen die Vielfalt des kulturellen Milieus stärker entwickeln und die in Kunst und Kultur Beschäftigten sozial absichern.

- 2208 • Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit im Kulturbereich. Die Vergabe städtischer Förde-
2209 rung soll an die Einhaltung von Mindesthonoraren und tariflichen Bestimmungen gebunden werden. Diese Mindest-
2210 standards müssen zwischen der Stadt und der freien Kulturszene ausgehandelt werden.
- 2211 • Ein Produktionszentrum für freies Theater und Tanz, wie es seit einiger Zeit angedacht ist, würde die Kölner Kultur-
2212 szene sehr verändern. Ob ein solches Zentrum für Köln sinnvoll wäre und wie es gestaltet sein müsste, das muss
2213 in einer breiten öffentlichen Diskussion vor allem mit den Theater- und Tanzschaffenden geklärt werden.
2214 Die Einrichtung eines Produktionszentrums darf nicht die Vielfalt der Kölner Theaterszene gefährden.
- 2215 • Wir wollen mehr Planungssicherheit für Festivals und andere Publikumsveranstaltungen. Deshalb fordern wir mehr-
2216 jährige Förderungen, eine schnelle Bearbeitung der Anträge und frühzeitige und verlässliche Auszahlungen. Dar-
2217 über hinaus fordern wir die Qualifizierung der Mitarbeiter des Kulturamtes hinsichtlich nicht-kommunaler Förderin-
2218 strumente (Land, Bund, EU, Stiftungen) und die entsprechende Unterstützung der freien Kulturszene bei der Bean-
2219 tragung und Abwicklung entsprechender Förderungen.

2220Zahlreiche Musikkneipen, Clubs, Party- und Konzertevents sind in ihrer Existenz bedroht. Steigende GEMA-Abgaben,
2221Lärmschutz und andere Auflagen setzen Betreiber und Veranstalter unter Druck. Wir DIE LINKE kämpfen für eine gezielte
2222Förderung der Kölner Clubkultur.

- 2223 • Wir fordern ordnungsrechtliche Zurückhaltung gegenüber der Clubkultur und eine/n zentrale/n städtische/n An-
2224 sprechpartner/in, der/die als Behördenlotse und Berater/in für die Einrichtung neuer Clubs und Musikkneipen wirkt.

2225 Die Kunststadt Köln muss die Produktionsbedingungen für bildende Künstlerinnen und Künstler verbessern.

2226 • Wir fordern, zusätzliche kostengünstige Atelierräume und (temporäre) Galerieräume zur Verfügung zu stellen und
2227 die Kunstszene zusätzlich durch die Vergabe von Stipendien zu beleben.

2228 Der freie Tanz leidet in Köln sehr unter einem Mangel an Aufführungsstätten und vor allem an Produktionsräumen. Die
2229 existierenden Stätten reichen nicht aus und sind teilweise von Schließung bedroht (Wachsfabrik, Bühne der Kulturen). Mit
2230 dem Haushalt 2010/11 wurde die bereits begonnene Einrichtung eines Tanzhauses gestrichen.

2231 • Es sollen in den Stadtteilen Stätten für Produktionen und Aufführungen des freien Tanzes erschlossen oder ge-
2232 schaffen werden.

2233 • Die Wachsfabrik muss als Produktions- und Aufführungsstätte erhalten bleiben, zumindest so lange, bis für ent-
2234 sprechenden Ersatz gesorgt ist.

2235 Die Förderung interkultureller Projekte ist eine Querschnittsaufgabe für alle Kulturreferate. Eine Fachkraft für diesen Bereich
2236 gibt es nicht mehr. Das notwendige Fachwissen für interkulturelle Projekte muss daher durch eine gezielte Qualifizierung in
2237 den einzelnen Referaten sichergestellt werden.

2238 Kulturelle Freiräume

2239 Selbstverwaltete Projekte wie das Autonome Zentrum tragen zur Lebendigkeit der Veedel und zu deren besonderem
2240 Charakter bei. Sie sind ein wichtiger Teil des Großstadtlebens und der Kölner Kultur. Wir wenden uns dagegen, dass solche
2241 Freiräume als Störfaktor begriffen, ordnungsrechtlich schikaniert und aus dem Weg geräumt werden. Stattdessen wollen wir
2242 solche Freiräume bewahren und neuen Initiativen Freiräume eröffnen.

2243 • Selbstverwaltete Kulturprojekte sind ein wichtiger Bestandteil städtischen Lebens. Sie sollen gefördert werden.

2244 Zwischennutzung

2245 Etwa 50.000 Quadratmeter in städtischen Gebäuden stehen leer, darunter Kulturstätten wie das ehemalige Gebäude des
2246 Rautenstrauch-Jost Museums am Ubierring. Hinzu kommen Brachflächen in städtischen Besitz. Die bisherige rot-grüne
2247 Ratsmehrheit hat 2012 unser Konzept abgelehnt, diese Flächen nichtkommerziellen Projekten zur Verfügung zu stellen, und
2248 stattdessen eine kommerzielle Zwischennutzung durchgesetzt.

2249 • Wir setzen uns dafür ein, städtische Leerstände und Brachflächen zur Zwischennutzung für kulturelle, gärtnerische
2250 und soziale Projekte zur Verfügung zu stellen.

2251 • Der Umgang mit städtischen Leerständen soll als Beispiel dienen, um auch private Eigentümer zur Freigabe ihrer
2252 Leerstände für Zwischennutzungen zu bewegen. Die Stadt kann dabei als Vermittler oder auch Mieter auftreten.

2253 Städtische Bühnen

2254 Oper und Schauspiel werden in wenigen Jahren die sanierten Gebäude beziehen können. Die Arbeitsbedingungen der Be-
2255 schäftigten werden sich damit deutlich verbessern.

2256 Etwa die Hälfte des Kölner Kulturetats entfällt auf die Städtischen Bühnen. Deswegen stehen diese in der Verantwortung,
2257 möglichst breite Teile der Bevölkerung von ihrem Angebot profitieren zu lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Oper,
2258 Schauspiel und das Gürzenichorchester sich nicht auf ihre sanierten Quartiere zurückziehen, sondern aktiv in die Stadtteile
2259 wirken und ihre Infrastruktur für Produktionen der freien Szene zur Verfügung stellen. Sie sollten auf entsprechenden
2260 Erfahrungen aufbauen und sich weiter öffnen (Gürzenich-Aktion „Ohren auf“, Workshops der Kinderoper, „Oper unterwegs“,
2261 c/o pop im Schauspielhaus). Über die Auswahl der geeigneten Methoden (z.B. Gesprächskonzerte, Aufführungen in
2262 Bürgerhäusern, Übertragung von Proben und Aufführungen per Stream, Kooperationen mit der freien Szene, Nutzung der
2263 Häuser für auswärtige Produktionen, Statistencastings) entscheiden die Bühnen und das Gürzenichorchester selbst.

2264 Museen

2265 Die jahrelang versäumten Instandsetzungen bei den Kölner Museen müssen zügig in Angriff genommen werden, damit die
2266 Kölner Museumslandschaft nicht weiter in ihrer Substanz bedroht wird.

2267 Bei allen Instandsetzungen und Neubauten ist Barrierefreiheit zu gewährleisten.

2268 Für die städtischen Museen ist seit einiger Zeit eine Änderung ihrer Rechtsform im Gespräch. Sie sind jetzt noch Teil der
2269 städtischen Verwaltungsstruktur. Es ist aber im Gespräch, die Museen in Eigenbetriebe oder in Unternehmen im städtischen
2270 Besitz umzuwandeln.

- 2271 • Die zukünftige Rechtsform der Kölner Museen muss bei aller gewünschten Flexibilität Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten. Diese wären bei Eigenbetrieben und städtischen Unternehmen nur eingeschränkt gegeben.
2272
2273

2274 Archäologische Zone und Jüdisches Museum

2275 Die Ausgrabungen vor dem Rathaus werden bald beendet sein. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der kulturelle Schatz, 2276 der hier ergraben wurde, angemessen präsentiert wird. Die Ausgrabung erschließt Kölner Geschichte von ihren römischen 2277 Anfängen über das Mittelalter mit seiner bedeutenden Jüdischen Gemeinde bis in die Neuzeit. Die Bauplanungen für die 2278 Archäologische Zone mit dem Jüdischen Museum Köln sind weit vorangeschritten, die von Kritikern vorgeschlagenen 2279 Alternativen sind weder wie behauptet kostengünstiger noch in dieser Form umsetzbar.

- 2280 • Wir setzen uns für eine Fortführung des Projektes Archäologische Zone/Jüdisches Museum Köln ein.
2281 • DIE LINKE hat im Kölner Rat und im Landschaftsverband Rheinland (LVR) die Kooperation zwischen Stadt und 2282 LVR mit beschlossen. Wir sehen in dieser Vereinbarung ein Modell der überregionalen Kooperation auch für andere 2283 Museen und Städte.
2284 • Eine engmaschige und transparente Kostenkontrolle muss durchgängig gewährleistet werden.

2285 Kunst- und Museumsbibliothek

2286 Die Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) ist eine Einrichtung von überregionaler und internationaler Bedeutung mit einem 2287 einzigartigen Bestand. Dass die KMB derzeit über fünf Standorte verstreut ist und diese zum Teil kaum geeignet sind, 2288 schränkt die Nutzungsmöglichkeiten extrem ein. Zudem werden die Kapazitäten dieser Standorte schon in wenigen Jahren 2289 erschöpft sein. Durch den Beschluss der Kölner SPD und den Grünen im Juni 2013, nach jahrelangen anderslautenden 2290 Planungen die KMB doch wieder aus dem Neubau des Stadtarchivs am Eifelwall auszulgliedern, ist die Zukunft der KMB 2291 wieder gefährdet.

- 2292 • Um die Zukunft der KMB zu sichern, muss jetzt mit den Planungen für den zukünftigen Standort begonnen werden.

2293 VII.2 Sport

2294 Sport hat enorme soziale Bedeutung. Sein kultureller, gesundheitlicher, bildender und integrativer Wert liegt auf der Hand. 2295 Sport ist Bestandteil vieler Bereiche des öffentlichen Lebens. Auf der kommunalen Ebene sind hier vor allem die Bereiche 2296 Bildung, Soziales, Gesundheit, Kinder- und Jugendarbeit, Freizeit, Stadtentwicklung, Stadt(teil)kultur zu nennen.

2297 Deshalb setzt sich die LINKE für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung ein. Eine 2298 angemessene Sport-Infrastruktur kann nicht kostendeckend betrieben werden, sondern gehört zur öffentlichen 2299 Daseinsvorsorge.

2300 Die Stadt hat allerdings nicht die Ressourcen, um alle Aufgaben im Bereich des Sportes hinlänglich zu erfüllen. Sie 2301 bekommt Hilfe durch eine Vielzahl von freien Trägern und Vereinen, die in eigener Verantwortung durch ihre Organisationen 2302 diese öffentliche Aufgabe unterstützen bzw. übernehmen. Das begründet neben hoher Anerkennung auch die städtische 2303 Förderung dieser Organisationen.

2304 Den weitaus größten Anteil an Sport- und Bewegungsaktivitäten hat der vereinsungebundene Sport. Rund zwei Drittel aller 2305 sportlichen Betätigung werden selbstorganisiert und ohne institutionelle Anbindung betrieben. Erst danach folgt die 2306 Organisation über den Sportverein mit ca. 23%, der Anteil kommerzieller Anbieter liegt unter 10%.

2307 Bei den am häufigsten betriebenen Sport- und Bewegungsaktivitäten liegen Radfahren und Jogging auf den ersten beiden 2308 Rängen. Danach kommen Schwimmen, Fitnessstraining, Gymnastik und Walking/Wandern. Die in den Vereinen am 2309 stärksten vertretene Sportart Fußball folgt bei Betrachtung aller Bewegungsaktivitäten in der Stadt auf dem 7. Rang. Doch 2310 selbst bei der Ausübung der klassischen Vereinssportarten, wie dem Ballsportarten (Fußball, Tischtennis, Handball, 2311 Basketball, Volleyball, Tennis), der Leichtathletik und dem Turnen überwiegt der Anteil des nicht organisierten Sportes 2312 gegenüber dem Vereinssport. (Zahlen: IKPS)

2313 Demgemäß steht in den Großstädten der Wunsch nach der Verbesserung der Situation bei öffentlich zugänglichen Anlagen 2314 ganz vorne. Genannt werden hier vor allem Schwimmbäder, Spielplätze, Sporthallen, Bolzplätze, Basketballanlagen sowie 2315 Freizeitspielfelder aller Arten. Dazu kommen Laufsportwege, offene Grünflächen und Skater-Anlagen.

2316 Etwa 1/3 des 30 Millionen-Etats für Sportförderung und den Unterhalt von Sportstätten in Köln sind direkte und indirekte 2317 Subventionen von Profisport. Das ist ein viel zu hoher Anteil. Hier muss zunächst mit klaren Regeln mehr Transparenz 2318 geschaffen werden. Breitensport- und Profi-Bereich müssen getrennt werden.

2319 **Aus diesen Gründen setzt sich DIE LINKE ein für:**

- 2320 • den Erhalt bzw. Ausbau aller öffentlichen Sporteinrichtungen und Sportstätten und die möglichst schnelle
- 2321 Durchführung notwendiger Sanierungen
- 2322 • die Erleichterung des Zugangs zu städtischen Sportanlagen für vereinsungebundenen Sport
- 2323 • die Förderung von sportlicher Betätigung im öffentlichen Raum, etwa in Parkanlagen, auf Plätzen, Wegen,
- 2324 Strassen oder öffentlichen Gewässern. Dazu gehören Integration und Erhalt von frei zugänglichen Sport- und
- 2325 Freizeitflächen in den Wohngebieten und die Verbesserung der Pflege von Rasen-, Sport- und Spielflächen oder
- 2326 Laufstrecken auf städtischem Grund
- 2327 • die Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten für Kinder im Wohnumfeld. Bewegungsfreundliche Gestaltung von
- 2328 Schulhöfen und standortabhängige Öffnung von Schulhöfen
- 2329 • die weitgehende Öffnung des Genovevabades in Mülheim und des Rodenkirchenbades (Neueröffnung Ende 2014)
- 2330 für den Publikumsverkehr auch an den Wochenenden
- 2331 • die Absenkung der Eintrittspreise und Gebühren bei den städtischen Sporteinrichtungen, die dem privat
- 2332 organisierten Breitensport dienen.
- 2333 • möglichst niedrige Mieten und Gebühren für die Vereine bei Nutzung kommunaler Sportstätten
- 2334 • die Erstattung der Hälfte der Vereinsbeiträge von Köln-Pass-Berechtigten.
- 2335 • die Vernetzung der Stadtverwaltung im Hinblick auf die Nutzbarmachung von städtischen Ressourcen für
- 2336 Sportaktivitäten unter Beteiligung der Einwohner und des Stadtsportbundes. Sportentwicklung wird Teil der
- 2337 Stadtentwicklung.
- 2338 • eine sozialraumorientierte Vergabe der finanziellen und materiellen Unterstützung. Stadtteile mit weniger
- 2339 begüterten Einwohnern sollen bei der Einrichtung, Verbesserung und Renovierung von Sportstätten, bei der
- 2340 Unterstützung ihrer Vereine und bei der Vergabe von Veranstaltungen Vorrang haben.
- 2341 • die Vorrangigkeit von Schul- und Breitensport bei der Sportförderung und Sportstättenbelegung gegenüber dem
- 2342 Spitzen- und Hochleistungssport.
- 2343 • mehr Schulsport und den Ausbau der Sportangebote in Ganztagschulen, Kindergärten und KiTaS. Dazu gehört
- 2344 die Bezahlung von Übungsleitern und Übungsleiterinnen, Trainerinnen und Trainern.
- 2345 • den Ausbau barrierefreier Sportanlagen. Die Förderung von inklusiven Sportinitiativen. Bei Sanierungen
- 2346 Berücksichtigung des Kriteriums der Barrierefreiheit. Bau von Anlagen für Wettkämpfe im Behindertensport.
- 2347 • den Erhalt bzw. die Ausweitung von Jugend-Sportprojekten, wie dem "Mitternachtssport"-Angebot
- 2348 • die Unterstützung von Projekte wie „Sport gegen Gewalt“ und „Sport gegen Rechtsextremismus“ in Schulen sowie
- 2349 in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen.
- 2350 • die Verstetigung der Projekte „sicher Schwimmen“, „Kids in die Clubs“ sowie von „Sport in Metropolen“.
- 2351 • eine Beschränkung der Aufgaben des Sportamts auf die Förderung des Sportes. Das Sportamt tritt damit nicht
- 2352 mehr als Event-Veranstalter auf, der Flächen, die für den Breitensport gedacht sind, in irgend einer Form
- 2353 "vermarktet".
- 2354 • für die Umsetzung der Empfehlungen des von der Stadt in Auftrag gegeben Gutachtens (2011), das eine
- 2355 Beschränkung des großen Verlustbringers Sportstätten GmbH auf das Kerngeschäft, die Vermarktung des
- 2356 Rheinenergie-Stadions plausibel begründet. Die vorwiegend vom Breitensport genutzten Anlagen müssen in die
- 2357 Verantwortung des Sportamtes übertragen werden.
- 2358 • für eine breite öffentliche Diskussion verdeckter Subvention von Profisport durch z.B. städtische Betriebe. Die
- 2359 Millionen-Summen die etwa die Rhein-Energie unter anderem für Stadion-Namensrechte an den 1.FC Köln zahlt,
- 2360 müssen auf den Prüfstand.

2361

2362 VII.3 Kommunalen Tierschutz

2363 DIE LINKE fordert

- 2364 • keine Tierversuche in Köln
- 2365 • keine Herstellung von genmanipulierten Versuchstieren für Tierversuche,
- 2366 • Vorschriften zur Katzenkastration von Freigängerkatzen, wie es in anderen Städten in NRW üblich ist, zur Eindäm-
- 2367 mung der Population der Streunerkatzen
- 2368 • Zusammenarbeit der Stadt Köln mit den existierenden Stadttaubeninitiativen zum Zweck der Minimierung der
- 2369 Stadttauben

2370

2371